

Knoche, Meinhard

Working Paper

Karl Maria Hettlage. Karrierejurist und ifo-Präsident (1965-1976) mit dunkler Vergangenheit

ifo Working Paper, No. 410

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Knoche, Meinhard (2024) : Karl Maria Hettlage. Karrierejurist und ifo-Präsident (1965-1976) mit dunkler Vergangenheit, ifo Working Paper, No. 410, ifo Institute - Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich, Munich

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/296256>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

**Karl Maria Hettlage.
Karrierejurist und
ifo-Präsident (1965–1976)
mit dunkler Vergangenheit**

Meinhard Knoche

Imprint:

ifo Working Papers

Publisher and distributor: ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the
University of Munich

Poschingerstr. 5, 81679 Munich, Germany

Telephone + 49(0)89 9224 0, Telefax +49(0)89 985369, email ifo@ifo.de

www.ifo.de

An electronic version of the paper may be downloaded from the ifo website

www.ifo.de

Karl Maria Hettlage. Karrierejurist und ifo-Präsident (1965–1976) mit dunkler Vergangenheit

Meinhard Knoche

Die folgende Arbeit ist Teil einer umfassenden Bestandsaufnahme der Geschichte des ifo Instituts, die sich von den bis in die frühen 1940er Jahre hineinreichenden Wurzeln des Instituts bis zum Jahr 2017 erstreckt, als der Autor dieser Zeilen aus dem ifo-Vorstand in den Ruhestand wechselte. Sie entstand im Rahmen eines vom ifo Institut geförderten Projekts und in Zusammenarbeit mit dem Institut für Zeitgeschichte. Dort befasst sich Angela Müller in einer vom IfZ-Vizepräsidenten Prof. Magnus Brechtken betreuten Dissertation mit dem Werdegang Karl Maria Hettlages. Ich danke Angela Müller sehr für den offenen und konstruktiven Austausch und wünsche ihr viel Erfolg bei der Bewältigung ihres ambitionierten Projekts. Bei Markus Brechtken bedanke ich mich für wertvolle Hinweise.

Die Passagen dieser Arbeit, die Hettlages Wirken als Bankmanager betreffen, beruhen zu einem großen Teil auf Recherchen im Historischen Archiv der Commerzbank AG in Frankfurt am Main. Ich danke Abteilungsleiter Dr. Detlef Krause und den Mitgliedern seines Teams, die uns dabei mit Rat und Tat unterstützt haben. Herzlichen Dank auch an Cornelia Ottl und Karin Schüller aus dem ifo Institut für die zahlreichen bibliothekarischen Hilfestellungen!

Mai 2024

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
2	Hettlages Werdegang in der Weimarer Republik.....	4
3	Hettlages Karriere im „Dritten Reich“	8
3.1	Die Rollen Hettlages als Mitgründer der Akademie für Deutsches Recht, Dozent an der Handels-/Wirtschaftshochschule Berlin und Berliner Stadtkämmerer im Zeitraum 1934–1939.....	8
3.2	Der erste Teil von Hettlages Doppelrolle: Sein Wirken als Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG (1939–1945)	17
3.3	Der zweite Teil von Hettlages Doppelrolle: Sein Wirken im nationalsozialistischen Machtapparat (1939–1945)	26
4	Nach dem Ende des NS-Unrechtssystems.....	37
4.1	Hettlages Haftaufenthalte und Entnazifizierungsverfahren.....	37
4.2	Ausscheiden Hettlages aus dem Vorstand der Commerzbank AG (Mai 1945): berufliche Warteschleife bis Juli 1948	42
5	Hettlages Wiedereinstieg	45
5.1	Zurück an die Schalthebel der Macht? Ein fehlgeschlagener Versuch (1948)	45
5.2	Wiedereintritt in die Commerzbank 1948 und Bestellung zum Ordinarius an der Universität Mainz (1951)	47
6	Am Ziel: Hettlages Nachkriegskarriere als Spitzenbeamter in Mainz, Bonn und Brüssel.....	55
7	Eintritt Hettlages in den ifo-Vorstand	58
	Literaturverzeichnis	62

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Porträtfoto Karl Maria Hettlage	2
Abbildung 2: Lebenslauf Karl Maria Hettlage (Herbst 1972)	2
Abbildung 3: Übersicht über den Verlauf der haupt- und nebenamtlichen Tätigkeiten Karl Maria Hettlages im Zeitraum 1939–1951	19
Abbildung 4: Karl Maria Hettlage: Vorträge und Veröffentlichungen 1945 bis 1957	54
Abbildung 5: Karl Maria Hettlage: Vorträge und Veröffentlichungen 1958 bis Juni 1965	56
Abbildung 6: Entwicklung der ifo-Forschungseinheiten im Zeitraum 1965-1976	60

„Mit erst 31 Jahren wurden Sie zum Kämmerer der Reichshauptstadt Berlin berufen. [...] Während der größeren Hälfte des tausendjährigen Reichs haben Sie dann in der Privatwirtschaft gewirkt und gehörten mehr als ein Jahrzehnt dem Vorstand der Commerzbank an. Auch dort haben Sie Bemerkenswertes, ja Hervorragendes geleistet.“

Dr. Gerd Tacke, Vorsitzender des Kuratoriums des ifo Instituts, Würdigung des scheidenden ifo-Präsidenten Karl Maria Hettlage am 25. Juni 1976



Abbildung 1: Porträtfoto Karl Maria Hettlage (Quelle: ifo Studien 23/1977)

„Hettlage war nie Mitglied der NSDAP, galt aber trotzdem als einer der engsten Mitarbeiter Albert Speers. Als Abteilungsleiter des Rüstungsministeriums kam ihm eine Schlüsselrolle bei der Einrichtung des KZ Mittelbau-Dora zu. Weiterhin war er an der ‚Entmietung‘ der Berliner Juden beteiligt, um so Platz für die von Speer geplante Reichshauptstadt Germania zu schaffen.“

Guttenberg Biographics: Verzeichnis der Professorinnen und Professoren der Universität Mainz 1477–1973 (Hettlage)

1 Einleitung

Das heutige ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. entstand vor 75 Jahren durch die Fusion von zwei Institutionen: Das Süddeutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Ludwig Erhard als bayerischer Wirtschaftsminister im Herbst 1946 zunächst unter dem Namen Institut für Wirtschaftsbeobachtung und Wirtschaftsberatung gegründet und seitdem geleitet hatte, schloss sich im Januar 1949 mit der einige Monate zuvor unter dem Dach des Bayerischen Statistischen Landesamts eingerichteten Informations- und Forschungsstelle für Wirtschaftsbeobachtung zum Institut für Wirtschaftsforschung e.V., München zusammen. Das prägende Kürzel „ifo“ wurde im Jahr 1950 in den Institutsnamen aufgenommen.

Gründungsvorsitzender des durch die Fusion entstandenen Instituts war der Präsident des Bayerischen Statistischen Landesamts Karl Wagner. Er übte den Vorstandsvorsitz nebenamtlich aus und legte ihn bereits Mitte des Jahres 1955 nieder. Sein Nachfolger wurde Hans Langelütke, der dem Gründungsvorstand als Stellvertreter des Vorsitzenden ebenfalls nebenamtlich angehört hatte. Wagner hatte die wissenschaftliche Leitung des Instituts von Beginn an Langelütke überlassen; dieser übte den Vorstandsvorsitz ab Anfang 1956 hauptamtlich aus und prägte die turbulente Aufbauphase des Instituts maßgeblich.

Als sich Mitte der 1960er Jahre Langelütkes Ausscheiden abzeichnete, gestaltete sich die Nachbesetzung des Vorstandsvorsitzes schwierig. Da sich das Institut nicht mit der Universität München auf eine gemeinsame Berufung des künftigen ifo-Vorstandsvorsitzenden auf eine dortige Professur verständigen konnte, stand keiner der (ausnahmslos männlichen) Wunschkandidaten aus dem Kreis der wirtschaftswissenschaftlichen Hochschullehrer für den Vorstandsvorsitz zur Verfügung. Schlussendlich fiel die Wahl auf den habilitierten Juristen Karl Maria Hettlage, dessen Ausscheiden aus seiner Stellung als Mitglied der Hohen Behörde der Montanunion, der er seit 1962 angehörte, bevorstand.

Hettlage galt aufgrund seiner vorangegangenen Tätigkeiten u. a. als Professor für öffentliches Recht und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium nicht nur als ausgewiesener Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Haushalts- und Finanzrechts, sondern auch als untadeliger Demokrat, der den größten Teil der Naziherrschaft mit einer unternehmerischen Leitungsposition – der Mitgliedschaft im Vorstand der Commerzbank AG – überbrückt hatte.

Hettlage, auf dessen Drängen hin der Vorsitzende des ifo-Vorstands erstmals den Titel „Präsident“ erhielt, wurde im Juni 1965 in dieses Amt berufen. Er übte es zunächst nebenamtlich, erst ab Dezember 1969 hauptamtlich aus und schied im Juni 1976 aus dem ifo-Vorstand aus. Die von ihm kommunizierte Version seines beruflichen Werdegangs während der NS-Diktatur wurde innerhalb des ifo Instituts nicht hinterfragt; sein in der Personalakte archivierter Lebenslauf – siehe Abbildung 2 – floss in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des ifo Instituts ein.

am Erlöse vom 10. September

Professor Dr. Karl M. H e t t l a g e

Geboren am 28. November 1902 in Essen.

Studium der Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Köln und Münster.

1925	Preußischer Regierungsreferendar
1929	Regierungsassessor
1930 - 1931	Assessor bei der Stadtverwaltung Köln
1930	Habilitation für Öffentliches Recht an der Universität Köln
1931 - 1934	Beigeordneter (Finanzabteilung) des Deutschen Städtetages
1934 - 1938	Kämmerer der Reichshauptstadt Berlin
1936 - 1946	ausserordentlicher Professor in Berlin
1939 - 1951	Mitglied des Vorstandes einer Großbank
seit 1948	Honoraryprofessor für Geld und Kredit an der Universität Bonn
sowie	
seit 1952	ordentlicher Professor des Öffentlichen Rechts an der Universität Mainz
1962 - 1967	Mitglied der Hohen Behörde der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Luxemburg
1958 - 1962	
und	
1967 - 1969	Staatssekretär des Bundesministeriums der Finanzen
seit 1965	Präsident des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung
	Mitglied des Wissenschaftsrats

Abbildung 2: Lebenslauf Karl Maria Hettlage (Herbst 1972)

Im Lauf der ersten Dekade des neuen Jahrtausends wurden Untersuchungsergebnisse, insbesondere von Susanne Willems (2002) und Susanna Schrafstetter (2008), veröffentlicht, die das Wirken Karl Maria Hettlages in der Phase der nationalsozialistischen Herrschaft in einem anderen Licht erscheinen lassen. Anknüpfend daran will die folgende Arbeit einen Beitrag dazu leisten, Transparenz über den tatsächlichen beruflichen Werdegang Hettlages bis zu seinem Eintritt in den ifo-Vorstand herzustellen.¹

Die Arbeit kommt u. a. zu dem Ergebnis, dass sich Hettlages behauptete „*Mitgliedschaft im Vorstand einer deutschen Großbank (1936–1951)*“ während des „Dritten Reichs“ auf eine nur kurzzeitig aktiv ausgeübte Nebenbeschäftigung Hettlages im Vorstand der Commerzbank AG beschränkte. Hinter der biedereren Fassade eines führenden Bankmanagers diente er als einer der engsten Mitarbeiter und Vertreter Albert Speers der NS-Diktatur treu bis zur letzten Minute. Er entwickelte sich zu einer Schlüsselfigur des „totalen Krieges“ und verstrickte sich in nationalsozialistisches Unrecht.² Sein Aufstieg im Hitler-Regime ist gerade auch in der heutigen Zeit ein erschreckendes und lehrreiches Beispiel dafür, wie bereitwillig sich Mitglieder der deutschen akademischen Elite für nationalsozialistische Gräueltaten instrumentalisieren ließen, und wie leicht es den daran Beteiligten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft gemacht wurde, eine zweite Karriere zu starten.

Die Entwicklung des ifo Instituts während der Präsidentschaft Karl Maria Hettlages (1965–1976) ist nicht Gegenstand dieser Arbeit. Damit beschäftigt sich Teil 3 der Bestandsaufnahme der Geschichte des ifo Instituts.

¹ Sie beruht im Wesentlichen auf: Knoche, Meinhard: Bestandsaufnahme der Geschichte des ifo Instituts, Teil 3: Konsolidierungsphase des ifo Instituts (1966–1976), unveröffentlichtes Manuskript, München 2023.

² Ob und inwieweit Hettlages Handeln als „Täter“ von innerer nationalistischer Überzeugung geprägt war, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Damit wird sich Angela Müller (IfZ) in ihrer Dissertation auseinandersetzen.

2 Hettlages Werdegang in der Weimarer Republik

Studium, erste Stationen in Beruf und Politik

Karl Maria Hermann Gerhard¹ Hettlage (geboren am 28. November 1902 in Essen, gestorben am 3. September 1995 im Bonner Stadtteil Bad Godesberg) studierte ab 1921 Rechts- und Staatswissenschaften an den Universitäten Köln und Münster.

Ein Versuch Hettlages, sich in dieser Phase seiner juristischen Ausbildung einen Vorsprung gegenüber seinen Referendarskollegen zu verschaffen, blieb erfolglos: Kurz nach Antritt des Gerichtsreferendariats bewarb er sich beim Regierungspräsidium in Münster – Hettlages Vater war dort Regierungsvizepräsident – darum, im unmittelbaren Anschluss an den gerichtlichen Vorbereitungsdienst (also außerhalb des damals vorgeschriebenen Nachrückverfahrens) als Regierungsreferendar eingestellt zu werden. Der damalige Regierungspräsident Haslinde machte sich beim preußischen Innenministerium dafür stark, Karl Maria Hettlage von der generell vorgeschriebenen Beschränkung der Zahl der beim Regierungspräsidenten tätigen Regierungsreferendare auszunehmen und ihn bevorzugt als Regierungsreferendar einzustellen. Aber ohne Erfolg: Das Innenministerium ließ auch für den Sohn des Regierungsvizepräsidenten keine Ausnahme zu.²

Um die Wartezeit zu überbrücken, bewarb sich Hettlage erfolgreich beim Auswärtigen Amt um eine Einstellung als Anwärter für den Diplomatischen Dienst; eine Tätigkeit, die er von Januar bis Juli 1925 ausübte. In dieser Phase wurde er im Auftrag des Auswärtigen Amts als Wissenschaftlicher Assistent im Institut für Internationales Recht der Universität Kiel tätig.³ Daraus erklärt sich auch das völkerrechtliche Thema seiner Dissertation (*„Die Intervention in der Geschichte der Völkerrechtswissenschaft und im System der modernen Völkerrechtslehre“*⁴). In der zweiten Hälfte des Jahres 1925 konnte Hettlage in das angestrebte Referendariat beim Regierungspräsidenten in Münster (und damit in den preußischen Staatsdienst) überwechseln, das er im Juni 1928 mit dem zweiten juristischen Staatsexamen (mit Prädikat) abschloss. Parallel dazu war er nebenamtlich als Assistent an der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln tätig und promovierte dort im Juli 1926 zum Dr. jur.⁵ Ebenfalls an der Universität Köln schloss er im März 1930 seine

¹ So lautete Hettlages vollständiger Vorname laut Personalakte im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz (GStAPK), I.HA Rep. 77, Nr. 1143 (zitiert nach Müller, A., unveröffentlichte Ausarbeitung, 2022). Hettlage verwendete seinen Vornamen im Laufe seines Berufslebens in unterschiedlichen Konstellationen. Anfangs beließ er es bei dem Rufnamen „Karl“, seinem in das Melderegister eingetragenen Erst-Vornamen (gelegentlich auch Karl M.), erst in der zweiten Hälfte seiner beruflichen Karriere führte er regelmäßig den Doppelvornamen „Karl Maria“.

² Müller, A. 2022 ,

³ Müller, A. 2022, a.a.O. unter Bezugnahme auf einen Lebenslauf Hettlages dem Archiv der Handelshochschule Berlin.

⁴ Abgedruckt in Niemeyers Zeitschrift für Internationales Recht 37 (1927), S. 11–88.

⁵ Müller, A. 2022, a.a.O.

Habilitation im Fach Öffentliches Recht ab. Als Titel seiner Habilitationsschrift wird häufig „*Finanz- und Lastenausgleich als Verfassungsproblem*“ angegeben¹, ursprünglich lautete der Titel dagegen „*Grundfragen des kommunalen Finanzrechts. Beitrag zu einem System des Finanzrechts*“, wie er auch im Professorenkatalog der Universität Köln ausgewiesen ist.²

Seine politische, wissenschaftliche und berufliche Karriere betrieb Hettlage parallel: Schon während seines Studiums an der Universität Münster engagierte sich Hettlage politisch. Von 1922 bis 1925 war er Mitglied des Westfälischen Treubunds, der aus der verbotenen rechtsradikalen Organisation Escherich hervorgegangen war, und 1923 schloss er sich als „*Zeitfreiwilliger*“ für insgesamt vier Monate einer Schwarzen-Reichswehr-Einheit an.³ Nachdem der Westfälische Treubund im Jahr 1925 aufgelöst worden war, wurde der Katholik Hettlage parteipolitisch aktiv und trat der Zentrumspartei bei.⁴

Nach Abschluss seines zweiten Staatsexamens blieb Hettlage ab Mitte Juni 1928 als „*Regierungs-assessor zur Hilfeleistung*“ beim Landratsamt Köln-Mühlheim tätig, das ihn in der ersten Hälfte des Jahres 1929 zur „*informatorischen Beschäftigung bei der Stadtverwaltung Köln ohne Dienstbezüge beurlaubte*“. Für die späten 1920er Jahre erwähnt der Professorenkatalog der Universität Köln ferner berufliche Einsätze Hettlages als „*Komm. Bürgermeister (Bad Münstereifel)*“ und „*Vertreter Landrat Mühlheim (Köln 1928)*“.⁵ Mitte August 1929 wurde er aus dem preußischen Staatsdienst entlassen⁶ und trat anschließend als Assessor in das Finanzdezernat der Stadtverwaltung Köln ein.

Von dort wechselte er im Jahr 1931 zum Deutschen Städtetag, der im Jahr 1933 im Zuge der „*Gleichschaltung*“ durch die Nationalsozialisten mit anderen kommunalen Spitzenverbänden zum „*Deutschen Gemeindetag*“ vereinigt wurde. Dort übernahm Hettlage in der Position eines Beigeordneten und Finanzdezernenten eine Leitungsposition in der Finanzabteilung.⁷ Für den

¹ So z. B. in Munzinger-Online, im Verzeichnis der Professorinnen und Professoren der Universität Mainz, oder in Becker, Hans-Jürgen: Die neue Kölner Rechtswissenschaftliche Fakultät von 1919 bis 1950, Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts (118), Tübingen 2021, S. 178.

² Universität zu Köln, Galerie der Professorinnen und Professoren, <https://professorenkatalog.uni-koeln.de/person/show/131>, Zugriff am 24. April 2024.

³ Verzeichnis der Professorinnen und Professoren der Universität Mainz, <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/personen/register/eintrag/karl-maria-hettlage.html>, Zugriff am 12. September 2022; Susanna Schrafstetter: Verfolgung und Wiedergutmachung, Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/2008, S. 434.

⁴ Wie es dazu kam, dass der in dieser Lebensphase eher national-konservativ eingestellte Karl Maria Hettlage sich für eine aktive Mitgliedschaft in der Zentrumspartei entschied, konnte in dieser Arbeit nicht ermittelt werden. Dies wäre eine interessante Frage für künftige Forschungen über Hettlages Werdegang.

⁵ Universität zu Köln, Galerie der Professorinnen und Professoren, a.a.O.

⁶ Müller, A. 2022, a.a.O.

⁷ Laut einem in der Ausgabe der Zeitschrift für öffentliche Wirtschaft vom 25. Februar 1934

Deutschen Gemeindetag blieb Hettlage bis ins Jahr 1934 hinein tätig. Aus dieser Tätigkeit heraus veröffentlichte Hettlage in der Regel gemeinsam mit aus der staatlichen Verwaltung stammenden Co-Autoren mehrere Kommentare zum kommunalen Finanz- und Wirtschaftsrecht.¹ Ein weiterer erneut mit Wilhelm Loschelder gemeinsam bearbeiteter dreibändiger Praxiskommentar zum Gemeindefinanzrecht² sowie ein Kurzbeitrag „Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden“ (1935) erschienen erst nach Hettlages Ausscheiden aus dem Deutschen Gemeindetag.

In dieser Phase stellte sich Hettlages erster Erfolg auf der politischen Bühne ein: In der Wahl am 24. April 1932 wurde er mit 29 Jahren als Abgeordneter der Zentrumsparterie für den Wahlkreis Köln/Aachen in den Preußischen Landtag gewählt.³ In dieser Wahl für die 4. Wahlperiode des Preußischen Landtags erhielten die Nationalsozialisten über 37 % der Stimmen und hatten zusammen mit den Abgeordneten der KPD die negative Parlamentsmehrheit, sodass es nicht zur Bildung einer parlamentarisch gestützten Regierung kam und Reichskanzler Franz von Papen am 20. Juli 1932 von Reichspräsident von Hindenburg zum Reichskommissar für das Land Preußen eingesetzt wurde („Preußenschlag“).

Nach Beginn der Regierung Hitlers im Januar 1933 startete die NSDAP-Fraktion einen ersten Versuch zur Selbstauflösung des Preußischen Landtags, der aber am 4. Februar 1933 an den Stimmen der Abgeordneten der SPD, der Deutschen Staatspartei, des Zentrums und der KPD scheiterte.⁴ Mit Ausnahme von zwei Mitgliedern, die der Abstimmung fernblieben, stimmte die Zentrums-Fraktion geschlossen gegen die Auflösung des Landtags. Einer dieser beiden Abgeordneten, die der Abstimmung fernblieben und nicht gegen die NSDAP Flagge zeigten, war Hettlage. Ansonsten spielte er keine auffällige Rolle im Landtag.⁵ In einem zweiten Anlauf kam es am 6. Februar 1933 dann doch zur Auflösung des Preußischen Landtags und zur Neuwahl am 5. März 1933, in der die NSDAP zusammen mit der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) die absolute Mehrheit erreichte. Hettlage zog erneut als Zentrums-Abgeordneter in das Parlament ein. Auch in dieser Wahlperiode konnte er keine politischen Aktivitäten entfalten, zumal sich der Preußische Landtag nach seiner Konstituierung am 22. März 1933 nur noch zu einer weiteren Sitzung

veröffentlichten Beitrag („*Der deutsche Gemeindetag vom 1. Februar 1934*“) wurde die Abt. II „Finanzen und Steuern“ des Deutschen Gemeindetags nach einer Anfang Februar 1934 in Kraft getretenen Umstrukturierung von dessen Geschäftsführer Kurt Jeserich geleitet. Hettlage war sein Stellvertreter (Hinweis von Angela Müller, April 2024).

¹ Hettlage, Loschelder, W., Zschintzsch, W.: Die [preußische] Gemeindefinanzverordnung vom 2. Nov. 1932, Berlin, 1933; Hettlage, Loschelder, W., Spielhagen, W.: Das preußische Gemeindefinanzgesetz vom 15. Dez. 1933, Berlin/Leipzig, 1934; Hettlage: Das preußische vereinfachte Gemeindefinanzgesetz vom 24. Februar 1934, Leipzig, 1934.

² Hettlage, Karl. M., Loschelder, W.: Gemeindefinanzrecht, Systematische Erläuterungen des gesamten Vermögens-, Schulden-, Haushalts-, Betriebs-, Kassen- und Prüfungsrechts der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände, Deutscher Gemeindeverlag, Berlin/Leipzig, drei Bände mit jeweils bis zu drei Auflagen, 1938–1943.

³ Schrafstetter 2008, S. 435.

⁴ Schrafstetter 2008, S. 436, Fn. 27.

⁵ Schrafstetter 2008, S. 436.

am 18. Mai 1933 traf, in der das Ermächtigungsgesetz für Preußen verabschiedet wurde. Am 14. Oktober lösten die Nationalsozialisten den Landtag auf. Mit Verweis auf die Memoiren Brüning's kommt Susanna Schrafstetter zu dem Schluss, Hettlage schein sich damals „für eine zügige Auflösung der Zentrumspartei ausgesprochen zu haben“.¹

¹Ebenda.

3 Hettlages Karriere im „Dritten Reich“

Vom Berliner Stadtkämmerer zur Doppelrolle als Bankvorstand und Stellvertreter Speers in der NS-Regierung

In dieser Zeitspanne, die sich von 1933 bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ am 8. Mai 1945 erstreckt, prägen folgende Tätigkeitsfelder die berufliche, wissenschaftliche und politische Entwicklung Hettlages: sein Engagement bei der Gründung der Akademie für Deutsches Recht, die Aufnahme einer nebenberuflichen Lehrtätigkeit an der Berliner Handels- bzw. Wirtschaftshochschule, die Übernahme der Tätigkeit als Berliner Stadtkämmerer im Zuge der „Gleichschaltung“ der Berliner Stadtverwaltung durch die Nationalsozialisten sowie die parallel wahrgenommenen beruflichen Tätigkeiten einerseits als Vorstandsmitglied der Commerzbank AG und andererseits als Spitzenbeamter im nationalsozialistischen Machtapparat.

3.1 Die Rollen Hettlages als Mitgründer der Akademie für Deutsches Recht, Dozent an der Handels-/Wirtschaftshochschule Berlin und Berliner Stadtkämmerer im Zeitraum 1934–1939

Ob Hettlage in dieser entscheidenden Phase seines beruflichen Werdegangs aus innerer Überzeugung oder beruflichem Kalkül heraus handelte, muss an dieser Stelle offenbleiben. Fest steht aber, dass Hettlage nach der Machtergreifung Hitlers Anfang 1933 die Nähe der NSDAP suchte und sich mit den unter ihrem Dach zusammengeschlossenen Juristen vernetzte. Er engagierte sich (laut dem Verzeichnis der Professoren und Professorinnen der Universität Mainz als „Mitgründer“¹) bei der von dem führenden NS-Juristen Hans Frank initiierten **Gründung der Akademie für Deutsches Recht** und gehörte zu ihren wichtigsten Mitgliedern. Hans Frank war zu diesem Zeitpunkt in Personalunion Bayerischer Justizminister, Reichsleiter des Reichsrechtsamts der NSDAP und Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz. Gegründet am 26. Juni 1933 in München, wurde der Akademie mit Gesetz vom 22. September 1933 (veröffentlicht im Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt Nr. 37, S. 277) der Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts verliehen. Laut ihrer Satzung sollte sie in *„Anwendung bewährter wissenschaftlicher Methoden die Neugestaltung des deutschen Rechtslebens [...] fördern und in enger dauernder Verbindung mit den für die Gesetzgebung zuständigen Stellen das nationalsozialistische Programm auf*

¹ Gutenberg Biographics, Verzeichnis der Professorinnen und Professoren der Universität Mainz, a.a.O.

dem gesamten Gebiet des Rechts und der Wirtschaft [...] verwirklichen“.¹ Durch Reichsgesetz vom 11. Juli 1934 (RGBl. I. S. 605) wurde die Akademie für Deutsches Recht zur öffentlich-rechtlichen Körperschaft des Reichs umgewandelt.² Auch Julius Lippert, später als NS-Staatskommissar und Oberbürgermeister von Berlin Hettlages Vorgesetzter, gehörte von der Gründung an zu den prominenten Mitgliedern dieser nationalsozialistisch ausgerichteten Akademie.

Nicht nur wegen der im Frühjahr 1933 verhängten Aufnahmesperre, sondern auch wegen seines vorangegangenen parteipolitischen Engagements als Abgeordneter der Zentrumspartei war Hettlage die Aufnahme in die NSDAP faktisch verwehrt; „*politische Wandervögel*“ (in der Terminologie Hitlers) sollten aus der Partei herausgehalten werden.³ Nach der Gleichschaltung der Standesorganisationen der deutschen Juristen im Jahr 1933 hatte er aber die Möglichkeit, dem **Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen** (BNSDJ) beizutreten, den Hans Frank schon im Jahr 1928 zunächst als Zusammenschluss der NSDAP angehörender Juristen (und Unterorganisation der NSDAP) gegründet und seitdem geleitet hatte. Nach Feststellungen der Universität Köln nutzte Hettlage diese Möglichkeit und wurde bereits im Jahr 1933 Mitglied des BNSDJ⁴, der im Jahr 1936 in NS-Rechtswahrerbund (NSRB) umbenannt wurde. Dessen Hauptaufgaben waren die berufliche Betreuung seiner Mitglieder und deren ideologische Schulung nach nationalsozialistischen Gesichtspunkten. Der NSRB hatte das Recht, bei Stellenbesetzungen im Justizbereich mitzuwirken.⁵ Generell gilt, dass Mitgliedschaften sowohl in der Akademie für Deutsches Recht als auch im BNSDJ dabei halfen, die nach der „Gleichschaltung“ in Berufungs- und anderen öffentlich-rechtlichen Auswahlverfahren in der Regel geprüfte positive Einstellung zum Nationalsozialismus zu belegen.

Parallel zu seiner Verankerung im Kreis der NS-nahen Juristen steckte Karl Hettlage viel Energie in die Bemühungen, seine **wissenschaftliche Lehrtätigkeit am Standort Berlin** fortsetzen zu können. Dabei musste er zunächst Rückschläge in Kauf nehmen: Erste Wahl war für ihn die juristische Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin, der heutigen Humboldt-Universität. Eine bei Rudolf Smend (1882–1975), einem dortigen Ordinarius für Staats- und Kirchenrecht (und phasenweise Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei), bereits Mitte Januar 1932 erbetene

¹ Einen Überblick über die Entwicklung der Akademie für Deutsches Recht gibt das Portal: https://portal.ehri-project.eu/units/de-002429-r_61, Zugriff am 12. September 2022.

² Bundesarchiv, Akademie für Deutsches Recht (Bestand), in: <https://www.deutsche-digitale-bibliothek.de/item/KOVNXXFLT4CQHOBATFM77ZS7MLPVD3FE>, Zugriff am 8. März 2018.

³ Dazu anschaulich: Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt 2020, insbesondere S. 17 ff. und S. 74 ff.

⁴ Universität zu Köln, Galerie der Professorinnen und Professoren, a.a.O.

⁵ Eichmüller, Andreas: NS-Rechtswahrerbund – Zusammenschluss nationalsozialistischer Juristen, in NS-Doku München, <https://www.nsdoku.de/lexikon/artikel/ns-rechtswahrerbund-nsrb-609>, Zugriff am 24. April 2024).

Unterredung, „um die Möglichkeiten der Übernahme einer akademischen Lehrtätigkeit an der Universität Berlin zu erörtern“¹, half Hettlage nicht weiter. Daraufhin unternahm er im Jahr 1933 einen Anlauf, als Privatdozent an der Handelshochschule Berlin tätig werden zu können. Auch dieser führte nicht auf Anhieb zum Erfolg.

Die 5. Wahlperiode des Preußischen Landtags endete am 14. Oktober 1933 gleichzeitig mit der Auflösung des Reichstags. Das bedeutete zugleich das Ende des Abgeordnetendaseins Hettlages für die Zentrumspartei, aber nicht das Ende seiner Aktivitäten im politischen Machtzentrum Berlin. Im Lauf des Jahres 1934 wechselte er in die Spitze der Berliner Stadtverwaltung. Nach Feststellungen von Susanne Willems übernahm Hettlage ab November 1934 offiziell und hauptamtlich die dortige **Position des Stadtkämmerers**, „nachdem er das Amt schon eine Weile kommissarisch verwaltet hatte“.² In hauptstädtischen Dokumenten aus dem Jahr 1936 heißt es dazu, Hettlage habe das Amt des Kämmerers am 6. August 1934 angetreten.³

Details dieses Wechsels, insbesondere wer zu welchem Zeitpunkt die Initiative zu Hettlages Wechsel ergriffen hatte und welche Absprachen bei diesem Anlass getroffen wurden, liegen im Dunkeln. Offensichtlich verbesserte der Wechsel seine Ausgangsposition für die ihm wichtige Dozentur an der Handelshochschule Berlin, die, wie auch die anderen Berliner Hochschuleinrichtungen, nach der Gleichschaltung mit zunehmender Rigorosität von den Nationalsozialisten dominiert wurde.⁴ Sein Ende des Jahres 1934 gestarteter zweiter Vorstoß war erfolgreich: Anfang April 1935 erhielt Hettlage vom Reichswissenschaftsminister grünes Licht für den beantragten Wechsel an die Berliner Handelshochschule, die im Jahr 1935 in Wirtschaftshochschule Berlin umbenannt wurde. Seine Lehrtätigkeit nahm Hettlage allerdings erst im Wintersemester 1935/36

¹ Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen, Nachlass Rudolf Smend, Cod. Ms. R. Smend A 353 Hettlage, Karl M. an Rudolf Smend Berlin-Grunewald, 17.01.1932. Bitte um eine Unterredung, um die Möglichkeiten der Übernahme einer akademischen Lehrtätigkeit an der Universität Berlin zu erörtern. Inventarnummer: Acc. Mss. 2006.

² Willems, Susanne: Der entsiedelte Jude, Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbaubau, 2. Aufl., Berlin 2018, S. 30 (1. Auflage 2002).

³ Hinweis von Angela Müller (April 2024) unter Verweis auf folgende Quelle: Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt Berlin, Verwaltungsbericht der Hauptfinanzverwaltung für die Zeit vom 1. April 1932 bis 31. März 1936, Berlin 1937, S. 36.

⁴ Im Zuge der „Säuberung“ durch die Nationalsozialisten ab 1933 war die Handelshochschule Berlin „von den Entlassungen ab 1933 stark getroffen“. Hochschulpräsident Julius Bonn musste im April 1933 wegen seiner jüdischen Abstammung von seinem Amt zurücktreten. Dennoch sei die dortige Personalpolitik nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten „vergleichsweise lange recht liberal“ gewesen, was sich „gerade auch in der Auswahl der Lehrbeauftragten zeigte“. (Mantel, Peter: Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus: Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden 2009, S. 212).

mit Lehrveranstaltungen über Gemeindefirtschaft und kommunales Verfassungs- und Verwaltungsrecht auf; später kam Steuerrecht hinzu.¹ Ein Jahr später – am 21. Oktober 1936 – erhielt er endlich die ersehnte **Ernennung zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor**.²

Der Einstieg Hettlages in die Leitung der Berliner Stadtkämmerei – eine der wichtigsten und einflussreichsten Positionen der Berliner Stadtverwaltung – geschah im Vollzug der Gleichschaltung nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933, als die Leitungsebene der Stadtverwaltung mit dem Ziel der Schaffung einer „braunen“ Reichshauptstadt komplett ausgetauscht wurde.³ An die Stelle der demokratischen Selbstverwaltung trat das „Führerprinzip“. Wie der Berliner Senat auf seiner Website ausführt, trat die gewählte Stadtverordnetenversammlung Berlins zum letzten Mal am 12. November 1933 zusammen. Die gewählten Organe der Berliner Stadtverwaltung wurden aufgelöst und abgeschafft. Gleichzeitig unterzogen die Nationalsozialisten die Stadtverwaltung ab März 1933 einer rigorosen „Säuberung“, in deren Verlauf mit Ausnahme des Oberbürgermeisters sämtliche Magistratsmitglieder ihre Posten verloren sowie 1.300 Beamte, jeder dritte Angestellte und jeder zehnte Arbeiter entlassen wurden.⁴

Berlins Oberbürgermeister Heinrich Sahm blieb zwar noch bis Dezember 1935 im Amt, aber der preußische Innenminister Göring hatte nach der Machtergreifung Hitlers neben der Berliner Stadtverwaltung ein von Julius Lippert (früherer Chef des NS-Hetzblattes „Der Angriff“) geleitetes Sonderkommissariat eingerichtet. Staatskommissar Lippert⁵ griff mit Interventionen in die Arbeit des Oberbürgermeisters und der von ihm geleiteten Stadtverwaltung ein. Er zog weitgehend die Gleichschaltung der Berliner Stadtverwaltung und die damit verbundene Säuberung von missliebigen Amtsträgern an sich und übernahm ferner ab Dezember 1933 die Aufgaben der Kommunalaufsicht. Lippert schreckte nicht vor Schikanierungen und Diffamierungen des Oberbürgermeisters zurück, um Heinrich Sahm aus dem Amt zu drängen und selbst Berliner

¹ Müller, A. 2022 mit Bezug auf HU UA, UK Personalien, H 286, Bl. 9, Schreiben des Ministers an Hettlage, 1. April 1935.

² Müller, A. 2022 mit Bezug auf HU UA, WHB.01, Nr. 0631, Bl. 154.

³ „Nach der ‚Machtergreifung‘ setzten die Nationalsozialisten den Kampf gegen ihre Gegner fort. In der Stadt entstanden zahlreiche ‚Folterhöhlen‘ und ‚wilde‘ Konzentrationslager. Mit ungeheurer Brutalität gingen die Nationalsozialisten daran, sich des verhassten ‚goldenen‘ und besonders auch des ‚roten‘ Berlin zu entledigen, um Platz für ein neues ‚braunes‘ Berlin zu schaffen: ‚Diese Stadt werden wir umbauen. Das wird mein ganzer Ehrgeiz sein‘, notierte Goebbels im März 1933.“ (Zitat aus: Thijs, Krijn: Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Zeithistorische Studien. Hrsg.: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Band 39, Köln 2008 (Digitales Reprint: <http://dx.doi.org/10.14765/zfz.dok.1.4.v1?>).

⁴ <https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/berlin-im-nationalsozialismus>, Zugriff am 5. April 2022.

⁵ Julius Lippert gehörte – wie Karl Hettlage – dem Preußischen Landtag in dessen kurzer letzter Wahlperiode (März–Oktober 1933) an.

Oberbürgermeister zu werden.¹ Mit zweifelhaftem Erfolg: Nachdem Sahm den Anfeindungen nachgegeben hatte und am 9. Dezember 1935 zurückgetreten war², wurde Lippert auf Grundlage des neu geschaffenen Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin vom 1. Dezember 1936 „*Oberbürgermeister und Stadtpräsident der Reichshauptstadt Berlin*“.³

Zu den von Lippert bekämpften Amtsträgern gehörte neben OB Sahm auch **Stadtkämmerer Bruno Asch** (1890–1940)⁴, der eine solche Position zuvor in der Stadt Frankfurt am Main innehatte und im April 1931 von der Berliner Stadtverordnetenversammlung zum Stadtkämmerer gewählt worden war. Er stammte aus einer jüdischen Familie und war Mitglied der SPD. Im April 1933 wurde Asch – ein „*vorzüglicher*“ Mitarbeiter seines OB Sahm⁵ – aus seiner Funktion als Stadtkämmerer beurlaubt und später entlassen.⁶ Im Herbst 1933 emigrierte er mit seiner Familie nach Amsterdam. Nach der Besetzung der Niederlande durch die deutschen Truppen (1940) nahm sich Bruno Asch das Leben. Seine Frau Margarete und zwei seiner Töchter wurden in ein Vernichtungslager deportiert und dort ermordet.⁷

Im Zuge der (im ersten Schritt) kommissarischen Wiederbesetzung der Berliner Magistratsposten im Frühjahr 1933 installierte Lippert perfiderweise **Karl Steininger** (1864–1947) als den für die Stadtkämmerei zuständigen „*Rathauskommissar*“. Der im Jahr 1933 fast 70-jährige Steininger hatte im Zeitraum 1905–1912 schon einmal als Berliner Stadtkämmerer gewirkt und war der NSDAP als Politiker der Deutschnationalen Volkspartei eng verbunden.⁸ Bei der Wahl des Berliner Oberbürgermeisters im Jahr 1931 hatte die DVNP ihn als Kandidaten aufgestellt, er war aber Heinrich Sahm unterlegen⁹ und gehörte als Mitglied der Berliner Stadtverordnetenversammlung

¹ Hinweis von Angela Müller (April 2024).

² Nach Sahms Rücktritt leitete zunächst Oskar Maretzky das Oberbürgermeisteramt kommissarisch, „*um den guten Schein zu wahren*“, bis er nach der Ernennung Julius Lipperts zum OB Ende März 1937 in den Ruhestand wechselte. Maretzky galt den neuen Machthabern gegenüber als loyal und bereitwillig. So: <https://www.berlin.de/rbmskzl/politik/senat/buergermeistergalerie/artikel.4558.php> und <https://berlingeschichte.de/historie/spitze/zukap4/oskarmaretzky.htm>, Zugriff am 1. Mai 2024.

³ <https://www.berlin.de/berlin-im-ueberblick/geschichte/berlin-im-nationalsozialismus/>; Deutsche Biographie online, Julius Lippert, <https://www.deutsche-biographie.de/sfz51823.html>, Zugriff am 5. April 2022.

⁴ https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrag/kap1_1/para2_79.html, Zugriff am 5. April 2022.

⁵ Sprenger, Heinrich: Aus dem Leben Heinrich Sahms. Die ersten beiden Jahre seiner Berliner Tätigkeit 1931–1932, in: Neugebauer, Wolfgang, Neitmann, K., Schaper, U., Sprenger, H.: Jahrbuch der Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 15, 1966, S. 302.

⁶ <https://www.stolpersteine-berlin.de/de/biografie/789>, Zugriff am 5. April 2022.

⁷ Ebenda.

⁸ https://www.bundesarchiv.de/aktenreichskanzlei/1919-1933/0000/adr/adrsz/kap1_1/para2_459.html, Zugriff am 5. April 2022.

⁹ Hinweis von Angela Müller (April 2008) mit Verweis auf: Sönnichsen, Martina: Heinrich Sahm, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 236–252, S. 245.

zu den schärfsten Kritikern sowohl des Oberbürgermeisters Heinrich Sahm als auch des Stadtkämmerers Bruno Asch. Wegen seines fortgeschrittenen Alters war Steininger nur eine Überbrückungslösung für die Leitung der Stadtkämmerei. Die im Jahr 1934 anstehende dauerhafte Wiederbesetzung der Stelle des Stadtkämmerers war eine der wichtigsten personal- und zugleich parteipolitischen Entscheidungen in der Verwaltung der Reichshauptstadt.

Die **Nähe Karl Hettlages zum Nationalismus** in dieser Phase wird in der zeitgeschichtlichen Forschung uneinheitlich eingeschätzt: Ziegler (2020) charakterisiert Hettlage als „Nationalsozialisten“ und stellt fest: *„Er biederte sich [...] sofort nach der Machtübernahme bei den Nationalsozialisten an, durfte allerdings der NSDAP nicht beitreten.“*¹ Zuvor war Schrafstetter (2008) zu einem anderen Ergebnis gekommen: *„Hettlage war [...] Täter, aber kein Nationalsozialist. Er war zu keiner Zeit NSDAP-Mitglied und bewahrte sich eine innere, kritische Distanz zur NS-Herrschaft.“*² Seinen Aufstieg in die Stellung des Berliner Stadtkämmerers erklärt sie damit, Hettlage sei für diesen Posten *„hervorragend qualifiziert“* gewesen. *„Bekanntermaßen duldeten die Nationalsozialisten (zumindest für einige Zeit) kompetente Beamte und Fachexperten, die keine Nationalsozialisten waren, in wichtigen politischen Positionen, solange diese willens waren, den neuen Machthabern zu dienen.“*

Anzunehmen, Hettlage habe den Karrieresprung auf die Position des Berliner Stadtkämmerers allein aufgrund seiner zweifelsfrei ausgezeichneten fachlichen Expertise geschafft, wäre realitätsfern. Es ging nicht darum, ihn (nach Steininger) als weitere Überbrückungslösung vorübergehend in diesem Amt zu dulden; er wurde vielmehr in einer Zeit, als es den Nationalsozialisten darum ging, *„die Berliner Kommunalverwaltung unter ihre Kontrolle zu stellen“* und sie personell radikal zu säubern³, als Quereinsteiger mit langfristiger Perspektive in die äußerst exponierte Position des Stadtkämmerers gehoben. Wenn es Lipperts vorrangiges Ziel gewesen wäre, einen auf dem Gebiet der Kommunalfinanzen ausgewiesenen Experten in der Leitung der Stadtkämmerei zu haben, hätte er den suspendierten Stadtkämmerer Bruno Asch im Amt belassen können. Wie auch die interimistische Besetzung der Leitung der Berliner Stadtkämmerei mit Karl Steininger zeigt, war für Lippert die parteipolitische Zuverlässigkeit „seines“ Stadtkämmerers mindestens ebenso wichtig wie dessen fachliche Kompetenz.

Denn sowohl bei der Bewältigung der gewaltigen politischen und finanziellen Herausforderungen, die während des geplanten Umbaus Berlins zum Weltzentrum der nationalsozialistischen Bewegung („Welthauptstadt“) auf die Stadtspitze zukommen sollten, als auch beim angestrebten Ausbau seiner persönlichen Machtposition hin zum Berliner Oberbürgermeister brauchte Lippert auf der Schlüsselstelle des Stadtkämmerers einen loyalen Gesinnungsgenossen, auf den er sich

¹ Ziegler, Dieter: Die Commerzbank 1870–1945: Entwicklung und Behauptung als Filiale Großbank, in Paul, S., Sattler, F., Ziegler, D.: 150 Jahre Commerzbank 1870–2020, herausgegeben von der Eugen-Gutmann-Gesellschaft e.V., Frankfurt, 2020, S. 206 f.

² Schrafstetter 2008, S. 432.

³ <https://berlingeschichte.de/historie/spitze/zukap4/oskarmaretsky.htm>, Zugriff am 10. Mai 2024.

in jeder Hinsicht bedingungslos verlassen konnte. Es ist schlechterdings nicht vorstellbar, dass Lippert seinen Juristenkollegen Hettlage in das neue Amt hievte, ohne sich vorher dessen unbedingter Regimetreue und persönlicher Loyalität vergewissert zu haben. Dabei halfen Lippert auch seine eigenen Erfahrungen, sich ein Bild über Hettlage zu machen: Als Mitglied des Preußischen Landtags (1933) kannte Lippert das Abstimmverhalten Hettlages bei dem im Februar 1933 gescheiterten Versuch der Nationalsozialisten, die Selbstauflösung des Preußischen Landtags zu erreichen. Und als Gründungsmitglied der Akademie für Deutsches Recht war Lippert über Hettlages Engagement bei der Gründung dieser dem Nationalsozialismus verpflichteten Kaderschule und sicherlich auch über dessen Beitritt in den Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen informiert.

Aufgrund Hettlages vorangegangener Zentrumszugehörigkeit zauderten die an dieser Personalsache beteiligten Polizei- und Verwaltungsbehörden zunächst bei der Feststellung seiner (aus NSDAP-Sicht) „sauberen“ Gesinnung, aber schlussendlich stimmten die NS-Polizeibehörden der Ernennung Hettlages zum Stadtkämmerer zu.¹

Schon in seiner Funktion als Stadtkämmerer hatte Hettlage mit „**Arisierungsgeschäften**“ zu tun, die die Stadtverwaltung Berlin unter dem Deckmantel der städtebaulichen Neugestaltung der Reichshauptstadt betrieb. Er setzte sich beim Reichswirtschaftsministerium dafür ein, der Stadt Berlin die Steuer auf „*Arisierungsgewinne*“ zu erlassen, weil die Stadtverwaltung „*in Mitwirkung an dieser Neugestaltung der Reichshauptstadt im Interesse der Volksgemeinschaft*“ eine „*dringende öffentliche Aufgabe*“ erfülle.² In dieser Phase kam er mehrfach mit Albert Speer in Kontakt.

Wie Hettlage Jahrzehnte später in einem Interview berichtete, hatte ihn Speer etwa ein halbes Jahr nach seiner Ernennung zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI) im Jahr 1937 zu einem Gespräch über die Möglichkeiten zur Finanzierung der geplanten Monumentalbauten in Berlin gebeten und ihm wenig später eine zentrale Leitungsfunktion in Speers neuer Behörde angeboten. Dabei ging es um die mit der Stellvertretung Speers verbundene Leitung der Hauptabteilung Verwaltung und Wirtschaft des GBI, dem die „Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt“ unterstellt werden sollte. Sie wurde im Juni 1938 durch Rechtsverordnung (RGBl. I 1938, S. 635 f.) errichtet.³ Der „*lange vereinbarte Wechsel Hettlages in die Neugestaltungsbehörde*“ fand im April 1940 statt⁴, aber schon vorher wurde Hettlage zumindest inoffiziell für den GBI tätig. So stand er dem damaligen GBI-Vizepräsidenten Gerhard Fränk in den ersten Wochen des Jahres 1940 bei Verhandlungen in der Reichskanzlei über die Höhe der

¹ Carbonell, Mauve: Karl-Maria Hettlage (1902–1995): un expert au service de l'Europe et des Allemandes. *Revue d'histoire de l'intégration européenne* 12 (2006), Nr. 1, S. 69.

² Schrafstetter 2008, S. 439 mit weiteren Nachweisen.

³ Der Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI), in: https://portal.ehri-project.eu/units/de-002409-r_1, Zugriff am 1. August 2022.

⁴ Willems, Susanne 2002/2018, S. 33 f.

Mittelzuweisungen, die übertarifliche Besoldung der GBI-Beschäftigten und die bevorstehende Organisationsänderung zur Seite.¹ Die geplante Organisationsänderung – eine umfassende Umstrukturierung des GBI – war von Hettlage konzipiert worden, was zeigt, dass er schon seit spätestens 1939 inoffiziell für Speer arbeitete und in dessen Behörde maßgeblichen gestaltenden Einfluss ausübte.

Die Errichtung des GBI war mit ein Grund dafür, dass die Position des Berliner Stadtkämmerers für Hettlage schon bald an Attraktivität verlor. Denn die dem GBI gesetzlich zugewiesenen Aufgaben und Befugnisse schränkten die kommunale Mitwirkung an der städtebaulichen Weiterentwicklung Berlins erheblich ein.² Auch in finanzieller Hinsicht konnte der GBI seinen Beschäftigten günstigere Arbeitsbedingungen anbieten als die Kommunen. Es kam zu „*einem Transfer leitender Kommunalbeamter zum GBI*“.³

Einer davon war Hettlage, der Ende Mai 1939 aus dem Amt des Stadtkämmerers ausschied und zu Speer wechselte. Hettlage stellte dies später so dar, als ob dies auf Druck Goebbels⁴ geschehen und er mithin Opfer des Naziregimes gewesen sei. Ob Hettlage sein Amt auf Druck politisch einflussreicher Widersacher oder aus freien Stücken aufgab, lässt sich nicht eindeutig klären, wobei es an der ersten Version gewichtige Zweifel gibt.⁵

Diese Zweifel erscheinen schon deshalb angebracht, weil Hettlage in seiner Zeit als Stadtkämmerer im September 1936 der SS als Untersturmführer beitrug (Stab Hauptamt SS, Mitgliedsnummer 276909). Dabei kann dahingestellt bleiben, ob er selbst die Initiative zu seinem Eintritt in die SS ergriffen hatte oder ob die Initiative von anderer Seite ausgegangen war und er die ihm von der SS angebotene „ehrenamtliche“ Mitgliedschaft in der Position eines Untersturmführers (vergleichbar mit dem Rang eines Leutnants) annahm. Ein Jahr später wurde er zum Obersturmführer (Oberleutnant) und am 11. September 1938 – also nur wenige Monate vor seinem Ausscheiden aus dem Amt des Stadtkämmerers – zum SS-Hauptsturmführer (Hauptmann) ernannt. Hettlage

¹ Willems, Susanne 2002/2018, S. 34.

² Willems, Susanne 2002/2018, S. 27.

³ Willems, Susanne 2002/2018, S. 33.

⁴ Laut einem Hinweis von Angela Müller (April 2024) bezog sich die von Schrafstetter (2008, S. 437) angesprochene „*Untersuchung im Fall Hettlage*“, die „*nichts Belastendes zutage gefördert habe*“, nicht auf die parteipolitische Gesinnungstreue Hettlages, sondern auf einen innerhalb des Stadtrats erhobenen (nicht erwiesenen) Vorwurf, Hettlage habe als Führer von Verhandlungen der Stadt Berlin mit einer belgischen Beteiligungsgesellschaft zum Nachteil der Stadt gehandelt.

⁵ Willems, Jude, Paul Ascot: *The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and the Nazi Monumental Building Economy*, New York, 2000, S. 16 und S. 29.

stellt dies so dar, dass seine SS-Mitgliedschaft nur zeitweilig (bis 1939) und ehrenhalber bestanden habe¹ und ihm der SS-Ehrenrang auf Veranlassung des Oberbürgermeisters verliehen worden sei.² Auf seiner SS-Stammkarte wird Hettlage dagegen bis Juni 1941 als Mitglied geführt. Vermerkt ist dort auch der Besitz eines „SS-Julleuchters“, der zu den quasireligiösen SS-Ritualen gehörte. Er wurde üblicherweise von SS-Reichsführer Himmler an verdiente SS-Mitglieder verliehen und bei Verstößen gegen die Grundsätze der SS zurückverlangt, was in Hettlages Fall nie geschah.³

Gegen Hettlages Version, von den Nationalsozialisten aus dem Amt des Stadtkämmerers gedrängt worden zu sein, spricht vor allem, dass er wenige Monate später in die Leitungsposition bei Speer – und damit in eine im NS-System noch exponiertere Position – wechselte, was – wie oben erwähnt – schon vor Hettlages Rückzug aus der Stadtkämmerei angebahnt worden war. Die wahrscheinlichste Erklärung für Hettlages Wechsel ist, dass er – wie er es über seinen gesamten beruflichen Werdegang hinweg getan hat – eine sich ihm bietende Karrierechance erkannt und genutzt hat. Denn nachdem sein Chef und „Mentor“ Julius Lippert mit Antritt seiner Doppelfunktion als Oberbürgermeister und Stadtpräsident⁴ im Frühjahr 1937 die Gleichschaltung der kommunalen und staatlichen Verwaltung der Reichshauptstadt und damit den Zenit seiner persönlichen Macht erreicht hatte, manövrierte er sich mit Versuchen, seine Machtposition noch weiter auszuweiten, zunehmend ins politische Abseits. Er zog sich den Unmut des Berliner Gauleiters und Innenministers Joseph Goebbels zu⁵ und geriet in eine Auseinandersetzung mit Albert Speer (GBI) über die städtebauliche Planung Berlins, in der Lippert schließlich den Kürzeren zog: Auf Betreiben Speers, der den besseren Draht zu Hitler hatte, wurde Julius Lippert im Juli 1940 – wenige Wochen nach Hettlages offiziellem Übertritt zum GBI – zunächst suspendiert; Ende 1940 entließ der „Führer“ Lippert aus seiner Doppelposition als Oberbürgermeister und Stadtpräsident.⁶ Diese seit 1937/38 andauernden Auseinandersetzungen schwächten auch die Berliner Kommunalverwaltung.

¹ Mauve Carbonell (Carbonell 2006, S. 70) schätzt auch eine inaktive und ehrenamtliche Mitgliedschaft in der SS als „nicht unbedeutend“ ein. Hettlage hat von dieser im „Dritten Reich“ karrierefördernden Mitgliedschaft profitiert.

² Schrafstetter 2008, S. 452.

³ Schrafstetter 2008, a.a.O.

⁴ Der Stadtpräsident ersetzte die vorangegangene Position des Staatskommissars.

⁵ Dazu anschaulich: <https://berlingeschichte.de/historie/spitze/zukap4/juliuslippert.htm>, Zugriff am 1. Mai 2024.

⁶ Menges, Franz: Lippert, Julius, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 659–660 [Online-Version], <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117202576.html#ndbcontent>, Zugriff am 1. Mai 2024.

3.2 Der erste Teil von Hettlages Doppelrolle: Sein Wirken als Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG (1939–1945)

Offiziell wurde Hettlages Ausscheiden aus der Position des Berliner Stadtkämmerers mit der Bestellung in den Vorstand der Commerzbank begründet¹ – „eine Aufgabe, der er sich mit ganzer Kraft widmen wollte“.² Hettlage trat tatsächlich am 1. Juni 1939 in den sechsköpfigen Vorstand der Commerzbank AG ein und blieb ihr nach einer längeren Unterbrechung (1945–1948) bis Ende 1951 (in einer anderen niederrangigen Funktion) verbunden. Das ermöglichte ihm später, den Eindruck zu erwecken, im „Dritten Reich“ in einer unpolitischen Tätigkeit innerhalb der privaten Wirtschaft „überwintert“ zu haben. Dieser Eindruck verfestigte sich so, dass der ifo-Verwaltungsratsvorsitzende Gerd Tacke bei der Verabschiedung Hettlages aus seinem Amt als ifo-Präsident im Juni 1976 das Wirken Hettlages im Commerzbank-Vorstand folgendermaßen umschrieb: „Während der größeren Hälfte des tausendjährigen Reichs haben Sie dann in der Privatwirtschaft gewirkt und gehörten mehr als ein Jahrzehnt dem Vorstand der Commerzbank an. Auch dort haben Sie Bemerkenswertes, ja Hervorragendes geleistet.“³ Eine Fehleinschätzung, wie sich im Folgenden zeigen wird.

Wer mit welcher Intention den Aufstieg des im Bankwesen völlig unerfahrenen Karl Maria Hettlage in den Vorstand einer der drei deutschen Großbanken im Jahr 1939 herbeiführte und was er in dieser Position tatsächlich leistete, liegt nach wie vor teilweise im Dunkeln. Ziegler vermutet, dass mit Hettlage gezielt ein „Nationalsozialist von außen“ in den Bankvorstand eingeschleust wurde, um das Bankgeschäft der Commerzbank im Sinne der NS-Politik zu beeinflussen. Es sei zwar nicht bekannt, über welche Kanäle Hettlage in den Commerzbank-Vorstand gelangt war, aber das schon bald folgende parallele berufliche Engagement (bei Speer) deute „auf eine Einflussnahme von außen“ hin.⁴ Folgt man dieser Vermutung, könnte es wohl nur der umtriebige Albert Speer gewesen sein, der Hettlage in den Bankvorstand lancierte, um präventiv den direkten Draht zwischen der NS-Regierung (insbesondere dem GBI) auf der einen Seite und dem Commerzbank-Vorstand auf der anderen herzustellen (und möglicherweise gleichzeitig Hettlage ein Zusatzeinkommen zu dessen künftiger Tätigkeit in den Speer-Behörden zu verschaffen).

1 Willems 2002/2018, S. 29/30 mit Bezug auf einen Bericht des Berliner Lokal-Anzeigers vom 5. Mai 1939.

2 Schrafstetter 2008, a.a.O.

3 Tacke, Gerd: Karl Maria Hettlage – Werk und Verdienst, ifo-Studien, 23. Jahrgang 1977, Heft 1–2, Wirtschaftspolitik – Wirtschaftsanalyse, S. 1–6.

4 Ziegler 2020, S. 206/207.

Eine weitere Variante könnte sein, dass der in Politik und Wirtschaft bestens vernetzte und den Nationalsozialisten nahestehende Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzende Fritz Reinhart¹ den im öffentlichen Sektor erfahrenen Hettlage in den Bankvorstand holte, um besser für die laufenden Veränderungen der Bankgeschäfte während der nationalsozialistischen Herrschaft gerüstet zu sein und gleichzeitig dessen zwischenzeitlich aufgebaute Verbindungen in den nationalsozialistischen Machtapparat hinein zu nutzen. Die politisch bedingten Veränderungen bestanden insbesondere in der drastischen Zunahme der Staatsfinanzierung bei wegbrechender Handels- und Industriefinanzierung (Entwicklung der Commerzbank AG zur „*Kapitalsammelstelle für den Bedarf des Reichs*“), der Ausweitung der „Arisierungsgeschäfte“ als „Geschäftsmodell“ für Westeuropa und der Ausweitung der Bankaktivitäten auf die von Deutschland annektierten bzw. eroberten Gebiete.

Diese beiden Varianten sind Spekulation, aber denkbar. Ausgeschlossen werden kann dagegen die im Laufe der Nachkriegskarriere Hettlages kommunizierte Variante, dass er den Einstieg in den Commerzbank-Vorstand aus eigenen Stücken mit dem Ziel betrieben hätte, auf diese Weise Distanz zum NS-Regime aufzubauen und so die Zeit des Nationalsozialismus in einer unpolitischen Position zu überbrücken. Allein schon Hettlages paralleler Einsatz für Albert Speer lässt dieses Narrativ des „Überwinterns“ ausscheiden.

Auch wenn noch vieles ungeklärt ist, lässt sich das Wirken Hettlages für die Commerzbank in den sechs Jahren bis zum Ende der NS-Herrschaft **in drei zeitliche Abschnitte** – dazu Abbildung 3 – unterteilen. Nach der bedingungslosen Kapitulation am 8. Mai 1945 folgten zwei weitere zeitliche Abschnitte: Zunächst wurde Hettlages Tätigkeit für die Commerzbank für die Dauer von mehr als drei Jahren vollständig unterbrochen, bis er sie im Juli 1948 (bis Ende des Jahres 1951) in der Position eines Mitglieds der Geschäftsleitung der Hansa-Bank, die die Bankgeschäfte der Commerzbank in der Region Hamburg fortführte, wieder aufnehmen durfte. Der berufliche Werdegang Hettlages nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ wird ab Abschnitt 5 dargestellt.

¹ Friedrich Reinhart war Vorstandsvorsitzender der Commerzbank, bis er im Jahr 1934 in die Position des Aufsichtsratsvorsitzenden wechselte. Anders als die im Jahr 1938 amtierenden Mitglieder des Commerzbank-Vorstands war Reinhart zwar kein Mitglied der NSDAP, ihr aber sehr eng verbunden, wovon die Bank in Zeiten des Nationalsozialismus profitierte. Er war Inhaber mehrerer Ämter in Politik und Wirtschaft: Preußischer Staatsrat, Leiter der Wirtschaftsgruppe Privates Bankgewerbe, Präsident der Industrie- und Handelskammer in Berlin (ab 1935), und stand in enger persönlicher Verbindung zur NS-Regierung. Er war Mitgründer des Keppler-Kreises, der sich 1932 für die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler ausgesprochen hatte, und ab 1933 als einer der zwölf Urmitglieder des Freundeskreises des Reichsführers SS („Himmler-Kreis“) Heinrich Himmler eng verbunden. Als Folge der Mitgliedschaft im Himmler-Kreis unterstützte die Commerzbank die SS mit einer jährlichen Zuwendung in Höhe von 50.000 RM (Der Spiegel vom 13. Oktober 1965, Treue im Chor, <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46274463.html>, Zugriff am 11. März 2018).

Zeitraum	Ämter/Aufgaben bei der Commerzbank AG	Parallele berufliche Tätigkeiten
1. Juni 1939 – März 1940	Einstieg in den Vorstand der Commerzbank AG (CB) am 1. Juni 1939. Tätigkeitsschwerpunkt ab Kriegsbeginn: Etablierung der CB in den eroberten Ostgebieten.	Zunächst inoffizielle Unterstützung des Generalbauinspektors Albert Speer. Vorlesungen an der Wirtschaftshochschule Berlin.
April 1940 – Herbst 1942	Ausübung des Vorstandsamts als Nebentätigkeit, Ende 1941 Gründung der CB-Tochter Hansabank Riga/Reval), Übernahme des Aufsichtsratsvorsitzes. Weiterhin Teilnahme an den Sitzungen des Arbeitsausschusses des Aufsichtsrats und des Vorstands der CB.	Offizieller Einstieg in NS-Regierungsämter als Präsident der Durchführungsstelle des GBI, Hauptabteilungsleiter und Stellvertreter Albert Speers am 1. April 1940 (Hauptamt). Reduzierung der Vorlesungen an der WHS Berlin ab SS 1941.
Herbst 1942 – 8. Mai 1945	Weitere Verringerung der Tätigkeit für die CB, Rückzug der Hansabank aus Riga/Reval 1944/45. Nur noch vereinzelte Teilnahme an Sitzungen des Arbeitsausschusses.	Übernahme weiterer Regierungsämter u. a. als Generalreferent/HAL im Rüstungsministerium, verbunden u. a. mit der Verantwortung für die Gründung und Aufsicht der Mittelwerk GmbH im KZ Mittelbau-Dora. Einstellung der Vorlesungen an der WHS Berlin ab dem SS 1943.
9. Mai 1945 – Mitte Juli 1948	Suspendierung Hettlages vom Vorstandsamt der CB. Deren Status als überregionale Großbank endete auf Anordnung der Militärregierung am Tag der Kapitulation Deutschlands.	Keine anderweitige Beschäftigung in Staat oder Wirtschaft; keine Wiederaufnahme der Lehrtätigkeit an der WHS Berlin.
2. Julihälfte 1948 – 31. Dezember 1951	Rückkehr in eine Vorstandstätigkeit unter dem Dach der CB als Mitglied der Hansa-Bank in Hamburg, eine der insgesamt neun Filialgruppen, die die Geschäfte der CB in den drei Westzonen übernahmen.	Ab 1949 Honorarprofessor an der Universität Bonn (ehrenamtlich). Mai 1951 Übernahme einer ordentlichen Professur für Öffentliches Recht an der Universität Mainz.

Abbildung 3: Übersicht über den Verlauf der haupt- und nebenamtlichen Tätigkeiten Karl Maria Hettlages im Zeitraum 1939–1951

a) Zu den ersten beiden Phasen (**Juni 1939 bis Herbst 1942**) gilt Folgendes:

In den meisten vom „Dritten Reich“ okkupierten Ländern war das Bankwesen der Hebel, die dortigen Industrien auf die deutsche Rüstungs- und Autarkiewirtschaft auszurichten; die Neuordnung des Bankwesens war – so Ziegler – eine der ersten wirtschaftspolitischen Aufgaben nach der Okkupation.¹ Nachdem die Commerzbank – anders als die Deutsche Bank und die Dresdner Bank – in Österreich, dem Sudetenland und dem Protektorat Böhmen und Mähren eher zurückhaltend vorgegangen war, wurde sie nach dem Einmarsch der Wehrmacht in **Polen** (1. September 1939) sofort aktiv. Aber: *„Es waren [...] nicht der zögerliche Bandel oder der noch zögerlichere Marx², die die Initiative ergriffen, sondern der gerade erst in den Vorstand berufene, offen nationalsozialistisch auftretende Karl Hettlage. Bereits Anfang September sprach er beim Reichskommissar für das Kreditwesen vor.“*³

Hettlage ging es darum, die Commerzbank in den annektierten polnischen Gebieten und im Generalgouvernement Krakau zu etablieren und damit zu erreichen, dass die Commerzbank AG nicht weiter hinter die beiden anderen deutschen Großbanken zurückfiel. Es gelang zwar, zügig fünf Filialen in den annektierten Ostprovinzen zu errichten (Danzig, Posen, Litzmannstadt, Sosnowitz und Kattowitz), damit lag die Commerzbank aber deutlich hinter der Deutschen Bank (zehn Niederlassungen) und der Dresdner Bank (neun Niederlassungen zzgl. sieben Filialen der Tochtergesellschaft Ostbank AG).

Die wirtschaftliche Entwicklung mancher Filialen verlief „alles andere als erfreulich“. Inwieweit sich die jeweilige Commerzbank-Niederlassung auf „Hilfsdienste für ein verbrecherisches Besatzungsregime einließ, hing ganz wesentlich von den Persönlichkeiten in der jeweiligen Filialleitung ab“.⁴ Die Filiale Litzmannstadt war „dank der Errichtung des Gettos und der Bedeutung der Gettoverwaltung als Kunde in einem besonders brutalen Umfeld wirtschaftlich vergleichsweise erfolgreich“.⁵ Anders ging es der Filiale Sosnowitz, wofür Hettlage einen Sündenbock verantwortlich machte. In einem Schreiben an das Reichsaufsichtsamt vom 17. Mai 1940 führte Hettlage die schwache Ertragslage der Niederlassung Sosnowitz darauf zurück, „dass die Leitung der Geschäftsstelle nicht eifrig genug gewesen sei, weshalb sie auch abgelöst werden sollte“.⁶ Fehlenden Einsatzwillen schließt Ziegler als Grund mangelnden Eifers aus, wahrscheinlich hatte „der

¹ Ziegler 2020, S. 178.

² Eugen Bandel und Paul Marx gehörten dem Vorstand der Commerzbank seit der Fusion der Commerzbank mit dem Barmer Bank-Verein im Jahr 1932 an.

³ Ziegler 2020, S. 192.

⁴ Ziegler 2020, S. 195.

⁵ Ebenda.

⁶ Ziegler 2020, S. 195 und S. 630.

Niederlassungsleiter in Sosnowitz zum Zeitpunkt seiner Bewerbung nur keinerlei Vorstellung, was ihn erwarten würde“.¹

Nach dem Angriff Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 wurde Hettlage auch dort für die Commerzbank aktiv. Die NS-Machthaber verwehrten zwar den deutschen Großbanken die Gründung von Filialen des jeweiligen Mutterhauses, ermöglichten es ihnen aber, im Baltikum und in Teilen Weißrusslands (Reichskommissariat Ostland) rechtlich selbstständige Tochtergesellschaften zu gründen.² Die Commerzbank nutzte diese Möglichkeit umgehend. Schon im Oktober hatte sich der Commerzbank-Vorstand mit dem Reichswirtschaftsministerium auf die Gründung einer Tochtergesellschaft im Baltikum verständigt, und die behördlichen Genehmigungen waren auf dem Weg³; am 3. November 1941 wurde in Berlin die Gründung der Commerzbank-Tochtergesellschaft Hansabank AG notariell beurkundet.⁴ Zu Mitgliedern des dreiköpfigen Aufsichtsrats wurden Karl Hettlage, Joseph Schilling⁵ und Max Grunow bestellt; Hettlage wurde der Vorsitz des Aufsichtsrats übertragen.⁶ Gut drei Wochen später traf sich der Aufsichtsrat der Hansabank AG in Berlin zu seiner ersten Sitzung und setzte den aus drei Mitgliedern bestehenden Vorstand ein, sodass die Hansabank AG ihren Geschäftsbetrieb in den letzten Wochen des Jahres 1941 mit Niederlassungen in Riga und Reval (Tallinn) starten konnte.

Der Start der Niederlassung Reval wurde dadurch erleichtert, dass das Wirtschaftskommando Reval sie mit der Liquidation der estnischen Kreditbank A.-G. Reval einschließlich ihrer Filialen und des dort ansässigen Bankhauses G. Scheel beauftragt hatte. Mit der Liquidation verbunden waren die Zuweisung der ehemaligen Geschäftsräume der Kreditbank A.-G. an die Hansabank-Niederlassung in Reval und die Zustimmung zur Fortführung des zuvor von der Kreditbank A.-G. Reval ausgeübten Kreditgeschäfts in Estland.⁷ Ein Jahr später kam die estnische Filiale Dorpat (Tartu) hinzu.⁸

Die Geschäfte der Hansabank AG entwickelten sich „alles andere als positiv. Sowohl in Riga als auch in Reval war die öffentliche Hand direkt oder indirekt der einzige Kunde von Bedeutung.“

¹ Ziegler 2020, S. 195.

² Ziegler 2020, S. 196.

³ Schreiben des Beauftragten für das Bankenwesen in Estland vom 3. November 1941 TGB. Nr. 562/140 an die Commerzbank AG (zu Händen des in Reval, Hotel Imperial, residierenden Repräsentanten der Commerzbank AG), HAC-13/1.

⁴ In den Räumen der Commerzbank AG in Berlin vor Notar Paul Fritzschen beurkundeter Gesellschaftsvertrag der Hansabank AG vom 3. November 1941, HAC-13/1.

⁵ Joseph Schilling folgte im Jahr 1934 Friedrich Reinhart als Vorstandsvorsitzender („Betriebsführer“) der Commerzbank AG nach, als dieser in den Aufsichtsrat gewechselt war.

⁶ Ebenda.

⁷ Schreiben des Beauftragten für das Bankenwesen in Estland vom 3. November 1941 TGB. Nr. 562/140 an die Commerzbank AG, HAC-13/1.

⁸ Krause, Detlev: Commerzbank 1870–2010. Eine Zeitreise, Eugen-Gutmann-Gesellschaft (Hrsg.), Dresden 2010, <http://www.eugen-gutmann-gesellschaft.de/upload/commerzbank140jahre.pdf>, Zugriff am 30. Juli 2022; Ziegler 2020, S. 196.

Als einzige der ausländischen Tochtergesellschaften der Commerzbank arbeitete die Hansabank AG Riga/Reval im Jahr 1942 mit Verlust.¹

Für sämtliche Niederlassungen der Commerzbank AG – und auch der anderen deutschen Großbanken – galt, dass sie in den okkupierten Gebieten eine zentrale Rolle bei „**Arisierungsgeschäften**“ und der **Liquidation jüdischen Vermögens** spielten.² So war die Commerzbank „bereits im Dezember 1939 für zwei jüdische Privatbankhäuser und die Niederlassungen zweier polnischer Banken zum Liquidator bestimmt worden“.³ Zusammenfassend stellt Ziegler fest: „Es kann insofern nicht bezweifelt werden, dass die Commerzbank ohne Skrupel von der Vernichtung jüdischer Gewerbetätigkeit zu profitieren bereit war.“⁴

Hettlages Tätigkeit im Commerzbank-Vorstand wurde – wie schon erwähnt – von Beginn an durch die parallel stattfindende **Unterstützung von Albert Speer und dessen Behörde** begleitet, die bis März 1940 in inoffizieller Form stattfand. Inwieweit sich dies von Juni 1939 bis März 1940 zeitlich auf Hettlages Banktätigkeit auswirkte, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Spätestens ab April 1940, als Hettlage offiziell seine Führungsposition als Stellvertreter Speers in der GBI-Behörde antrat⁵, nahm er seine Vorstandsaufgaben nebenamtlich⁶ mit offensichtlich stark eingeschränktem Zeitbudget wahr. Dafür spricht auch die relativ geringe Höhe der Vergütung, die er als Mitglied des Commerzbank-Vorstands bezog.⁷

Dass Hettlage sich nach seinem Einstieg bei Speer nicht vollständig aus seiner Vorstandsverantwortung herauslöste, belegen zum einen sein dokumentierter Einsatz für die Commerzbank bei der Erschließung der neuen Geschäftsfelder in den okkupierten Ostgebieten sowie zum anderen seine Präsenz in den Leitungsorganen: Bis in die zweite Hälfte des Jahres 1942 hinein nahm er

¹ Ziegler 2020, S. 197.

² Dazu grundlegend: Loose, Ingo: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, Studien zur Zeitgeschichte, Band 75, München 2007, S. 98 ff.

³ Ziegler 2020, S. 195.

⁴ Ziegler 2020, S. 206.

⁵ Willems 2002/2018, S. 29 und S. 34.

⁶ Sattler, Friederike: Die Commerzbank 1945–1989. Neuanfang, Wirtschaftsboom und Internationalisierung, in: Paul, S., Sattler, F., Ziegler, D.: 150 Jahre Commerzbank 1870–2020, herausgegeben von der Eugen-Gutmann-Gesellschaft e.V., Frankfurt, 2020, S. 221 (Fußnote II.34).

⁷ Zu seiner Vergütung gab Hettlage in den späteren Verfahren an, dass sich sein reguläres Jahreseinkommen in Höhe von RM 25.000 (1933–1939) durch die Ernennung zum Vorstandsmitglied auf RM 36.000 erhöht habe (Schrafstetter 2008, S. 445, Fn. 95). Das spricht für die Annahme einer Nebenbeschäftigung. Der Jahresabschluss der Commerzbank für das Jahr 1938 weist für die Vorstandsbezüge (ohne Versorgungsleistungen an Ruhegehaltsempfänger) 574 TRM aus (1939: 585 TRM; 1940: 659 TRM). Das bedeutet im Jahr 1938 bei insgesamt sechs ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitgliedern durchschnittliche Pro-Kopf-Bezüge in Höhe von knapp 98 TRM.

regelmäßig an den monatlichen Sitzungen des gemeinsamen Arbeitsausschusses des Aufsichtsrats und des Vorstands der Commerzbank AG teil.¹

Eine der letzten dokumentierten Aktivitäten Hettlages innerhalb der Commerzbank AG waren dessen „Ausführungen über die Neuordnung der deutschen Kriegswirtschaft und einige damit zusammenhängende Einzelfragen der Commerzbank AG“ in der Sitzung des Aufsichtsrats am 11. April 1942.² Mit dieser Thematik – vor allem auch der Finanzierung der kriegswirtschaftlichen Aufträge – beschäftigte sich Hettlage federführend in seiner Tätigkeit bei Speer. Mit ausdrücklichem Hinweis auf seine neue Rolle als Generalreferent im Ministerium für Bewaffnung und Munition (und ohne Nennung seiner Position als Mitglied des Commerzbank-Vorstands) veröffentlichte Hettlage dazu ein Vierteljahr später einen kurzen Beitrag zum Thema „Finanzierungswende“ in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“³; dazu später mehr. Hettlages Bericht in der Sitzung des Aufsichtsrats über die Planungen der NS-Regierung zur Neuordnung der Kriegswirtschaft, die sich auch in erheblichem Umfang auf die Geschäftstätigkeit der deutschen Großbanken bei der Kriegsfinanzierung auswirkte, zeigt, dass der Aufsichtsrat der Commerzbank die Aktivitäten Hettlages in der NS-Regierung nicht nur kannte, sondern auch duldete und für die Zwecke der Bank nutzte.

Im Zeitraum 1939–1942 kam Hettlage seinen **nebenamtlichen Lehrverpflichtungen** an der Wirtschaftshochschule Berlin zunächst weiter nach. Inzwischen hatten sich die rechtlichen Grundlagen des Professorenstatus durch die neu gefasste Reichs-Habilitationsordnung vom 17. Februar 1939 geändert. Um seinen Professorentitel zu erhalten, beantragte Hettlage Mitte Juli 1939 – sechs Wochen nach seinem Einstieg in den Commerzbank-Vorstand – beim Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung die (erneute) Ernennung zum außerplanmäßigen Professor. Die neue Habilitationsordnung ließ indessen eine Apl.-Professur für hauptamtlich außerhalb der Hochschule tätige Personen nicht zu. Als Ausweidlösung ernannte das Wissenschaftsministerium Hettlage am 24. November 1939 zum Honorarprofessor, wohl in der Absicht, „eine Degradierung Hettlages zu vermeiden“.⁴ Spätestens seit Kriegsbeginn betrieb die Berliner Wirtschaftshochschule eine rigorose nationalsozialistische Personalpolitik.⁵ Man kann davon ausgehen, dass Hettlage die Ernennung zum Honorarprofessor ohne ein eindeutiges Bekenntnis zum Nationalsozialismus nicht erreicht hätte. Ab dem Sommersemester 1941 schränkte Hettlage

¹ Ziegler 2020, S. 207.

² Detlef Krause, Abteilungsleiter Historisches Archiv der Commerzbank AG, E-Mail an M. Knoche vom 15. Juli 2022. Der Text der Ausführungen Hettlages ist nicht überliefert.

³ Hettlage, Karl M.: Finanzierungswende, Der deutsche Volkswirt, 16. Jahrgang, Heft 45, Berlin 1942, S. 1442–1443.

⁴ Müller, A. 2022 unter Verweis auf den in HU UA, WHB.01, Nr. 0631, Bl. 182 ff. archivierten Schriftwechsel zwischen Hettlage, Reichswissenschaftsminister und Rektor der Wirtschaftshochschule Berlin.

⁵ Mantel 2009, S. 212.

seine Lehrtätigkeit erstmals ein, indem er „wegen des Krieges“ seine Vorlesung über Steuerrecht ausfallen ließ.¹

Von **Herbst 1942 bis zur bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945** behielt Karl Maria Hettlage seine Position als Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG bei. Aber der Umfang seiner damit verbundenen Tätigkeiten ging offensichtlich stark zurück, während er sich mehr und mehr dem zweiten Teil seiner Doppelrolle – seinen Aufgaben in der NS-Regierung – widmete. Sie waren vor allem nach der Ernennung Albert Speers zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition im Februar 1942 erheblich ausgeweitet worden (dazu unten Abschnitt 0).

Ein Zeichen für das schwindende Interesse Hettlages an seiner Tätigkeit als Banker ist die Entwicklung seiner Präsenz in den monatlichen Sitzungen des gemeinsamen Arbeitsausschusses des Aufsichtsrats und des Vorstands der Commerzbank AG. Sie strebte ab Herbst 1942 gegen null: Im Jahr 1943 beschränkte sich Hettlages Teilnahme auf eine einzige Arbeitsausschusssitzung²; in den verbleibenden 16 Monaten bis zum Zusammenbruch des „Dritten Reichs“ nahm er laut einer im Historischen Archiv der Commerzbank AG erstellten Übersicht lediglich an zwei Sitzungen des Arbeitsausschusses – am 5. Mai sowie am 12. Juli 1944 – teil³, also in einer Phase, in der die Geschäftstätigkeit der Commerzbank-Tochter Hansabank AG in Riga und Reval dem Ende zuging. Nachdem sich im Deutsch-Sowjetischen Krieg das Blatt gewendet hatte, zog sich die Hansabank AG in der letzten Septemberwoche 1944 unter chaotischen Verhältnissen zunächst aus Estland, wenig später auch aus Riga zurück. Die gestrandeten Belegschaften wurden nach Wismar gebracht, wo sie ihre Aufgaben wieder aufnahmen und die Bankgeschäfte im Baltikum abwickelten.⁴

Ob und ggfs. welche Leistungen Hettlage in dieser kritischen Phase über seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Hansabank AG Riga/Reval hinaus für die Commerzbank AG erbrachte, lässt sich nicht eindeutig feststellen. Zum gesicherten Wissen gehört, dass die Commerzbank AG von Hettlages Leitungstätigkeit im Speer-Ministerium u. a. profitierte, indem sie von ihm direkte Informationen über bankrelevante Entwicklungen in der Rüstungswirtschaft und deren Finanzierung erhielt.⁵ Fest steht auch, dass eine Reihe von Unternehmen und öffentlichen Stellen, die zu Speers Machtbereich gehörten oder ihm nahestanden, zu den Kunden der Commerzbank gehörten. Fraglich ist indessen, inwieweit dies auf Hettlages persönliche Einflussnahme zurückgeht. Im Fall der von ihm federführend gegründeten Mittelwerk GmbH (dazu Abschnitt 0) „führte er der

¹ Ebenda.

² Ziegler 2020, S. 207.

³ Krause, Detlef: Aufstellung Commerzbank Arbeitsausschuss – HAC-1/192, Anhang zur E-Mail an M. Knoche vom 15. Juli 2022.

⁴ Dazu im Einzelnen: Ziegler 2020, S. 217/218.

⁵ Zimmermann, Nicolai M.: Die Commerzbank und ihre Kunden – Kundenstruktur und Geschäftsbeziehungen einer deutschen Großbank 1924–1945, Schriftenreihe des Instituts für Bank- und Finanzgeschichte e.V., Bd. 27, Stuttgart 2020, S. 489 f.

Commerzbank-Filiale Nordhausen einen bedeutenden Kunden zu“.¹ Auch die Konten der Erdölanlagen und der Industriekontor GmbH wurden auf Hettlages Veranlassung bei der Commerzbank eröffnet.² Dennoch erscheint die Aussage Schrafstetters, die Commerzbank sei groß in das Geschäft mit den Speer’schen Rüstungsbetrieben eingestiegen, nachdem „Hettlage seiner Bank eine Monopolstellung bei den lukrativen Geschäften mit dem Tod“ verschafft hatte³, überzeichnet zu sein. Besonders hohe Kredite der Commerzbank AG an Stellen des Rüstungsministeriums sind laut Zimmermann nicht überliefert, und kreditorische Konten waren in dieser Zeit „nicht besonders einbringlich“.⁴ Zimmermann weist im Übrigen darauf hin, man dürfe die Loyalität Hettlages gegenüber der Commerzbank nicht überschätzen; schließlich „hatte der Jurist und Spezialist für Kommunal финанzen dort als Quereinsteiger ohne Bankerfahrung nur kurz vor seinem Engagement bei Speer angeheuert, war bankintern sicher wenig vernetzt und setzte seinen Arbeitsschwerpunkt eindeutig im Ministerium, wo er zum inneren Kreis um Speer gehörte“.⁵

¹ Ziegler 2020, S. 207.

² Zimmermann 2020, S. 489.

³ Schrafstetter 2008, S. 442 f. unter Hinweis auf Thomas Rothbart: Typische Schreibtischtäter, in: Thüringer Allgemeine vom 7. September 2006.

⁴ Zimmermann 2020, S. 489.

⁵ Ebenda.

3.3 Der zweite Teil von Hettlages Doppelrolle: Sein Wirken im nationalsozialistischen Machtapparat (1939–1945)

Wenige Monate nach seinem Einstieg in den Vorstand der Commerzbank AG trat Hettlage unter Beibehaltung seiner Vorstandsposition als Stellvertreter Albert Speers, der damals die „Neugestaltungsbehörde“ (formelle Bezeichnung: Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt – GBI) leitete, in die GBI-Leitung ein. Wie bereits in Abschnitt 3.1 erwähnt wurde, fand der lange zuvor vereinbarte Wechsel offiziell zum 1. April 1940 statt; schon vorher band Speer seinen künftigen Stellvertreter Hettlage inoffiziell in die Arbeit des GBI ein.

Hettlages Stellvertreterfunktion umfasste von vorneherein auch die Vertretung Speers bei offiziellen Veranstaltungen und öffentlichen Auftritten. So gab Hettlage am 22. September 1941 anlässlich eines Besuchs einer hochrangigen ungarischen Regierungsdelegation in Vertretung Speers ein Frühstück zu Ehren ungarischer Architekten.¹

Unmittelbar nach seinem Wechsel zum GBI erreichte Hettlage, dass der Neugestaltungsfonds von der obligaten Kürzung der Haushaltsmittel während des Kriegs ausgenommen wurde und der GBI die Mittel aus dem Reichshaushalt eigenständig bewirtschaften konnte. Speers Behörde erhielt gegenüber der Reichskanzlei und dem Reichsfinanzministerium freie Hand in allen Etat- und Finanzierungsangelegenheiten der Neugestaltung Berlins.²

Hettlages höchst einflussreiche Stellung im nationalsozialistischen Machtapparat hängt aufs Engste mit Albert Speer (1905–1981) zusammen, dem im „Dritten Reich“ eine spektakuläre Karriere gelang. Als „Baumeister der Bewegung“, der als Generalbauinspektor für die Neugestaltung der Reichshauptstadt (GBI) Berlin zur „Hauptstadt der Welt“ umbauen sollte, war er Hitler unmittelbar unterstellt.³ Zu den Aufgaben des GBI gehörten u. a. die „Entmietung“ und Enteignung der Berliner „Judenwohnungen“. Ab Kriegsbeginn weitete sich Albert Speers Zuständigkeitsbereich Schritt für Schritt weiter aus. Als er im September 1939 von Göring die Neu- und Umbauten der Luftwaffen-Rüstungsindustrie übernahm, erwies sich Speer als fähiger Manager, sodass ihm schon bald weitere Aufgabenbereiche übertragen wurden: die Baumaßnahmen des Versuchsgeländes in Peenemünde, die Beseitigung der Fliegerschäden und der Bau von Luftschutzanlagen in den deutschen Städten sowie zahlreiche Logistik- und sonstige Infrastrukturprojekte insbesondere in den Ostgebieten.⁴

Eine weitere massive Ausweitung des Machtbereichs von Albert Speer fand in der Frühphase des Jahres 1942 statt: Als Rüstungsminister Fritz Todt am 8. Februar 1942 bei einem Flugzeugunglück ums Leben kam, ernannte Hitler seinen Vertrauten Albert Speer sofort zu Todts Nachfolger in all

¹ Carbonell 2006, S. 71.

² Willems 2002/2018, S. 35.

³ Brechtken, Markus: Albert Speer – Eine deutsche Karriere, München 2017, S. 81.

⁴ Brechtken 2017, S. 117.

seinen Ämtern. Damit wurde Speer zusätzlich zu seinen zuvor erworbenen Ämtern Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen und Generalinspektor für Wasser und Energie.¹ Im September 1943 zog er zusätzlich aus dem Reichswirtschaftsministerium die Zuständigkeit für die Rohstoffbewirtschaftung und die industrielle Produktion an sich und erweiterte damit seinen Verantwortungsbereich noch einmal erheblich. Die Zahl „seiner“ Arbeitskräfte stieg dadurch von 3,2 Millionen auf 12 Millionen.² Damit hatte Speer eine zentrale Rolle im NS-Machtapparat erreicht; neben Goebbels, Göring und Himmler gehörte Speer zu den mächtigsten und einflussreichsten Mitgliedern von Hitlers Führungsmannschaft. Er galt sogar als potenzieller Nachfolger Hitlers.³ In diesen Funktionen trieb Speer die Mobilisierung für den „totalen Krieg“ voran. Dazu gehörte auch die Raketenproduktion, die ab Sommer 1943 von Peenemünde in die unterirdischen Anlagen von Mittelwerk-Dora verlagert wurde.

Seinen Aufstieg hatte Speer auch seinem Stellvertreter und Freund Karl Maria Hettlage zu verdanken, der Speer nicht nur als Finanzmanager, sondern auch – und vor allem – als Verwaltungs- und Organisationsexperte unterstützte und den größten Teil des Speer-Imperiums leitete. Hettlage war zunächst Präsident der Durchführungsstelle des GBI und zusätzlich ab Oktober 1940 Leiter des GBI-Hauptamtes Verwaltung und Wirtschaft (HA II), eine von insgesamt drei Hauptabteilungen des GBI.⁴ Die Hauptabteilungsleiter waren ermächtigt, die Geschäfte ihres Arbeitsgebiets selbstständig zu führen. Nur Angelegenheiten von außergewöhnlicher Bedeutung mussten Speer vorgetragen werden.⁵

Mit Hettlages Wechsel zum GBI ging eine starke personelle Aufstockung der Speer unterstehenden Ämter einher. Gehörten ihnen Ende 1938 insgesamt 186 Beschäftigte an, standen bei den drei Hauptämtern des GBI Ende des Jahres 1942 insgesamt 1.400 Angestellte und Arbeiter unter Vertrag, davon 202 in der Planungsstelle (HA I), 746 im Hauptamt Verwaltung und Wirtschaft (HA II) und 452 in der Generalbauleitung (HA III).⁶ Daneben wurden durch die von Hettlage konzipierte Umstrukturierung von Speers Machtbereich zusätzlich *„jenseits traditioneller Verwaltungsorganisation noch zwei andere Sondereinrichtungen [eingerrichtet], die Speers Vertreter Hettlage unterstanden“*. Dies waren zum einen die Transportstandarte Speer – der paramilitärisch organisierte Fuhrpark des GBI – und zum anderen die Transportflotte Speer GmbH, die Steinmaterial zur Bearbeitung durch Gefangene des KZ Sachsenhausen nach Oranienburg und von dort zur Verarbeitung an die Neugestaltungsbaustellen in Berlin transportierte.⁷

Schon lange Zeit vor seiner Ernennung zum Rüstungsminister hatten Speer und seine GBI-Behörde damit begonnen, in großem Stil KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene für

¹ Brechtken 2017, S. 157.

² Brechtken 2017, S. 213.

³ Brechtken 2017, S. 186–204, S. 577.

⁴ Schrafstetter 2008, a.a.O.

⁵ Willems 2002/2018, Fußnote 118.

⁶ Willems 2002/2018, S. 36.

⁷ Willems 2002/2018, S. 39 f.

kriegswirtschaftliche und bautechnische Zwecke auszubeuten. Auch für kriegswichtige Bauaufgaben, für die der GBI zuständig war, wurden Zwangsarbeiter herangezogen. Ferner schuf der GBI für die Verwirklichung der von Speer in enger Abstimmung mit Hitler geplanten Monumentalbauten in Berlin Platz, indem ganze Wohngebiete abgerissen wurden; Wohnungsnot war die Folge.¹

Speer und sein GBI-Mitarbeiterstab lösten dieses Problem zulasten der in Berlin lebenden Juden. Sie wurden aus ihren Wohnungen vertrieben, die anschließend den von Abrissplänen bedrohten Mietern zugesprochen wurden.² Ab Januar 1941 ging der GDI unter den Codenamen „*erste, zweite und dritte Aktion*“ zu einer Politik der gewaltsamen Vertreibung über, die bis zur Deportation der Berliner Juden in die Gettos im besetzten Polen führte. Das von Hettlage geleitete Hauptamt II koordinierte diese Vertreibungen und beteiligte sich gleichzeitig aktiv an der „Arisierung“ jüdischen Wohneigentums.³ Mit seiner Anordnung (September 1940), 1.000 zwangsgeräumte jüdische Wohnungen für potenzielle Opfer von Luftangriffen frei zu halten, lieferte Hitler dem GBI einen weiteren Grund für die Ausweitung von Zwangsräumungen. Hettlage organisierte die Bereitstellung dieser Wohnungen selbst und lud zu Besprechungen der beteiligten staatlichen Behörden ein, um die Details der Zwangsräumungen zu erörtern. Er verlangte von ihnen die „*zügige Durchführung*“ und ging davon aus, dass die SS in der Lage wäre, 100 von Juden bewohnte Wohnungen innerhalb von zwei Wochen zu räumen.⁴ Ab August 1941 trat die dritte Eskalationsstufe der Räumungspläne in Kraft, sodass die Juden ab dann von der Gestapo deportiert wurden.⁵ Auch dabei wirkte das Hauptamt unter Leitung Hettlages aktiv mit. Es erstellte die Listen der Juden, die aus ihren Wohnungen vertrieben und der Gestapo zur Deportation überantwortet werden sollten.⁶ Die Umsiedlungsabteilung erfasste zwischen dem 1. Februar 1939 und dem 15. November 1942 insgesamt 23.765 jüdische Wohnungen. Davon wurden 9.000 Wohnungen Mietern zugewiesen, die durch Maßnahmen der Neugestaltung Berlins ihre Wohnungen verloren hatten. Insgesamt wurden 75.000 Personen umgesiedelt.⁷

Die gewaltigen Mengen an Baumaterialien, die für die Speer'schen Monumentalbauten gebraucht wurden, sollten im Wesentlichen von Zwangsarbeitern und Häftlingen in den Konzentrationslagern produziert werden. Auf der Grundlage einer Übereinkunft Hitlers mit Himmler und Speer gründete die SS im Jahr 1938 das dem Wirtschafts-Verwaltungshauptamt der SS unterstellte Unternehmen Deutsche Erd- und Steinwerke GmbH (DEST). Deren Aufgabe war es, in

¹ Dazu ausführlich Willems 2002/2018, S. 50 ff.

² Schrafstetter 2008, S. 438 mit Verweis auf Willems, Jude; Paul Ascot 2000.

³ Schrafstetter 2008, a.a.O.

⁴ Schrafstetter 2008, S. 439 unter Bezugnahme auf ein Gesprächsprotokoll vom 30. Januar 1941 – BA Berlin, R 4606/1975.

⁵ Brechtken 2017, S. 150.

⁶ Schrafstetter 2008, S. 439.

⁷ Brechtken 2017, S. 150.

Steinbrüchen, Steinbearbeitungsanlagen, Ziegelwerken sowie im Straßenbau in großem Umfang Häftlinge zur Arbeit einzusetzen.¹ Einer der größten Betriebe der DEST war das Granitwerk Mauthausen, in dem *„die Häftlinge des in der Nähe errichteten Konzentrationslagers zu Tode geschunden wurden“*.² Als Hauptkunde finanzierte der GBI die DEST und deren stetige Erweiterung. Im Jahr 1940 verhandelte der GBI mit der SS über den Bau des Steinbearbeitungswerks Oranienburg (Oranienburg II, auch „Kommando Speer“ genannt), der von Häftlingen des Konzentrationslagers Sachsenhausen durchgeführt werden sollte.³ Hettlage übernahm für den GBI nicht nur die finanzielle Planung, sondern auch die Beaufsichtigung des Fortgangs des Projekts und die Überweisungen an die SS. Ein von ihm überarbeiteter Vertrag wurde 1942 unterzeichnet und übertrug dem GBI die Bauherrschaft.^{4 5}

Zu den umfangreichen kriegswichtigen Bauaufgaben, die dem GBI übertragen worden waren, gehörten die Luftrüstungsproduktion sowie der Ausbau des Verkehrsnetzes vom „Altreich“ in die besetzten Ostgebiete. Das umfasste u. a. Straßenbauarbeiten in der Ukraine (ab Dezember 1941), bei denen sich tausende sowjetische Kriegsgefangene und zwangsrekrutierte Juden zu Tode arbeiten mussten.⁶ Für den Einsatz russischer Kriegsgefangener bei der Neugestaltung Berlins hatte Speer eine Ausnahmegenehmigung Hitlers erhalten. Aufgrund des riesigen Arbeitskräftebedarfs wurden bei diesen Arbeiten zusätzlich Zwangsarbeiter eingesetzt, die – wie die kriegsgefangenen Russen – in Lagern untergebracht wurden. Die Kostenrechnung für deren Arbeitseinsatz unterstand dem von Hettlage geleiteten Hauptamt.⁷ Mit der *„Vermietung“* von Kriegsgefangenen an Bauunternehmen erzielte der GBI erhebliche Gewinne, wobei er Einfluss auf die Bedingungen des Einsatzes von Kriegsgefangenen und die Unterbringung in Lagern hatte. So notierte Hettlage unter dem Abschnitt *Verpflegung der Lagerinsassen: „Sonnabends und Sonntags wird keine Suppe verabreicht.“*⁸ Schrafstetter kommt in dieser Hinsicht zu folgendem Fazit: *„Hettlage hatte die grausame Behandlung nicht angeordnet, aber er segnete die Profitmaximierung durch die wirtschaftliche Ausbeutung der russischen Kriegsgefangenen unter unmenschlichen Bedingungen ab.“*⁹

Nachdem Albert Speer im Februar 1942 zusätzlich zum Rüstungsminister (Reichsminister für Bewaffnung und Munition) ernannt worden war, arbeitete auch der GBI-Stab sowohl für den GBI als

¹ Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003, S. 42 ff.; Schrafstetter 2008, S. 439.

² Schrafstetter 2008, a.a.O.

³ Kaienburg 2003, S. 727 ff.

⁴ Schrafstetter 2008, a.a.O.

⁵ Eine detaillierte Chronologie der Zwangsräumung jüdischer Wohnungen, die zur Deportation von über 50.000 in Berlin ansässiger Juden führte, findet sich bei Willems 2002/2018 sowie Chronologie der Entscheidungssituationen auf der Onlineplattform („Geschichtsbüro Susanne Willems“) zu diesem Buch.

⁶ Schrafstetter 2008, S. 240.

⁷ Schrafstetter 2008, S. 441 mit Verweis auf Breloer, Heinrich und Zimmer, Rainer: Die Akte Speer. Spuren eines Kriegsverbrechers, Berlin 2006, S. 134 ff.

⁸ Schrafstetter, S. 441 mit Verweis auf Breloer und Zimmer 2006, a.a.O.

⁹ Schrafstetter, S. 441.

auch für das Rüstungsministerium. Hettlage baute seine Position als einer von Speers engsten Mitarbeitern aus: Er leitete weiterhin im GBI das Hauptamt II und übernahm zusätzlich innerhalb des Rüstungsministeriums das Generalreferat Wirtschaft und Finanzen, das bis 1944 den Status einer eigenständigen Abteilung hatte.¹ Damit hatte er eine zentrale Rolle nicht nur in der Finanzierung, sondern auch in der Organisation der deutschen Kriegs- und Rüstungsmaschinerie inne, die durch den massiven Einsatz von Zwangsarbeitern – insbesondere Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen – unter unmenschlichsten Bedingungen geprägt war.

In dieser Rolle gehörte Hettlage zusammen mit Albert Speer² zu den treibenden und einflussreichsten Kräften des „totalen Krieges“, der nach der verlorenen Schlacht um Stalingrad darauf abzielte, u. a. durch den Einsatz vermeintlicher „Wunderwaffen“ und die Mobilisierung aller Kräfte die Niederlage der Wehrmacht zu verhindern und das NS-Regime an der Macht zu halten. Dieser Mobilisierung dienten auch die im Jahr 1942 vorangetriebene Neuordnung der deutschen Kriegswirtschaft und die von Hettlage konzipierte „Finanzierungswende“, deren Ziele und Bausteine er in der ersten Augushälfte 1942 in der Zeitschrift „Der deutsche Volkswirt“ beschrieb. Bezeichnend sind die letzten beiden Sätze dieses Kurzartikels: *„Die neuen Finanzierungsgrundsätze passen zu dem frischen Wind, der vom Reichsministerium Speer her durch die Rüstungswirtschaft bläst. Alle Kräfte der deutschen Wirtschaft sollen zum letzten Einsatz für den Sieg eingespannt werden.“*³

Zur Rolle Hettlages gehörte auch, dass Speer seinen Stellvertreter Hettlage nach dessen Eintritt in das Rüstungsministerium in eine Schlüsselstellung in die MONTAN (Verwertungsgesellschaft für die Montanindustrie GmbH) brachte. Die MONTAN war bereits 1916 gegründet worden und wurde nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten als Vermieterin und Verpächterin heeres eigener Rüstungsbetriebe in die geheime Wiederaufrüstung Deutschlands einbezogen.⁴ Als von der NS-Regierung gesteuertes und kontrolliertes Unternehmen entfaltete die MONTAN keine eigenen Produktionsaktivitäten, sondern diente als Schaltstelle der Rüstung, indem sie heeres eigene Rüstungsbetriebe errichtete, verwaltete und an Treuhänderfirmen verpachtete.⁵

¹ Schrafstetter, S. 442.

² Zur Rolle Albert Speers als „Architekt des totalen Krieges“ im Einzelnen: Brechtken 2018, S. 157 ff.

³ Hettlage, Karl M.: Finanzierungswende, Der deutsche Volkswirt, Heft 45, 7. August 1942, S. 1443.

⁴ Hopmann, Barbara: Von der Montan- zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951, Stuttgart 1996, S. 21.

⁵ Die in den Jahren 1936 und 1941 zwischen der MONTAN und dem Deutschen Reich, vertreten durch den Oberkommandierenden des Heeres der Wehrmacht (OKH), und dem Heereswaffenamt geschlossenen Treuhandverträge waren die Grundlage für das (auch „Montan-Schema“ genannte) „Rüstungsviereck“, das aus vier Elementen bestand: einem Auftrag des OKH an ein Unternehmen der Privatindustrie (der sogenannten „Muttersgesellschaft“) zur Errichtung einer Rüstungsfabrik auf einem von der MONTAN für das Deutsche Reich erworbenen Gelände, einem zwischen OKH und der Muttersgesellschaft geschlossenen Mantelvertrag, einem zwischen der MONTAN und einer von dem Mutterunternehmen

Die MONTAN war u. a. für die Verwaltung der Betriebe, Werkwohnungen, Lager und Angestelltenheime zuständig. Das betraf u. a. 217 Barackenlager für eine Belegung mit ca. 190.000 Personen (Stand November 1944). Während des Krieges wurden die von der MONTAN verpachteten Lager verstärkt zur Unterbringung von Zwangsarbeitern, darunter auch KZ-Häftlinge, genutzt.¹ Zwar waren in erster Linie die Betreiberfirmen für die Betreuung der Lagerbewohner zuständig, aber dennoch hatte die MONTAN in gewissem Ausmaß vertraglich geregelte Einflussmöglichkeiten auf die dortigen Lebensbedingungen.²

Als Mitglied (1942), Stellvertretender Vorsitzender (1943–1944) und Vorsitzender des Aufsichtsrats (1945)³ sowie als Mitglied eines zweiköpfigen Arbeitsausschusses des Aufsichtsrats (ab April 1943), dem neben Hettlage Oberst Schricker als Vertreter des Heereswaffenamtes angehörte⁴, hatte Hettlage maßgeblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der MONTAN. Aufgabe des ständigen Arbeitsausschusses war es, der Geschäftsführung dieser Gesellschaft *„in allen grundsätzlichen Fragen Weisungen zu erteilen, die sowohl den Wünschen des Reichsministers für Bewaffnung und Munition als auch der Dienstaufsicht der ‚MONTAN‘ entsprechen“*.⁵ Im Jahr 1945 übte Hettlage zusätzlich die Funktion des Gesellschaftervertreters der MONTAN GmbH aus.⁶

Ferner war Hettlage – so Schrafstetter – die *„treibende Kraft“* bei der Gründung der **Mittelwerk GmbH**, ein NS-Geheimprojekt, mit dem die durch Luftangriffe der Alliierten zerbombten Rakettenproduktionsstätten von Peenemünde in die unterirdischen Stollen bei Nordhausen in Thüringen verlagert wurden.⁷ Dort – in der mit einer Tunnellänge von insgesamt 20 km und einer Gesamtfläche von über 250.000 m² (Stand Mai 1945) größten unterirdischen Produktionsstätte der Welt⁸ – sollten die Häftlinge des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora die *„Vergeltungswaffen“* bauen. Hettlage *„hielt die Fäden für die geplante Firmengründung [...] in der Hand“*⁹; die Gründungsversammlung der Gesellschaft fand im September 1943 in seinem Dienstsitz statt.¹⁰ Er konstruierte den Pakt mit der SS, der von vorneherein auf die Vernichtung zigtausender Zwangsarbeiter angelegt war.

gegründeten Tochtergesellschaft (Betreiberfirma) geschlossenen Pachtvertrag sowie einer von der MONTAN geprüften Satzung für die Tochtergesellschaft (Hopmann 1996, S. 71).

¹ Hopmann 1996, S. 75.

² Hopmann 1996, S. 62.

³ Hopmann 1996, S. 50.

⁴ Hopmann 1996, S. 53.

⁵ Ebenda.

⁶ Hopmann 1996, S. 36.

⁷ Schrafstetter 2008, S. 441 f.

⁸ <https://de-academic.com/dic.nsf/dewiki/2252823>, Zugriff am 27. August 2022.

⁹ Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes – Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001, S. 179.

¹⁰ Wagner 2001, S. 180.

Gründung und Betrieb der Mittelwerk GmbH und des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora bedingten sich gegenseitig; sie waren Teil eines einheitlichen menschenverachtenden Plans.¹ Das „Konzentrationslager des ‚Totalen Krieges‘“² wurde im August 1943 zunächst als Außenlager Dora des Konzentrationslagers Buchenwald zu dem schon erwähnten Zweck errichtet, die Produktionsanlagen der V-Raketen zum Schutz vor Luftangriffen der Alliierten in riesige Stollen zu verlegen, die in den Berg Kohnstein (Nordhausen im Harz) zu treiben waren. Bewacht von der SS, trafen Ende August 1943 die ersten 107 Häftlinge aus Buchenwald in Nordhausen ein.³ Ende Oktober 1943 waren es bereits 6.800 und im Winter 1943/44 etwa 10.000 Personen.⁴ Die Gefangenen wurden in den ersten Monaten unter verheerenden Bedingungen innerhalb der von ihnen auszubauenden Stollen untergebracht.⁵

Später kamen weitere Rüstungsprojekte hinzu⁶, und ab März 1944 wurden in der Umgebung des Lagers Dora zusätzliche Stollenanlagen ausgebaut, für die zusätzliche Außenlager des KZ Buchenwald errichtet wurden. Sie wurden im Herbst 1944 mit dem Lager Dora zum nunmehr selbstständigen KZ Mittelbau-Dora zusammengefasst.⁷ Mehr als 60.000 Gefangene vor allem aus der Sowjetunion, Polen und Frankreich mussten in den rund eineinhalb Jahren zwischen Herbst 1943 und April 1945 im KZ Mittelbau-Dora Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungsindustrie leisten; mehr als 20.000 von ihnen erlagen den unmenschlichen Bedingungen.⁸

Die dortige Raketen- und Bombenproduktion lag in der Hand der im September 1943 speziell für das gemeinsame Rüstungsvorhaben von Wehrmacht, Rüstungsministerium und SS in Mittelbau-Dora gegründeten Mittelwerk GmbH.⁹ Sie war „verantwortliche Trägerin“ der Fertigung in der Raketenproduktionsstätte¹⁰ und gehörte zur Rüstungskontor GmbH, die – so Hettlage in späteren

¹ „Die Lager-SS übte brutal die direkte Herrschaft über die Häftlinge aus. Aber erst das Mitwirken von Rüstungsmanagern, Ingenieuren, Wissenschaftlern und Soldaten machte den Betrieb des KZ Mittelbau-Dora möglich.“ (Begleittext der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, zitiert nach Kleinmann 2017, S. 210).

² Website der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora: <https://www.buchenwald.de/29/>, Zugriff am 27. August 2022.

³ Wagner, Jens-Christian: Zwangsarbeit für den „Endsieg“. Das KZ Mittelbau-Dora 1943–1945. Erfurt 2006, S. 11.

⁴ Kleinmann, Sarah: Nationalsozialistische Täterinnen und Täter in Ausstellungen. Eine Analyse in Deutschland und Österreich, Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft, Untersuchungen, Bd. 120, Tübingen 2017, S. 199 ff.

⁵ Ebenda.

⁶ Website der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora: <https://www.buchenwald.de/29/>, Zugriff am 27. August 2022.

⁷ Kleinmann 2017, S. 200; Website der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora: <https://www.buchenwald.de/29/>, Zugriff am 27. August 2022.

⁸ Ebenda.

⁹ Kleinmann 2017, S. 200.

¹⁰ Schrafstetter 2008, S. 442 unter Bezug auf Naasner, Walter: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–45, Boppard 1994, S. 321.

Vernehmungen – die Hauptaufgabe hatte, Rohstoff- und Rüstungslieferungen außerhalb der regulären Wehrmachtscanäle zu ermöglichen.¹ Ob sie tatsächlich als „*Hausbank des Ministeriums*“ diente,² ist fraglich; fest steht aber, dass sich die Rüstungskontor GmbH zu einer finanzstarken „*Rüstungsfinanzierungsinstitution*“ entwickelte, die nicht nur die Mittelwerk GmbH, sondern eine Reihe von Beschaffungsgesellschaften kontrollierte und „*über Hunderte Millionen RM*“ verfügte.³ Als Vorsitzender des Beirats der Rüstungskontor GmbH trug Hettlage die Verantwortung für die Kontrolle des Rüstungskontors, dessen Geschäftsführung Wehrwirtschaftsführer Schmid-Lossberg innehatte.⁴

Hettlage und Schmid-Lossberg beaufsichtigten nicht nur das Rüstungskontor, sondern mit vier weiteren Mitgliedern des GmbH-Beirats auch die Mittelwerk GmbH unmittelbar. Zu den weiteren Mitgliedern des gemeinsamen Beirats des Rüstungskontors und der Mittelwerk GmbH gehörte der berüchtigte Chef der Amtsgruppe C des Wirtschaftsverwaltungshauptamtes der SS Hans Kammler, über dessen angeblichen Selbstmord noch heute spekuliert wird.

Hans Kammler war zuvor von Himmler zum Sonderbeauftragten für Baufragen der A4-Fertigung (Raketenproduktion) ernannt worden, eine Aufgabe, die er neben seiner Tätigkeit Chef der Amtsgruppe C (Bau) im SS-Wirtschaftsverwaltungshauptamt wahrnahm. Die Kombination dieser beiden Positionen sicherte ihm die entscheidende Verfügungsgewalt über den Einsatz der Häftlinge in Mittelwerk/Dora.⁵ Zum Einsatz der KZ-Häftlinge im Mittelwerk führt Florian Freund aus:

„Entscheidend erschien den Verantwortlichen der Zeitgewinn, auch wenn es auf Kosten tausender Menschen ging. Mit zivilen deutschen Arbeitern oder mit ausländischen Zwangsarbeitern wäre der Ausbau der Stollen in diesem Tempo nicht möglich gewesen, während die ‚produktive Vernichtung‘ der KZ-Häftlinge ohnehin vorgesehen war. Das Mittelwerk wurde zum Modellfall der ‚unterirdischen Verlagerung‘ von Rüstungsindustrien, die 1944 große Ausmaße annahm und mit KZ-Häftlingen unter der Leitung des SS-Obergruppenführers Kammler durchgeführt wurde. Alle diese ‚Kammlerprojekte‘ zeichneten sich durch besonders schlechte Arbeits- und Lebensbedingungen für KZ-Häftlinge aus. Die Verantwortlichen aus Peenemünde, des Sonderausschusses A4 und Reichsminister Speer nahmen die furchtbaren Zustände des unterirdischen Häftlingslagers in Dora/Mittelbau in Kauf, [...] Durch die unmenschlichen Lebensbedingungen in Dora/Mittelbau starben derartig viele Häftlinge, daß die SS nicht genügend neue Häftlinge heranschaffen konnte. Im Juni 1944 wurde daher die Bauleitung in Dora/Mittelbau angewiesen, den Firmen von nun an

¹ Wie die Mittelwerk GmbH gehörten auch die Rüstungskontor GmbH und deren Tochtergesellschaften Industriekontor und Erdölanlagen GmbH zum Kundenstamm der Commerzbank AG (Zimmermann 2020, S. 487).

² Schrafstetter 2008, S. 442 unter Bezug auf Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–45, München 1999, Bd. II: 1941–1943, Teil 1 u. 2, S. 69.

³ Schrafstetter 2008, a.a.O.

⁴ Schrafstetter 2008, S. 442, insbesondere Fn. 69–76.

⁵ Freund, Florian: Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung, in: Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, herausgegeben von Hermann Kaienburg (Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 34), Opladen 1996, S. 71.

nur mehr voll arbeitsfähige Häftlinge zuzuweisen. ‚Um den sparsamen Verbrauch (sic!) der Arbeitskräfte sicherzustellen und unnötige Kosten zu vermeiden‘, wurde ein neues System der Berechnung der ‚Häftlingsentgelte‘, jenes Geldes, das die Firmen pro Arbeitstag eines Häftlings an Miete zahlen mussten, eingeführt.“¹

Als die alliierten Streitkräfte weiter nach Westen vorrückten, wurde in der 1. Aprilwoche mit der Räumung des KZ Mittelbau-Dora begonnen, um die Befreiung der Lagerinsassen durch die Alliierten zu verhindern. Die SS pferchte die Gefangenen in Züge oder trieb sie zu Fuß in andere Lager, mehr als die Hälfte in das Lager Bergen-Belsen. *„Tausende starben auf den Todesmärschen.“*² Es kam zu Massakern durch die SS, so wurden 1.016 Häftlinge aus den Konzentrationslagern Mittelbau-Dora und Neuengamme am 16. April 1945 in der Feldscheune Isenschribber bei Gardelegen verbrannt und erschossen.³ Zuvor – am 11. April 1945 – war Mittelbau-Dora von US-amerikanischen Soldaten befreit worden. Die US-Truppen demontierten wesentliche Teile der im Mittelwerk vorhandenen Produktionsgüter, insbesondere Maschinen und dort gefertigte Raketen, und verfrachteten sie in die Vereinigten Staaten.⁴

Das Ende des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora bedeutete für die meisten daran beteiligten Manager und Ingenieure nicht das Ende ihrer beruflichen Karriere. In der Ausstellung der Gedenkstätte Mittelbau-Dora wird anhand der *„Nachkriegskarrieren“* von Wernher von Braun, Karl Maria Hettlage und Herbert Rimpl beispielhaft gezeigt, dass *„nicht alle Verbrechensbeteiligten zur Rechenschaft gezogen wurden“*.⁵

Wenige Tage nach dem Ende des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora und dem Massaker in der Feldscheune Isenschribber setzte sich Hettlage aus seinem Berliner Dienstsitz im Rüstungsministerium ab, um einer Verhaftung durch die anrückende Sowjetarmee zu entgehen. Zielort war Hamburg, der Gründungsort der Commerzbank. Dort hielten sich mittlerweile der Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzende Paul Marx und die meisten Vorstandsmitglieder auf, um dort – wie vom Commerzbank-Aufsichtsrat im März 1945 beschlossen⁶ – eine neue, zumindest provisorische Leitung der Commerzbank AG zu etablieren.⁷

¹ Freund, S. 72–73.

² Begleittext der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora, zitiert nach Kleinmann 2017, S. 214.

³ Wagner, Jens-Christian: Mittelbau-Dora – Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2008, S. 256.

⁴ Kleinmann 2017, S. 200.

⁵ Kleinmann 2017, S. 215.

⁶ Ziegler 2020, S. 218.

⁷ Sattler, Friederike: Die Commerzbank 1945–1989. Neuanfang, Wirtschaftsboom und Internationalisierung, in: Stephan, Paul, Sattler, F., Ziegler, D.: 150 Jahre Commerzbank 1870–2020, München 2020, S. 221.

Auf dem Weg dorthin traf sich Hettlage erst einmal am 22. April 1945 auf Gut Sigrön (Brandenburg) mit Albert Speer, der dort seine umfangreiche private Kunstsammlung¹ eingelagert hatte. Dazu gehörten auch Kunstwerke, die er während des Frankreichfeldzugs mit Unterstützung des NS-nahen Bildhauers Arno Breker erworben hatte. Hettlage half Speer, dessen Kunstsammlung und weitere Vermögenswerte in Sicherheit zu bringen: Er – Hettlage – organisierte den Transport der Kunstsammlung am 22. April 1945 von Gut Sigrön nach Hamburg² und deren Zwischenlagerung in Tresorräumen der Commerzbank AG.³ Speer und Breker hatten zuvor mit Hettlage vereinbart (und ihn entsprechend bevollmächtigt), die Interessen der Steinbildhauerwerkstätten Arno Breker zu vertreten und dessen Werke zu retten.

Die Häufung von Leitungspositionen, die Hettlage im NS-System ausübte, sowie die damit verbundene Fülle von Macht und Verpflichtungen lassen darauf schließen, dass dies den absoluten Schwerpunkt seines beruflichen Schaffens während der zweiten Kriegshälfte bildete und die Tätigkeit im Commerzbank-Vorstand allenfalls noch am Rande mitlief. Für die vollständige Fokussierung auf seine staatstragende Tätigkeit im NS-Machtapparat in dieser Phase – seinen Einsatz für den „totalen Krieg“ – spricht auch, dass Hettlage im Jahr 1943 seine Vorlesungen an der Wirtschaftshochschule Berlin „bis zum Ende des Krieges“ einstellte.⁴

Im Verlauf seiner Nachkriegskarriere nutzte Hettlage eine kurzzeitige Verhaftung durch die Gestapo als Beleg für seine eigene regimiekritische Haltung. Tatsächlich geriet Hettlage im Zuge der nach dem missglückten Hitler-Attentat am 20. Juli 1944 eingeleiteten Verhaftungswelle in Haft, obwohl er weder an der Vorbereitung oder Durchführung des Attentats beteiligt war noch dem Kreis der Verschwörer angehörte. Speer intervenierte sofort. Nach wenigen Tagen beendete die Gestapo die vorläufige Festnahme Hettlages⁵, sicherlich nicht ohne sich vorher davon überzeugt zu haben, dass es keinen Haftgrund gab.

Die berufliche Entwicklung Hettlages **nach dem Zusammenbruch des „Dritten Reichs“** bis zu seiner Bestellung zum Vorstandsvorsitzenden des ifo Instituts im Jahr 1965 lässt sich in **drei Phasen** gliedern, die sich teilweise überlappen:

- die schrittweise Bewältigung seiner NS-Vergangenheit im Rahmen mehrerer Haftaufenthalte und Entnazifizierungsverfahren (1945–1951; dazu Abschnitt 4),
- die Wiederaufnahme seiner Tätigkeit unter dem Dach der Commerzbank als Mitglied der Geschäftsleitung der Hansa-Bank in Hamburg (1948–1951) und sein Intermezzo als hauptamtlicher Lehrstuhlinhaber in der ersten Hälfte der 1950er Jahre (dazu Abschnitt 5) sowie

¹ Zu Speers Kunsterwerb: Brechtken 2017, S. 496 f.

² Schrafstetter 2008, S. 443, Anmerkung 80.

³ Brechtken 2017, S. 283, S. 497.

⁴ Müller, A. 2022, a.a.O.

⁵ Schrafstetter 2008, S. 448.

Hettlages Karriere im „Dritten Reich“

- seine im Jahr 1956 parallel gestartete Nachkriegskarriere im öffentlichen Dienst als Spitzenbeamter in Mainz, Bonn und Brüssel (dazu Abschnitt 6).

4 Nach dem Ende des NS-Unrechtssystems

Inhaftierung, Entnazifizierungsverfahren und Ende der Mitgliedschaft Hettlages im Vorstand der Commerzbank AG (alt)

Nach dem Ende der NS-Herrschaft war es um die berufliche Zukunft Hettlages zunächst schlecht bestellt. Als die staatlichen Hoheitsrechte infolge der Kapitulation auf die Militärregierungen übergegangen waren, verlor Hettlage nicht nur seine Regierungsämter, sondern auch den zweiten Teil seiner bis dahin ausgeübten Doppelrolle – die Position als Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG. Drei Jahre verbrachte Hettlage in Haft und/oder damit, mit erheblichem Aufwand seine Entnazifizierung voranzutreiben (dazu Abschnitt 4.1). Danach waren die Voraussetzungen für die Wiederaufnahme der Tätigkeit als Bankvorstand geschaffen. Hettlage wurde im Juli 1948 zum Mitglied des Vorstands der in Hamburg ansässigen Hansa-Bank AG – eine von neun „Regionalgruppen“, die die Geschäfte der „alten“ Commerzbank AG weiterführten – bestellt und übte diese Tätigkeit bis Ende des Jahres 1951 aus (dazu Abschnitt 5.2).

4.1 Hettlages Haftaufenthalte und Entnazifizierungsverfahren

Wann und wo sich Hettlage im Zeitraum 1945–1948 in Haft befand, ist nicht restlos aufgeklärt. Einzelne Fakten lassen darauf schließen, dass Hettlage in diesem Zeitraum dreimal, jeweils für mehrere Monate, inhaftiert war.

Verhörprotokolle von Juni und Juli 1945 belegen, dass Hettlage – wie auch Speer, andere Verantwortungsträger aus dem Reichsrüstungsministerium sowie einige Wissenschaftler (kurzzeitig auch Wernher von Braun)¹ und Wirtschaftsexperten – unmittelbar nach Kriegsende von den Alliierten verhaftet und in dem auf Schloss Kransberg (Taunus) eingerichteten Lager „Dustbin“ interniert worden war.² Hettlage wurde dort mehrfach vernommen und verfasste Aufzeichnungen zu Wirtschaftsthemen. Aus dem Lager „Dustbin“ wurde Hettlage „frühzeitig“ entlassen.³

In der Aufsichtsratssitzung der Commerzbank am 26. März 1946 berichtete der neu bestellte AR-Vorsitzende Harney, die Vorstandsmitglieder Deuss, Hettlage und Schilling seien „am 13.3. von

¹ Brechtken 2017, S. 217.

² Schrafstetter 2008, S. 443 ff.

³ Schrafstetter 2008, S. 445.

Ffm nach Berlin zur Vernehmung verbracht worden“.¹ In der übernächsten Aufsichtsratssitzung am 18. September 1946 wurde laut Sitzungsprotokoll berichtet, „*Hettlage seit Ende Juni u. Schilling seit Mitte August aus Haft entlassen. Deuss noch in Haft.*“² Das stimmt in etwa überein mit einer Karteikarte aus der amerikanischen Interniertenkartei, in der Hettlages Haftaufenthalt im Camp 91 (Darmstadt) vom 24. April 1946 („*from MISC*“) bis zum 22. Juni 1946 festgehalten wurde.³

Zwischen Juli 1946 und dem Frühjahr 1947 muss Hettlage erneut von der Militärregierung (OMGUS) in Haft genommen worden sein, was sich aus folgenden Fakten ergibt: Zur Abwendung einer potenziellen Anklage gegen die Commerzbank und ihr Leitungspersonal in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen hatte die Bank präventiv Rechtsanwalt Philipp Möhring als Rechtsberater eingeschaltet.⁴ Zusätzlich ließ sich Hettlage persönlich in Nürnberg durch Frau Rechtsanwältin Nath – „*eine Studienfreundin von Professor Hettlage*“ – und ihren Ehemann⁵ vertreten. Mit den Rechtsanwälten Nath tauschten sich Vertreter der Bank in den Jahren 1947 und 1948 auch über die Fortdauer von Hettlages Zeugenhaft in Nürnberg aus. Nachdem sich Hettlage offensichtlich schon längere Zeit in Nürnberg in Haft befand, erkundigte sich Commerzbank-Rechtsberater Möhring bei Rechtsanwältin Nath nach dem Stand des Verfahrens und erhielt dort in den letzten Maitagen 1947 den Hinweis, „*dass die Entscheidung hierüber [die Enthftung Hettlages] nicht in Nürnberg liege, sondern bei der Omgus in Berlin*“.⁶ In einem Schreiben vom Oktober 1947 teilte Rechtsanwalt Nath der Commerzbank mit, dass eine Anklage gegen Hettlage nicht erfolgt sei, „*er sich aber immer noch in Haft befinde*“. Daran hatte sich auch ein Quartal später nichts geändert: Im Januar 1948 informierte RA Nath die Commerzbank, „*die Anklagebehörde hat auf ihn verzichtet. Eine andere Behörde, die zu prüfen hat, ob die freigegebenen Gefangenen in Freiheit zu setzen sind oder deutschen Behörden zu überweisen sind, hält ihn noch fest*“.⁷ Schließlich teilte Direktor Nuber (Commerzbank-Niederlassung Nürnberg) in einem bankinternen Schreiben vom 20. Februar 1948 mit, dass Hettlage „*für die kommende Woche seinen Besuch in Aussicht gestellt hat*“.⁸ Das deutet auf Hettlages Entlassung aus der Zeugenhaft in der zweiten Februarhälfte 1948 hin.

Karl Maria Hettlage musste sich mehrerer **Entnazifizierungsverfahren** unterziehen.

¹ In Berlin hatte OMGUS den Hauptsitz.

² Krause, Detlef: Abteilungsleiter Historisches Archiv der Commerzbank AG, E-Mail an M. Knoche vom 15. Juli 2022.

³ Hinweis Angela Müller (April 2024).

⁴ Ziegler 2020, S. 225.

⁵ Aktenvermerk Dr. Möhring (Commerzbank AG) vom 28. Mai 1947 über in Nürnberg geführte Gespräche, HAC 1/21.

⁶ Ebenda.

⁷ Schreiben Rechtsanwalt Dr. Herbert Nath an Direktor Otto Wende, Commerzbank AG, vom 12. Januar 1948, HAC 1/21.

⁸ Schreiben Direktor Nuber, Commerzbank-Niederlassung Nürnberg, an den Vorstand der Commerzbank AG, Hamburg, vom 20. Februar 1948, HAC 1/21.

Es begann unmittelbar nach Kriegsende mit Hettlages Verhaftung durch die US-Militärpolizei und der Internierung im Lager „Dustbin“ auf Schloss Kransberg. Hettlages Nachkriegskarriere wäre völlig anders verlaufen, wenn die US-amerikanische Militärregierung bei der **Aufklärung der verbrecherischen Geschehnisse im KZ Mittelbau-Dora** nicht den Kopf in den Sand gesteckt hätte. Hettlage hatte das aus heutiger Sicht unvorstellbare Glück, dass für die US-Regierung der Transfer des deutschen Waffen- und Raketen-Know-hows in die Vereinigten Staaten offensichtlich Vorrang vor der Aufarbeitung nationalsozialistischen Unrechts hatte. Obwohl für die amerikanischen Befreier des Konzentrationslagers Mittelbau-Dora die dort geschehenen Kriegsverbrechen offenkundig waren, unterließen sie deren Aufklärung mit dem Ziel, vor allem den an diesen Verbrechen beteiligten Raketen-Entwickler Wernher von Braun und weitere auf dem Gebiet der Militärtechnik arbeitende Wissenschaftler für den Einsatz in amerikanischen Rüstungsvorhaben zu gewinnen.

Werner von Braun hatte „*tonnenweise*“ technische Dokumente der Raketenentwicklung in einem Bergwerk versteckt und sich im April 1945 mit seinem Peenemünder Wissenschaftler-Team freiwillig der amerikanischen Armee gestellt. Sie wurden sofort nach Garmisch-Partenkirchen gebracht und kamen dort mit amerikanischen Fachkollegen ins Gespräch.¹ Bereits im August 1945 nahm die US-Armee im Zuge der US-Geheimoperationen „Overcast“ und „Paperclip“ die ersten 127 Raketenexperten für den Einsatz in den USA unter Vertrag, ohne deren NS-Verbindungen ernsthaft geprüft zu haben; im September 1945 reiste die erste aus Wernher von Braun und sechs weiteren Wissenschaftlern bestehende Gruppe in die USA aus; weitere „Paperclip Boys“ folgten um den Jahreswechsel 1945/46 herum. Insgesamt wechselten in diesem Zusammenhang über 1.000 deutsche und österreichische Militärtechnik-Experten in die Vereinigten Staaten.²

So kam es dazu, dass die Rüstungsproduktion in Mittelbau-Dora und die dortige Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen in den im Lager Dustbin durchgeführten Verhören nicht thematisiert wurden, um Wernher von Braun und andere an dem A4/V2-Raketenprogramm beteiligte Wissenschaftler nicht öffentlich in Zusammenhang mit Kriegsverbrechen bringen zu müssen.³ Auch Hettlage wurde dazu während seiner Internierung in Schloss Kransberg nicht befragt, nur „*allgemein über Arbeit und Arbeitskräfte*“.⁴

Dieses Verhalten der alliierten Ermittler wiederholte sich bei den Ermittlungen und Verhandlungen der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse. Das Mittelwerk wurde dort „*nur am Rande erwähnt*“.⁵ Hettlage wurde in Nürnberg nicht angeklagt und in der Zeugenhaft zu diesem Thema

¹ Lorenzen, Dirk: Wernher von Braun, das KZ und die Rüstung, Sendung im Deutschlandfunk vom 23. Februar 2022, <https://www.deutschlandfunk.de/wernher-von-braun-ruestung-100.html>, Zugriff am 30. August 2022 (mit Auszügen aus einem archivierten Interview mit Wernher von Braun).

² https://dewiki.de/Lexikon/Operation_Overcast, Zugriff am 30. August 2022.

³ Schrafstetter 2008, S. 444.

⁴ Schrafstetter 2008, S. 444 mit weiteren Nachweisen (Anmerkung 89).

⁵ Ebenda.

nicht befragt. Sein ehemaliger Chef, der in Nürnberg angeklagte Albert Speer, nutzte das Desinteresse der Ankläger am Thema Mittelbau-Dora dazu, der internationalen Öffentlichkeit in dem von seinem Rechtsanwalt Hans Flächsner geschickt gelenkten Kreuzverhör (19. bis 21. Juni 1946) unwidersprochen ein extrem geschöntes Bild der Arbeitsbedingungen in den unterirdischen Produktionsanlagen („*modernste Fertigungen, staubfreie, trockene Luft, gutes Licht, große Frischluftanlagen*“) vorzutäuschen.¹ Er setzte die dortige unmenschliche Arbeitssituation auf eine Stufe mit den Bedingungen „*in einer Nachtschicht in einem normalen Betrieb*“.²

Das Ausblenden der Gräueltaten im KZ Mittelbau-Dora durch die Alliierten erleichterte es Hettlage, nicht nur bei den Vernehmungen durch das OMGUS (1945–1947), sondern auch in den anschließenden Entnazifizierungsverfahren in Bonn-Bad Godesberg und Bielefeld (beide 1948) sowie in einem weiteren Sühneverfahren in Berlin (1951) den entscheidenden Gremien eine wirklichkeitsfremde Version seiner Stellung im Nationalsozialismus vorzugaukeln. Aus der Beschreibung dieser Verfahren bei Schrafstetter³ wird deutlich, dass Hettlage den Ermittlern nicht nur wesentliche Fakten verschwieg, sondern sie auch gezielt mit Falschbehauptungen täuschte.

Den Alliierten gegenüber vermittelte Hettlage das Bild eines unpolitischen Rechtsexperten und Finanzfachmanns, der seiner Stellung als Kämmerer der Stadt Berlin enthoben worden war, da „*Goebbels ihn für politisch unzuverlässig hielt*“. Er stilisierte sich zum Opfer des Systems („*in 1939 it became generally known that the Nazi Party fought me*“) und gab vor, ein Gegner des Regimes gewesen zu sein, der mit Goerdeler über verschiedene Wege, Hitler zu beseitigen, gesprochen habe, und die Nazis hätten ihn „*wegen seiner Fachkenntnisse benutzt*“.⁴ Seine Tätigkeit beim GBI verschwieg er und gab an, er habe Speer in seiner Funktion als Stadtkämmerer kennengelernt und „*Speers extravaganten Plänen ablehnend*“ gegenübergestanden.⁵ Laut Vernehmungsprotokoll antwortete Hettlage vage auf die Frage, wann genau Speer ihn aufgefordert habe, sein Wirtschafts- und Finanzberater zu werden: Ab Ende 1942 oder Anfang 1943 habe er – Hettlage – unentgeltlich im Rüstungsministerium gearbeitet und sein Einkommen von der Commerzbank bezogen.⁶

Tatsache war, dass Hettlage, wie in den Gehaltslisten des GBI ausgewiesen (und oben in Abschnitt 0 dargestellt), seit 1. April 1940 „als Präsident der Hauptabteilung II“ beim GBI beschäftigt war und von dort bis zum Kriegsende ein Gehalt in Höhe von 1.589 RM (einschließlich 250 RM Ministerialzulage) bezogen hat.⁷ Vom Rüstungsministerium erhielt er zusätzlich eine monatliche

¹ Brechtken 2017, S. 301.

² Ebenda.

³ Schrafstetter 2008, S. 443 ff.

⁴ Schrafstetter 2008, S. 444.

⁵ Ebenda.

⁶ Schrafstetter 2008, S. 445.

⁷ Ebenda.

Aufwandsentschädigung in Höhe von 500 RM. Offen ist, ob er zusätzlich auch von der MONTAN eine Vergütung bezog. Deren Richtlinien ermöglichten derartige Zahlungen.

Dasselbe Muster wie bei der Vernehmung durch die Alliierten zeigt sich, wie Schrafstetter festgestellt hat, im **Godesberger Entnazifizierungsverfahren**. Der Deutsche Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Regierungsbezirks Köln für den Landkreis Bonn (mit Sitz in Bad Godesberg) war für Hettlage zuständig, weil er seinen Wohnsitz dorthin verlegt hatte.¹

Hettlage verschwieg in seinem vierseitigen Lebenslauf seine tatsächliche Stellung im Rüstungsministerium (und die damit verbundenen Positionen in der Rüstungsindustrie) und auch seine Tätigkeit für den GBl. Aus Furcht, eingezogen zu werden, habe er sich Ende 1942 bereit erklärt, das Haushaltsreferat im Rüstungsministerium zu übernehmen, wobei die zu bearbeitenden Finanzfragen nicht sehr zahlreich gewesen wären.² Ohne konkreten Bezug zu seinen dienstlichen Aufgaben räumte er ein, Kenntnis von der Existenz von Konzentrationslagern in Deutschland gehabt zu haben, auch davon, dass die SS die Lager überwachte und dort Wirtschaftsunternehmen unterhielt. Dagegen bestritt Hettlage, davon gewusst zu haben, dass „*das Wirtschaft- und Verwaltungshauptamt der SS in Berlin für alle Wirtschaftsfragen der Konzentrationslager die Zentrale war*“, und er leugnete, gewusst zu haben, „*wie die Lagerinsassen behandelt wurden*“.³ Die Wahrheit sah – wie oben dargestellt – völlig anders aus.

Der Entnazifizierungs-Hauptausschuss des Landkreises Bonn ließ sich von Hettlages Schilderungen überzeugen und entlastete ihn mit Bescheid vom 14. Juli 1948 nach Maßgabe der Verordnung Nr. 79 der Militärregierung.⁴

Auslöser des im Jahr 1948 vom **Spruchgericht Bielefeld** gegen Hettlage eingeleiteten Verfahrens war, dass auf Veranlassung der britischen Besatzungsbehörden gegen alle Mitglieder einer als verbrecherisch erklärten Organisation, die in der britischen Zone lebten, Spruchkammerverfahren durchzuführen waren. Dieses Verfahren wurde im November 1948 eingestellt, weil Hettlage die Kammer davon überzeugen konnte, dass seine SS-Mitgliedschaft als bloßer Ehrendienststrang

¹ Der Ausschuss führte seinen Schriftwechsel im Jahr 1948 mit Hettlage unter der Adresse einer Villa am Rheinufer in Bad Godesberg: Rheinallee 71. Offensichtlich hatte Hettlage bis in die frühen 1950er Jahre hinein einen zweiten Wohnsitz in Hamburg: In den Mitgliederverzeichnissen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer 1949 und 1950 wird „Hamburg-Gr. Flottbek, Ebertallee 1“ und in den Verzeichnissen der Mitgliederversammlungen 1951 und 1952 „Hamburg-Blankenese, Kösterbergstr. 84“ als Hettlages Privatadresse angegeben. Erst in den folgenden Jahren wird Bad Godesberg als Hettlages Adresse genannt: „Ludwigstr. 83“ (MV 1953) und in den Folgejahren „Friedrich-Ebert-Str. 83“.

² Schrafstetter 2008, S. 446.

³ Schrafstetter 2008, S. 447.

⁴ Bescheid des Deutschen Entnazifizierungs-Hauptausschusses des Regierungsbezirks Köln für den Landkreis Bonn an Prof. Dr. Karl Hettlage vom 14. Juli 1948, HAC-1/168.

zu bewerten sei, der mit Hettlages Ausscheiden aus dem Amt des Stadtkämmerers erloschen war.¹

Dass es im Jahr 1951 in **Berlin** zu einem weiteren (und letzten) Entnazifizierungsverfahren gegen Hettlage kam, beruhte darauf, dass er in Berlin über Grundbesitz verfügte. Das Verfahren, das sich gegen Hettlage als ehemaliges Mitglied der zur verbrecherischen Organisation erklärten SS sowie als Mitglied der Akademie für Deutsches Recht und einer Freikorpsseinheit (1922–1925) richtete, verlief mit ähnlichem Ergebnis wie das vorangegangene Verfahren vor der Spruchkammer Bielefeld. Es wurde im nichtöffentlichen Verfahren eingestellt, nachdem Hettlage das Angebot der Kammer, zu seiner vollständigen Rehabilitation ein öffentliches Anhörungsverfahren durchzuführen, abgelehnt hatte.²

4.2 Ausscheiden Hettlages aus dem Vorstand der Commerzbank AG (Mai 1945): berufliche Warteschleife bis Juli 1948

Mit der bedingungslosen Kapitulation und der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Besatzungsmächte im Mai 1945 endete die Mitgliedschaft Hettlages im Vorstand der „alten“ Commerzbank AG endgültig. Es waren zwei voneinander unabhängige Rechtsakte, die das Ausscheiden Hettlages aus seiner Vorstandsposition bewirkten:

Zum einen schränkten die Militärregierungen die Berufsausübung der Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte der deutschen Großbanken sofort nach Übernahme der Hoheitsrechte über Deutschland generell ein. Da die Spitzenbanker durchweg als Unterstützer des NS-Regimes galten, ordneten die Militärregierungen deren sofortige Entlassung aus ihren Ämtern an. Sie mussten sich Entnazifizierungsverfahren stellen. Eine Wiederaufnahme der Tätigkeit setzte eine erneute Bestellung in einem von der jeweiligen Militärregierung festgelegten Verfahren voraus. Aufgrund dieser Vorgaben wurden sämtliche zu dieser Zeit amtierenden Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands³ der Commerzbank AG von ihren Ämtern suspendiert.⁴

Zum anderen hatten die Besatzungsmächte angeordnet, dass von ihnen und anderen Polizeiorganen in Haft genommene hochrangige Entscheidungsträger/-innen – darunter auch die Mitglieder der Vorstände und Aufsichtsräte der deutschen Großbanken – mit der Verhaftung automatisch ihre Ämter verloren. Ab seiner Internierung im Lager Dustbin in Schloss Kransberg betraf

¹ Ebenda.

² Schrafstetter 2008, S. 453.

³ Dies waren im April 1945 Hans Deuß, Paul Dampf, Karl Maria Hettlage und Fritz Höfermann sowie als stellvertretende Vorstandsmitglieder Harry Kühne und Ernst Lincke.

⁴ Sattler 2020, S. 222.

dies auch Hettlage.¹ Zugleich mit der Suspendierung oder Verhaftung wurden die Bankkonten und Depots dieses Personenkreises gesperrt. Auszahlungen an die suspendierten Organmitglieder waren den Banken nur in geringem Umfang zur Sicherung des Unterhalts der jeweiligen Familien gestattet.

Als Hettlage nach dem Ende seiner ersten Internierung (Dustbin/Schloss Kransberg) zu seiner mittlerweile in Lippoldsberg (Weser) wohnenden Familie gestoßen war, erkundigte er sich Anfang Juli 1946 schriftlich „nach dem Stand seiner Konten bei der Commerzbank“ und den Möglichkeiten, darüber zu verfügen.² Darauf antworteten die Leitung und Verwaltung der Commerzbank mit getrennten Schreiben: Im Schreiben der Leitung wurde er in betont distanzierter Form („Wie Ihnen noch bekannt sein wird, ...“) an die beiden Gründe seiner Entlassung erinnert und über die daraus resultierenden Einschränkungen des Zugriffs auf sein Bankkonto (Stand: RM 56.203,30) informiert.³ Die Commerzbank-Verwaltung teilt mit Schreiben vom 8. Juli 1946 ergänzend mit, dass sie Hettlage aufgrund der in der Sowjetischen Besatzungszone geltenden Vorgaben kein Verzeichnis seiner bei der Commerzbank deponierten Wertpapiere aushändigen dürfe; ihm sei die Veräußerung seiner Wertpapiere verwehrt.⁴

Nach dem Übergang der Hoheitsrechte auf die Besatzungsmächte änderten sich der Status und die Geschäftstätigkeit der deutschen Großbanken grundlegend. Sie wurden einer „*rigiden Dezentralisierung unterworfen*“.⁵ Die Vorstellungen der Besatzungsmächte über die Ausgestaltung einer Zerschlagung der Großbanken unterschieden sich zwar, aber sie konnten sich auf deren Aufteilung in regional begrenzte Filialgruppen verständigen, die nicht den Namen der Altbanken tragen durften.⁶ Die Altbanken blieben vorübergehend zu Abwicklungszwecken bestehen, ohne eigene Geschäftstätigkeit entfalten zu dürfen. Die Commerzbank bereitete im Jahr 1947 die Zusammenfassung der in den drei Westzonen existierenden Geschäftsstellen in insgesamt neun Filialgruppen unter jeweils eigener Firmierung vor. Als zum Jahreswechsel 1947/48 feststand, dass kein

¹ In einer für die Militärregierung erstellten undatierten Auflistung ihrer am Ende des „Dritten Reichs“ amtierenden Vorstandsmitglieder („Members of Vorstand 7 May 1945“) bezeichnet die Commerzbank Hettlages aktuellen dienstrechtlichen Status als „*removed*“, und als Aufenthaltsort wird „*arrested MG American Zone*“ angegeben (HAC 1/167-I(2) Listen Organe 45 f.).

² Postkarte Hettlage an die Direktion der Commerzbank in Hamburg vom 2. Juli 1946, HAC-1-168 Dok. 46–48.

³ Schreiben der Commerzbank-Leitung (unterzeichnet von Kühne und Geiger) an Prof. Dr. Karl Hettlage vom 5. Juli 1946, HAC-1-168 Dok. 46–48.

⁴ Schreiben der Commerzbank-Verwaltung (Unterzeichner nicht erkennbar) an Prof. Dr. Karl Hettlage vom 5. Juli 1946, HAC-1-168 Dok. 46–48. In diesem Schreiben wird der Kontostand mit RM 2.815,73 angegeben, aber darauf hingewiesen, dass in den (gesperrten) Tresoren eine Reihe unverbuchter Belege „aus den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch der Hitler Regierung“ liege.

⁵ Sattler 2020, S. 228

⁶ Sattler 2020, S. 229 f.

Weg an der Dezentralisierung vorbeigehen würde, trafen sich die wenigen noch amtierenden Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats der „alten“ Commerzbank nur noch zweimal: am 12. Januar 1948 in Wuppertal und ein letztes Mal am 9. Februar 1948 in Hamburg.¹

Mit seiner nach Kriegsende erfolgten Entlassung war Hettlages Mitgliedschaft im Vorstand der „alten“ Commerzbank AG endgültig zu Ende gegangen. In dem durch Haftaufenthalte und Entnazifizierungsverfahren geprägten Zeitraum von Mai 1945 bis Mitte 1948 übte er auch keine anderweitige Beschäftigung in Staat oder Privatwirtschaft aus.

¹ Auf der aktuellen Commerzbank-Website wird die „alte“ Commerzbank AG ab der Kapitulation als nicht mehr existent behandelt. Für den Zeitraum bis 1951 werden keine Vorstandssprecher und Aufsichtsratsvorsitzenden aufgeführt:
https://www.commerzbank.de/media/de/konzern_1/geschichte/download_8/hist_AR-Vorsitzende_2020.pdf;
https://www.commerzbank.de/media/de/konzern_1/geschichte/download_8/hist_Vorstandssprecher_2021.pdf, Zugriff am 4. September 2022.

5 Hettlages Wiedereinstieg

Bei der Commerzbank als Mitglied des Vorstands der Hansa-Bank in Hamburg (1948–1951) und Intermezzo als hauptamtlicher Lehrstuhlinhaber an der Universität Mainz

5.1 Zurück an die Schalthebel der Macht? Ein fehlgeschlagener Versuch (1948)

Im Laufe des ersten Halbjahrs 1948 wendete sich das Blatt zu Hettlages Gunsten. Mit der Gewissheit, nicht von den Alliierten in Nürnberg angeklagt zu werden, und den für ihn günstigen Ausgang seines Entnazifizierungsverfahrens in Bad Godesberg vor Augen, nutzte Hettlage sein berufliches und privates Netzwerk, um von Anfang an im politischen Nachkriegssystem Fuß zu fassen. Die frühzeitige Verlegung seines Wohnsitzes nach Bad Godesberg – in einen Vorort¹ der künftigen Bundeshauptstadt Bonn – mag Zufall gewesen sein, nicht aber der im ersten Halbjahr 1948 vom ehemaligen Vorsitzenden der Zentrumspartei im Rheinland Hugo Mönnig unternommene Versuch, Hettlage dem künftigen Bundeskanzler Konrad Adenauer als Finanzexperten anzudienen.²

Die personelle Konstellation war für Hettlage denkbar günstig: Alle drei waren bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten ehemalige Zentrumspolitiker in einflussreichen Positionen, und Konrad Adenauer kannte Hettlage seit dessen Zeit als Finanzreferent in der Kölner Stadtverwaltung; nach Hettlages eigener Darstellung soll Kölns damaliger OB Adenauer ihn sogar persönlich in die Stadtverwaltung geholt haben. Aber Adenauer äußerte in einem Gespräch mit Mönnig Bedenken, Hettlage einzubinden, weil er diesen als „*PG und Mitglied der SS*“ in Erinnerung hatte.³

Aber Mönnig, der Hettlage zuvor bereits im Entnazifizierungsverfahren mit einem positiven Gutachten zu dessen politischer Haltung unterstützt hatte, gab nicht auf⁴: Zwei Wochen nach dem Vorliegen von Hettlages Entlastungsbescheid machte Mönnig mit Schreiben vom 30. Juli 1948 einen zweiten Versuch, Konrad Adenauer von der Eignung Hettlages für hohe politische Aufgaben zu überzeugen.⁵ Hettlage sei „*aktiv in der Widerstandsbewegung tätig gewesen*“ und „*ein Mann*

¹ Bad Godesberg war zu diesem Zeitpunkt eine selbstständige Gemeinde im Landkreis Bonn. Sie wurde im August 1969 nach Bonn eingemeindet.

² Im Einzelnen: Schrafstetter 2008, S. 451.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda.

⁵ Schreiben Justizrat Hugo Mönnig an Konrad Adenauer vom 30. Juli 1948, zitiert nach Schrafstetter 2008, S. 451.

von ganz ungewöhnlichem Können“, an dem man „bei den wichtigen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen, die hier im Westen jetzt der Lösung harren, [...] nicht vorbeigehen sollte“.¹ Es kam dann tatsächlich zu einem Gespräch Adenauers mit Hettlage, das indessen ebenfalls nicht die erwünschten Folgen hatte. Adenauer beauftragte Hettlage zwar im Jahr 1949 mit der Erstellung eines Gutachtens zum Thema Sparpolitik und Kapitalbildung², berücksichtigte ihn aber in dieser Phase nicht bei der Vergabe der zahlreichen neu zu besetzenden politischen Ämter.

Gleichzeitig machte Hettlage einen weiteren Schritt, sich im neuen Machtzentrum Bonn zu etablieren und sich gleichzeitig erneut eine Professur zu verschaffen. Die Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn ernannte ihn im Jahr 1949 zum **Honorarprofessor** an der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät.³ Zuvor war er im Oktober 1948 an der Gründung der Fachzeitschrift „Die Öffentliche Verwaltung (DÖV) – Zeitschrift für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften“ beteiligt und gehörte von da an zu den Herausgebern dieser Zeitschrift. Ein weiterer Schritt zu seiner Verankerung in der Nachkriegs-Wissenschaftsszene war seine Aufnahme in die Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, die im Oktober 1949 wieder ins Leben gerufen wurde, nachdem sie im Jahr 1938 aufgelöst worden war. Was die nationalsozialistische Vergangenheit anging, setzte sich innerhalb der Vereinigung „eine nachsichtige Linie durch“.⁴

¹ Auch im Schreiben Mönnigs an Adenauer vom 30. Juli 1948 wird die Realität geschönt. Das gilt nicht nur für den Hinweis auf eine aktive Tätigkeit Hettlages in der Widerstandsbewegung, sondern auch für die weitere Aussage Mönnigs, Hettlage werde „jetzt seine Stellung als 1. Vorstandsmitglied der Commerzbank in Hamburg antreten“. Abgesehen davon, dass Hettlage nicht in den Vorstand der Commerzbank AG, sondern der Hansa-Bank bestellt worden war, hatte er weder in hierarchischer noch in zeitlicher Hinsicht eine Vorrangstellung vor anderen Vorstandsmitgliedern im Bereich der Commerzbank.

² Adenauer leitete das Gutachten an Robert Pferdenges weiter. Zu weiteren Kontakten zwischen Hettlage und Adenauer kam es in dieser Phase offensichtlich nicht (Schrafstetter 2008, S. 452).

³ <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/personen/register/eintrag/karl-maria-hettlage.html>, Zugriff 12. September 2022.

⁴ Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e.V., Website, Geschichte, <https://www.vdstrl.de/vereinsgeschichte/>, Zugriff am 9. November 2022.

5.2 Wiedereintritt in die Commerzbank 1948 und Bestellung zum Ordinarius an der Universität Mainz (1951)

In dieser Lebenslage kam es Hettlage zugute, dass die Militärregierungen nach Kriegsende nicht auf einen rigorosen personellen Umbruch in den Leitungsorganen der deutschen Banken drängten. Im Fall der Commerzbank AG ließ es die Militärregierung zu, dass schrittweise Personen in den Aufsichtsrat und den Vorstand bestellt wurden, die bereits den vor Mai 1945 amtierenden Bankorganen angehört hatten. Die so wiederbesetzte Commerzbank-Leitung verhalf ihren früheren Vorstandsmitgliedern großzügig zum beruflichen Neustart. Soweit die vor Kriegsende amtierenden Vorstandsmitglieder nicht aus Altersgründen zurückgetreten (Bandel und Hampf im Oktober 1945) oder aus gesundheitlichen Gründen an einer Wiederaufnahme ihrer beruflichen Tätigkeit gehindert waren (Schilling), wurde allen entlasteten Alt-Vorstandsmitgliedern der Wiedereinstieg in Leitungspositionen der Bank ermöglicht.

Bei Hettlage geschah dieser Wiedereinstieg in **zwei Etappen**: Als er in der zweiten Februarhälfte 1948 aus der Zeugenhaft freigekommen war, war Hettlages Bad Godesberger Spruchkammerverfahren nicht abgeschlossen. Er war in dieser Phase noch nicht entlastet, sodass es den Organen der Commerzbank verwehrt war, ihn in eine Position auf Vorstandsebene zu hieven. Offensichtlich um den Zeitraum bis zum Abschluss von Hettlages Bad Godesberger Spruchkammerverfahren zu überbrücken, konstruierte die Bank eine Zwischenlösung, was aus einem späteren Schreiben der Commerzbank innerhalb des Berliner Spruchkammerverfahrens deutlich wird. Demnach war Hettlage „am 20. März 1948 wieder in die Bezirksdirektion des Landes Hamburg der Commerzbank eingetreten“.¹ Diese Konstruktion ist aus heutiger Sicht undurchsichtig, weil zu diesem Zeitpunkt die Dezentralisierung der Commerzbank AG in neun Filialgruppen voll im Gange war, was auch das Ende der Bezirksdirektionen bedeutete.²

Als die für den Landkreis Bonn zuständige Spruchkammer des Deutschen Entnazifizierungs-Ausschusses am 14. Juli 1948 die Entlastung Hettlages feststellte, war die Dezentralisierung der Commerzbank jedenfalls endgültig in Kraft gesetzt. Die neun in den drei Westzonen gebildeten Filialgruppen waren die Hansa-Bank (Hamburg), die Bremer Handelsbank (Bremen), die Holsten-

¹ Schreiben der Commerzbank AG an den Haupttreuhänder für NSDAP-Vermögen vom 15. Februar 1955 betreffend Uralkonten und Wertpapierdepots; Landesarchiv Berlin, B Rep. 031-02-01 Nr. 11536, Entnazifizierungsakte Hettlage, 142241, Blatt 34.

² Erstaunlich ist Hettlages Wartestellung in der Bezirksdirektion Hamburg auch deshalb, weil sich im Historischen Archiv der Commerzbank keinerlei Hinweis darauf findet: weder eine zwischen Hettlage und Bank getroffene Vereinbarung über eine solche Tätigkeit noch darüber geführter Schriftwechsel. Auch wurde in den zu den Entnazifizierungsverfahren der Organmitglieder geführten Akten der Commerzbank kein Durchschlag des oben genannten Schreibens an den Haupttreuhänder für NSDAP-Vermögen vom 15. Februar 1955 abgelegt. Die HAC-Archivakten erwecken mithin den Eindruck, dass Hettlage erst nach Vorliegen des Entlastungsbescheides im Juli 1948 wieder in den Dienst der Commerzbank trat, und zwar in der Position eines Mitglieds der Geschäftsleitung der Hansa-Bank in Hamburg.

Bank (Kiel), die Merkur-Bank (Hannover), der Bankverein Westdeutschland (Düsseldorf), die Mitteldeutsche Creditbank (Frankfurt), die Mittelrheinische Bank (Mainz), der Bankverein für Württemberg-Baden (Stuttgart) und die Bayerische Disconto-Bank (Nürnberg).¹ Sie hatten ihre Geschäfte im ersten Halbjahr 1948 aufgenommen. Der Bankverein Westdeutschland war das Herzstück der Commerzbank in den drei Westzonen; sie war die wirtschaftlich stärkste Filialgruppe und verfügte über die besten Entwicklungsperspektiven. Zu deren Geschäftsleitung waren das zum 1. Januar 1948 in den Vorstand der Alt-Commerzbank reaktivierte Vorstandsmitglied Hanns Deuß, der frühere Commerzbank-Aufsichtsratsvorsitzende Paul Marx und der im Jahr 1946 in den Vorstand beförderte ehemalige Dezernent für das Kreditgeschäft Hans Erkelenz bestellt worden. „Alt-Vorstand“ Fritz Höfermann kam 1949 hinzu. Soweit es sich mit den Dezentralisierungsvorgaben vereinbaren ließ, übernahm der Bankverein Westdeutschland unter den neun Filialgruppen eine gewisse Koordinierungs- und Steuerungsfunktion; er diente den finanziell schwächeren Filialgruppen sogar mehrfach als Refinanzierungsquelle.²

Von den beiden im April 1945 amtierenden Stellvertretenden Vorstandsmitgliedern Harry Kühne und Ernst Lincke rückte Kühne im Jahr 1946 in den Vorstand der „alten“ Commerzbank auf. Gut ein Jahr später wurde er im Zuge der Dezentralisierung von der Militärregierung als Verwalter der neu aufzubauenden Hansa-Bank³ eingesetzt und wurde deren Beiratsvorsitzender. Der exakte Zeitpunkt von Linckes Rückkehr in eine Vorstandsposition ist nicht dokumentiert. Fest steht aber, dass er in der ersten Jahreshälfte 1948 zunächst allein in die Geschäftsleitung der Hansa-Bank bestellt wurde.⁴

Auf die Hettlage entlastende Entscheidung des Entnazifizierungs-Ausschusses vom 14. Juli 1948 reagierte die damalige Commerzbank-Leitung offensichtlich sofort.⁵ Denn schon fünf Tage später – am 19. Juli 1948 – übersandte sie der für die Hamburger Banken zuständigen Aufsichtsbehörde Hettlages Entlastungsbescheid und teilte ihr mit, dass er *„seine Tätigkeit als Mitglied des Vorstands der Commerzbank AG in der Leitung der Hansa-Bank wieder aufgenommen hat“*.⁶ Hettlage trat seine neue Tätigkeit in Hamburg unverzüglich an. In der Sitzung des Beirats der Hansa-Bank

¹ Sattler 2020, S. 230.

² Sattler 2020, S. 239.

³ Sattler 2020, S. 231.

⁴ Das genaue Datum der Wiederbestellung Ernst Linckes ist nicht dokumentiert. Das Protokoll der ersten Sitzung des Beirats der Hansa-Bank am 9. Juli 1948 weist ihn als einziges Mitglied des „Vorstands“ der Hansa-Bank aus. Mit der Bezeichnung der Geschäftsleitung als „Vorstand“ setzte sich die Bank über aktienrechtliche Bestimmungen hinweg (siehe dazu auch Sattler 2020, S. 236 betreffend den Bankverein Westdeutschland). Organe der Filialgruppen-Banken waren der Beirat (mit bankinternen Aufsichtsfunktionen) und die Geschäftsleitung als geschäftsführendes Organ. Der von der jeweiligen Militär- bzw. Landesregierung eingesetzte Verwalter diente der staatlichen Aufsicht. Bei der Hansa-Bank war Kühne Mitglied des Beirats und leitete dessen Sitzungen.

⁵ In der konstituierenden Sitzung des Beirats der Hansa-Bank am 9. Juli 1948 findet sich weder ein Hinweis auf einen potenziellen Eintritt Hettlages in die Geschäftsleitung („Vorstand“) noch auf seinen oben erwähnten Eintritt in die Bezirksdirektion Hamburg der Commerzbank am 30. März 1948.

⁶ Schreiben vom 19. Juli 1948, HAC-1/168.

am 10. August 1948 begrüßte der Beiratsvorsitzende (und Verwalter) Harry Kühne „*Prof. Dr. Hettlage, der nunmehr seine lang erwartete Tätigkeit als Vorstandsmitglied bei der Bank wieder aufnimmt, und gibt seiner Freude Ausdruck, dass Herr Prof. Hettlage auch in seinem veränderten Wirkungskreis für die Hansa-Bank von Nutzen sein wird*“.¹

Die folgende knapp zweieinhalbjährige Tätigkeit in der Geschäftsleitung der Hansa-Bank entsprach wohl kaum Hettlages Vorstellungen von einem beruflichen Neustart. Die Hansa-Bank betrieb lediglich zwei Filialen (Harburg und Altona) und insgesamt zehn lokale Depositenkassen² und hatte damit nur einen minimalen Bruchteil des wirtschaftlichen Gewichts, den die Commerzbank AG als eine der drei deutschen Großbanken in der ersten Hälfte der 1940er Jahren gehabt hatte. Darüber hinaus bremsten die enormen strukturellen Probleme Hamburgs – insbesondere die kriegsbedingte Zerstörung des Hafens, das alliierte Schiffsbauverbot und der brachliegende Außenhandel – die Geschäftsentwicklung der Hansa-Bank, und eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit auf strukturell weniger benachteiligte Regionen war ihr verwehrt.³

Als sich zu Beginn des Jahres 1950 herausstellte, dass die Hansa-Bank in dem Bemühen, neue Geschäftsfelder zu erschließen, „*viel zu großzügig Kredite gewährt hatte*“, war sie die erste Filialgruppe, die den Bankverein Westdeutschland als Refinanzierungsquelle nutzen musste.⁴ Auch in personeller Hinsicht war die Geschäftsleitung der Hansa-Bank nicht in der Lage, die entstandene Schieflage aus eigener Kraft zu bewältigen. Hans Erkelenz, Vorstandsmitglied und Kreditexperte des Bankvereins Westdeutschland, „*wurde nach Hamburg beordert, um nach dem Rechten zu sehen*“.⁵ Ihm folgten ein Bilanzexperte des Bankvereins sowie Robert Gebhardt von der Hannover’schen Merkur-Bank, um in der Hansa-Bank „*eine gründliche Revision vorzunehmen*“.⁶

Ein weiteres Problem kam hinzu: Die für Schleswig-Holstein zuständige Holsten-Bank – eine der kleinsten Commerzbank-Filialgruppen – hatte in dieser Phase mit ähnlichen, aber noch größeren Schwierigkeiten zu kämpfen. Sie kam in eine ernsthafte Krise, die die Inanspruchnahme massiver Unterstützungszahlungen vor allem von der Landeszentralbank Schleswig-Holstein, aber auch von anderen Commerzbank-Filialgruppen (insbesondere des Bankvereins Westdeutschland und der Hansa-Bank) notwendig machte.⁷ Das wiederum verschärfte die kritische Situation bei der Hansa-Bank. Denn deren Geschäftsleitung hatte der Schwesterbank in Kiel generös eine Liquiditätsspritze in Millionenhöhe gewährt, ohne entsprechende Sicherheiten zu verlangen und die Einzelheiten der Rückzahlung zu klären. Als sich herausstellte, dass die Liquiditätshilfe nicht

¹ Protokoll der zweiten Sitzung des Beirats der Hansa-Bank am 10. August 1948, HAC-303-3 Hansa-Bank. Teilnehmer dieser Sitzung waren vom Beirat Harry Kühne (Vorsitzender) und die früheren Mitglieder des Commerzbank-Aufsichtsrats Haltermann, Lorenz-Meyer, Sottebohn und Trapp sowie vom „Vorstand“ (Geschäftsleitung) Lincke und Hettlage („*Prof. Dr. Karl-Maria*“).

² Laut Geschäftsverteilungsplan des Vorstands der Hansa-Bank vom 2. Mai 1950, HAC-303-30_33.

³ Sattler 2020, S. 231 ff.

⁴ Ebenda.

⁵ Ebenda.

⁶ Ebenda.

⁷ Ebenda.

kurzfristig zurückfließen würde, nahm die Hansa-Bank unter Hettlages Federführung Verhandlungen mit den Verantwortlichen der Holsten-Bank auf, um die Modalitäten des Kredits und seiner Rückzahlung zu klären. Diese Bemühungen erstreckten sich über Monate und führten mit dazu, dass (auf Betreiben Hettlages) ein Geschäftsleitungsmitglied der Holsten-Bank als Verursacher der Probleme identifiziert wurde und seinen Hut nehmen musste.¹

Eine weitere personelle Konsequenz der kritischen Entwicklung der Hansa-Bank im Zeitraum 1949–1950 war, dass Robert Gerhardt nach Abschluss seiner Revisionsarbeiten als drittes Mitglied neben Hettlage und Lincke in den Vorstand der Hansa-Bank beordert wurde. Robert Gerhardt war ein Banker aus Fleisch und Blut², der im Hansa-Vorstand sofort nach seinem Einstieg Anfang Mai 1950 die Verantwortung für das Kerngeschäft der Bank übernahm. Schon am 2. Mai 1950 verständigten sich der Beiratsvorsitzende Kühne mit den Vorstandsmitgliedern Gebhardt und Hettlage auf eine neue Geschäftsverteilung innerhalb des Vorstands der Hansa-Bank.³ Demnach waren Gebhardt für die Filiale Harburg und Hettlage für die Filiale Altona – jeweils in Verbindung mit einer Handvoll Depositenkassen – zuständig. Für das zentrale Kerngeschäft eines Kreditinstituts – die Angelegenheiten der Wertpapier-Abteilung, Wechsel-Abteilung, Devisen-Abteilung, Giro-Abteilung und der Kasse – war allein Gebhardt verantwortlich, während Hettlage die Verantwortung für die Verwaltung der Bank übernahm. Das umfasste insbesondere das Direktions-Sekretariat, die Personalabteilung, die Organisations- und Revisions-Abteilung, die Hauptbuchhaltung, die Rechts-Abteilung und die Bau-Abteilung.

Nach Gebhardts Einstieg in den Vorstand gelang es offensichtlich, die Hansa-Bank wieder flottzumachen; er wurde der starke Mann der Commerzbank im Norden der Bundesrepublik. Als er in den Vorstand der Hansa-Bank eintrat, waren die Schwächen der Aufteilung der Bankenlandschaft in oftmals zu kleine Filialgruppen offenkundig geworden und eine Diskussion über die Notwendigkeit einer generellen Rezentralisierung der Banken in Gang gekommen. Im Mai 1950 legten Repräsentanten der drei ehemaligen deutschen Großbanken (Hermann Josef Abs, Carl Goetz und Paul Marx) gemeinsam ein Memorandum für eine „Dreier-Lösung“ vor.⁴ Darin wurde die Zu-

¹ Es handelte sich um den Direktor Fischer, dem Hettlage gravierende Fehler in der Amtsführung vorwarf. Die Entwicklung der Beziehungen zwischen Hansa-Bank und Holsten in dieser Phase ist in einem umfangreichen Vorgang mit mehreren Protokollen und Vermerken (u. a. einem von Hettlage verfassten Vermerk vom 1. Juni 1950, HAC-303-33) dokumentiert.

² Robert Gebhardt war bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs Leiter der Filiale Leipzig der Commerzbank AG und anschließend kurzzeitig Direktor der Sächsischen Landesbank gewesen, verließ die Sowjetische Besatzungszone aber noch im Laufe des Jahres 1945 (so Sattler 2020, S. 636, Anmerkung 97). Nach Kriegsende setzte er seine Banker-Laufbahn unter dem Dach der Commerzbank in der Merkur-Bank in Hannover fort, bis er im Mai 1950 in den Vorstand der Hansa-Bank wechselte.

³ Geschäftsverteilungsplan des Vorstands der Hansa-Bank vom 2. Mai 1950, HAC 303-33. Aus diesem Plan geht nicht hervor, welche Aufgaben das dritte Vorstandsmitglied Ernst Lincke bis zu seinem Ausscheiden im ersten Halbjahr 1951 für die Hansa-Bank ausübte.

⁴ Sattler 2020, S. 241.

lassung von jeweils drei Instituten vorgeschlagen, die den drei ehemaligen Großbanken nachfolgen sollten.¹ Im Laufe des Jahres 1951 zeichnete sich nach intensiver Auseinandersetzung auf politischer Ebene ab, dass die „Dreier-Lösung“ eine klare Aussicht auf Realisierung hatte, was auch in den Sitzungen des Beirats der Hansa-Bank mit dem Vorstand erörtert wurde.

Für die Commerzbank bestand diese Lösung in der Bildung der drei Nachfolgeinstitute Bankverein Westdeutschland AG mit Sitz in Düsseldorf, Commerz- und Disconto-Bank AG mit Sitz in Hamburg und Commerz- und Credit-Bank AG mit Sitz in Frankfurt. Sie trat rückwirkend zum 1. Januar 1952 in Kraft, nachdem der Deutsche Bundestag das mit der Alliierten Hohen Kommission abgestimmte „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“ am 29. März 1952 verabschiedet hatte und sich die neuen Commerzbank-Filialgruppen am 25. September 1952 rückwirkend zum Jahresanfang zu den drei genannten Aktiengesellschaften zusammengeschlossen hatten.² In die Commerz- und Disconto-Bank AG wurden neben der Hansa-Bank die Filialgruppen aus Schleswig-Holstein, Bremen und Niedersachsen integriert. In den Vorstand wurden Robert Gebhardt (informeller Sprecher des Vorstands), Walter Meyer-Bruck und Wilhelm Reinhold aufgenommen.³

Am Tag vor dem (rückwirkenden) Inkrafttreten der „Dreier-Lösung“ schied Karl Maria Hettlage aus dem Vorstand der Hansa-Bank aus. Er war in der Sitzung des Beirats der Hansa-Bank am 21. Dezember 1951 aus seinem Vorstandsamt verabschiedet worden. Der Beiratsvorsitzende Kühne unterrichtete die Sitzungsteilnehmer *„über den Wunsch von Professor Dr. Hettlage, zum Jahresende aus dem Vorstand der Hansa-Bank auszuscheiden, um sich stärker seinen wissenschaftlichen und finanzpolitischen Interessen widmen zu können“*, und *„brachte seinen Dank für die geleisteten Dienste zum Ausdruck“*.⁴

Für die Vorstandsmitglieder der Hansa-Bank war es im Laufe des Jahres 1951 absehbar, dass es zu einer Rezentralisierung der Filialgruppen und als Folge daraus zu einer wesentlichen Aufwertung von Vorstandspositionen kommen würde. Entweder sah Hettlage eine solche Perspektive für sich selbst nicht, oder sie erschien ihm nicht attraktiv. Jedenfalls bereitete er parallel eine Laufbahn als Universitätsprofessor vor. Mit Erfolg: Schon am 1. Mai 1951, als er noch im Dienst der Hansa-Bank stand, wechselte Hettlage aus seiner (ehrenamtlichen) Honorarprofessur an der Bonner Universität auf einen hauptamtlichen **Lehrstuhl für Öffentliches Recht**, auf den ihn die fünf Jahre zuvor neu gegründete **Johannes Gutenberg-Universität Mainz** berufen hatte.⁵ Im Jahr 1956 übte er an der dortigen Fakultät für Rechts- und Wirtschaftswissenschaften das Amt

¹ Ebenda.

² Ebenda.

³ Sattler 2020, S. 248.

⁴ Protokoll der Sitzung des Beirats der Hansa-Bank am 21. Dezember 1951, HAC-303-3.

⁵ <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/personen/register/eintrag/karl-maria-hettlage.html>, Zugriff am 12. September 2022.

des Dekans aus. Die Universität Mainz gibt als Datum des endgültigen Ausscheidens Hettlages aus dieser Professur das Jahr 1958 an.¹

Hettlages Mainzer Phase ist auch durch ein verstärktes Engagement in der **Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e.V.** geprägt. Auf deren Jahrestagung am 13./14. Oktober 1955 in Hamburg war er einer der beiden Berichtersteller für den Beratungsgegenstand „*Die Finanzverfassung im Rahmen der Staatsverfassung*“. Die Berichte (siehe unten Abbildung 4) wurden im Folgejahr veröffentlicht. Zweiter Berichtersteller zu diesem Thema war der Verwaltungs- und Verfassungsrechtler Theodor Maunz. Maunz war zu diesem Zeitpunkt Ordinarius an der Universität München und ab 1957 Bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus, bis er wegen an die Öffentlichkeit gedrungener Tätigkeiten im Nationalsozialismus in die Kritik² kam und im Oktober 1964 von seinem Ministeramt zurücktrat.³ Wie Hettlage war auch Maunz seit den 1930er Jahren nicht nur in der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer, sondern auch in der NS-Organisation Akademie für Deutsches Recht „*umfassend tätig*“.⁴ In den Jahren 1956 und 1957 bildete Karl Maria Hettlage gemeinsam mit den Professoren Adolf Schüle (Heidelberg) und Hans Spanner (Graz) den Vorstand der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e.V.⁵

In welchem Umfang Hettlage in seiner kurzen Schaffensphase als Hochschullehrer in der noch jungen Bundesrepublik mit Publikationen und Fachvorträgen zur wissenschaftlichen Weiterentwicklung auf dem Gebiet des Öffentlichen Rechts beitrug, ist nicht eindeutig geklärt. Es existiert bislang kein systematischer Überblick über seine gesamte Vortrags- und Publikationstätigkeit. In der ifo-Chronik 1949–1979 wird Hettlage lediglich als „*Verfasser eines dreibänd. Kommentars zur Gemeindeverfassung und zum Gemeindefinanzrecht*“ gewürdigt, und es ist von „*umfangreicher Lehr- und Vortragstätigkeit*“ die Rede.⁶ Seine im ifo Institut archivierte Personalakte enthält kein Verzeichnis seiner wissenschaftlichen Leistungen.⁷

¹ Ebenda.

² Zu den Hintergründen der Kritik: Karpenstein, Ulrich: Tabubruch in der NJW, beck-aktuell, Heute im Recht, 10. Februar 2022, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/magazin/detail/tabubruch-in-der-njw>, Zugriff am 18. September 2022.

³ <https://www.hdbg.eu/biografien/detail/dr-theodor-maunz/9873>, Zugriff am 18. September 2022).

⁴ Hübner, Anne-Kristin: Theodor Maunz: Brüche und Kontinuitäten einer Biographie (1945–1964), München 2015, Studienabschlussarbeiten, Fakultät für Geschichts- und Kunstwissenschaften der LMU, https://epub.ub.uni-muenchen.de/27231/1/Anne-Kristin_Huebner_Theodor_Maunz.pdf, Zugriff am 18. September 2022.

⁵ Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer e.V., Website, Tagungen und Vorstände, <https://www.vdstrl.de/tagungen-und-vorstaende/>, Zugriff am 8. November 2022.

⁶ Marquardt 1979, S. 308.

⁷ Personalakte Prof. Dr. Karl Maria Hettlage, ifo-Personalarchiv. Die Akte ist rudimentär. Hettlage wurde im 1. Halbjahr 1965 zum ifo-Vorstandsvorsitzenden ausgewählt, ohne die üblichen Bewerbungsunterlagen vorgelegt zu haben.

Eine Auswertung der Online-Literaturkataloge des Gemeinsamen Bibliotheksverbunds (Karlsruher Virtueller Katalog¹), des Bibliotheksverbunds Bayern² und der Deutschen Nationalbibliothek³ ergab für den Zwölfjahreszeitraum 1945–1957 insgesamt sieben aus der Feder Hettlages stammende Veröffentlichungen. Wie Abbildung 4 zeigt⁴, befinden sich darunter keine Monografien oder von ihm herausgegebene Sammelwerke; seine in den 1930er Jahren aufgenommene Tätigkeit als Verfasser juristischer Kommentare auf dem Gebiet des Gemeindefinanz- und Gemeindefinanzrechts setzte Hettlage in der Nachkriegszeit nicht fort. Zwei wissenschaftliche Veröffentlichungen stechen hervor: ein im Jahr 1954 in der Zeitschrift „FinanzArchiv“ veröffentlichter umfangreicher Aufsatz zum Thema „Die Neuordnung der deutschen Finanzverfassung“ sowie der oben bereits angesprochene Tagungsbericht über „Die Finanzverfassung im Rahmen der Staatsverfassung“ (1956).

Außerdem fungierte Hettlage vorübergehend (1955–1957) als Herausgeber einer Loseblattsammlung („Die Verwaltung – Schriftenfolge zur beruflichen Fortbildung der Beamten und Behördenangestellten“).

Jahr	Typ	Titel	Veröffentlicht in
1954	Aufsatz	Die Neuordnung der deutschen Finanzverfassung	FinanzArchiv N. F. 14 (1953/54), S. 405–481
1954	Beitrag zu Festschrift	Der Gestalt- und Bedeutungswandel der gemeindlichen Selbstverwaltung seit 1919	Tillmanns, Robert (Hrsg.): Ordnung als Ziel, Beiträge zur Zeitgeschichte (Festgabe Peter van Aubel), Stuttgart 1954, S. 107–121
1955	Aufsatz	Finanzpolitik und Finanzrecht: Grundsätzliche Überlegungen zur Neuordnung des Bundesfinanzrechts	Die öffentliche Verwaltung, Vol. 8 (1955), 2, S. 33–38
1955	Bericht	Die Finanzverfassung im Rahmen der Staatsverfassung. Zweiter Berichterstatter zu dem Thema: Theodor Maunz	Die Finanzverfassung im Rahmen der Staatsverfassung. Verwaltung und Verwaltungsrechtsprechung.

¹ <https://kvk.bibliothek.kit.edu/>, Zugriff am 18. September 2022.

² www. Gateway-Bayern.de, Onlinedienst des Bibliotheksverbunds Bayern, <https://bvbat01.bib-bvb.de/TP61/start.do?Query=0100%3D%22%3FDE-588%3F120225743%22+IN+%5B1%5D&Language=De>, Zugriff am 13. Juni 2022.

³ Onlineportal der Deutschen Nationalbibliothek, <https://portal.dnb.de/opac/showShortList?currentPosition=0¤tResultId=%22Karl%22+and+%22Maria%22+and+%22Hettlage%22+sortBy+jhr%2Fsort.ascending%26any>, Zugriff am 13. Juni 2022.

⁴ Veröffentlichungen, die von den Bibliotheken nicht in die digitalen Bestandsverzeichnisse aufgenommen wurden, sind in diese Auswertung nicht eingeflossen. Abbildung 4 bildet deshalb vermutlich nicht die gesamten Publikationsleistungen Hettlages im Zeitraum 1945–1957 ab.

Jahr	Typ	Titel	Veröffentlicht in
		Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer in Hamburg am 13./ 14. Oktober 1955	Tagung der Deutschen Staatsrechtslehrer zu Hamburg 1955, de Gruyter, 1956, Reprint 2013
1956	Vortrag	Über Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung	Mitteilungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung (KGSt), 1956
1956	Gutachten	Straßenverwaltung und Straßenbau – Gedanken zur Neuordnung des deutschen Straßenwesens: ein Gutachten	Bundesverband der Deutschen Industrie, Drucksache Nr. 38, Anl. 1, Köln 1956
1957	Beitrag zu Festschrift	Verfassungsfragen öffentlicher Unternehmen	Universität Bonn (Hrsg.): Festschrift für W. Schmidt-Rimppler, Karlsruhe 1957, S. 279

Abbildung 4: Karl Maria Hettlage: Vorträge und Veröffentlichungen 1945 bis 1957

6 Am Ziel: Hettlages Nachkriegskarriere als Spitzenbeamter in Mainz, Bonn und Brüssel

Bereits vor dem offiziellen Ende seiner Hochschullehrtätigkeit zog es Hettlage in die finanzpolitische Praxis zurück. Parallel zu seiner Professur an der Universität Mainz übte Hettlage ab dem 25. Mai 1956 in der von Ministerpräsident Peter Altmeier geleiteten rheinland-pfälzischen Landesregierung das Amt des Stellvertretenden Finanzministers aus.¹ Auch dies blieb nur ein kurzes Zwischenspiel.

Zwei Jahre später wechselte Hettlage in den Dienst der Bundesregierung, zunächst als Leiter der Haushaltsabteilung des Bundesministeriums der Finanzen und ab 1959 als beamteter Staatssekretär unter Bundesfinanzminister Franz Etzel (CDU)², der Anfang der 1930er Jahre in der Deutschnationalen Volkspartei u. a. als Jugendführer im Landesverband Niederrhein (1931 bis 1933) aktiv war.³ Die politische Karriere Etzels, der Hettlage frei walten und schalten ließ, endete anlässlich der Bundestagswahl 1961, als der politisch angeschlagene Etzel sein Amt als Bundesfinanzminister zur Verfügung stellte. Mit Etzels Nachfolger Heinz Starke (FDP, später CSU) fand Hettlage dagegen keine Grundlage für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit, sodass er im Bundesfinanzministerium aufs Abstellgleis geriet; Starke lehnte eine Zusammenarbeit mit Hettlage praktisch ab.⁴

Das blieb Bundeskanzler Adenauer nicht verborgen. Er landete in einer Kabinettsitzung im Oktober 1962 einen Überraschungscoup und brachte Hettlage für den durch den Rücktritt von Heinz Potthoff frei gewordenen Posten eines Mitglieds der Hohen Behörde der Montanunion ins Spiel; ein Posten, der eigentlich – wie zuvor im Fall von Heinz Potthoff – mit einem von den Gewerkschaften benannten Kandidaten besetzt werden sollte.⁵ Hettlage begann seine Tätigkeit als Mitglied der Hohen Behörde offensichtlich in den letzten Wochen des Jahres 1962. Als er in der ersten Jahreshälfte 1965 seine Bereitschaft zur Übernahme des Vorstandsvorsitzes im ifo Institut signalisierte, schien – wie schon erwähnt – das baldige Ende seiner Tätigkeit in der Hohen Behörde festzustehen.

¹ <http://gutenberg-biographics.ub.uni-mainz.de/personen/register/eintrag/karl-maria-hettlage.html>, Zugriff 12. September 2022.

² Ebenda.

³ Tischner, Wolfgang: Franz Etzel, Jurist, Bundesminister, in: Konrad-Adenauer-Stiftung, Geschichte der CDU (online), <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/franz-etzel-v1>, Zugriff am 2. Mai 2024.

⁴ Zorn des Ministers, in: Die Zeit vom 19. Oktober 1962, <https://www.zeit.de/1962/42/der-zorn-des-ministers>, Zugriff am 17. September 2022.

⁵ MONTAN-UNION – Zehn Minuten raus, in: Der Spiegel vom 24. Oktober 1962, <https://www.spiegel.de/politik/zehn-minuten-raus-a-fed69f41-0002-0001-0000-000045124033>, Zugriff am 17. September 2022.

Wie Abbildung 5 zeigt, blieb Hettlage auch während seiner beruflichen Stationen als Spitzenbeamter in Bonn und Brüssel publizistisch aktiv. Die oben bereits erwähnte Auswertung einschlägiger digitaler Bibliotheken ergab für den Zeitraum 1958 bis Juni 1965 insgesamt acht Veröffentlichungen, darunter jeweils ein Beitrag zu einem Sammelwerk, einem Lexikon und einer Festschrift sowie zwei Aufsätze, ein Essay und ein veröffentlichtes Vortragsmanuskript.

Jahr	Typ	Titel	Veröffentlicht in
1959	Beitrag zu Sammelwerk	Das gemeindliche Kapitalvermögen (Allgemeines Kapitalvermögen, Rücklagen, Stiftungen)	Hans Peters (Hrsg.): Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, 3. Band, Berlin (Springer) 1959
1959	Beitrag zu Lexikon	Finanzausgleich	Staatslexikon: Recht – Wirtschaft – Gesellschaft, 6. Aufl., Band III, Freiburg (Herder) 1959
1959	Aufsatz	Wirtschaftsstruktur und Finanzkraft in den Landkreisen	Der Landkreis, 1959, S. 330
1960	Mitautor	Der öffentliche Dienst und die Wirtschaft. Wunsch und Wirklichkeit	K. M. Hettlage mit Zorn, R. und Paulssen, H. C., Baden-Baden (Lutzeyer) 1960
1963	Essay	Johannes Popitz 1884–1945	Männer der deutschen Verwaltung, 23 biografische Essays, Köln/Berlin 1963, S. 329–347
1964	Beitrag zu Festschrift	Grundfragen einer Neuordnung des deutschen Finanzrechts	Finanzwissenschaft und Finanzpolitik. Erwin Schoettle von Freunden und Kollegen gewidmet, Tübingen (Mohr) 1964
1964	Aufsatz	Die Gemeinden in der Finanzverfassung	Archiv für Kommunalwissenschaften, 3. Jg., 1964, S. 1–24
1965	Vortrag	Wirtschaftsordnung und Finanzpolitik: Gegenwartsfragen und Zukunftsaufgaben unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung in der EWG	Schriftenreihe des Instituts Finanzen und Steuern, Heft 78, 1965

Abbildung 5: Karl Maria Hettlage: Vorträge und Veröffentlichungen 1958 bis Juni 1965

Im Zusammenhang mit Hettlages Bestellung zum ifo-Vorstandsvorsitzenden ist eine im Jahr 1960 gemeinsam mit Hans Constantin Paulssen und Rudolf Zorn veröffentlichte Monografie mit dem Titel „Der öffentliche Dienst und die Wirtschaft. Wunsch und Wirklichkeit“ aufschlussreich. Sie zeigt, dass die zwei Entscheidungsträger, die den größten Einfluss auf die Auswahl des neuen ifo-Vorstandsvorsitzenden hatten (Paulssen als Vorsitzender des ifo-Kuratoriums und Zorn als dessen Stellvertreter) bereits seit Jahren in engem Kontakt mit Hettlage standen.

Darüber hinaus muss Paulssen seinen Co-Autor Hettlage bereits seit dem Zweiten Weltkrieg gekannt haben. Paulssen war in dem Zeitraum Vorstandsvorsitzender der Walzwerke Singen und persönlich haftender Gesellschafter der Aluminium-Industriegemeinschaft Konstanz (ALIG), in der die in der Schweiz ansässige Aluminium Industrie Aktiengesellschaft (AIAG) die Verwaltung ihrer deutschen Unternehmen und Betriebe gebündelt hatte. Die Unternehmenspalette der von Paulssen geleiteten deutschen AIAG-Produktionsgruppe erstreckte sich von der grundstoffherstellenden Industrie bis hin zu metallverarbeitenden Werken, die ab der Hälfte der 1930er Jahre Walzprodukte, Profile und Gussteile für die Flugzeugzellen- und Flugmotorherstellung sowie in der späten Kriegsphase auch für die Raketenproduktion („V-Waffen“) lieferten.¹ Speer hatte Paulssen wegen dessen herausragender Stellung in der rüstungsrelevanten Industrie als „Wehrwirtschaftsführer“ eingesetzt.

Die von Paulssen geleitete Geschäftsführung in Singen hielt die persönlichen Beziehungen ihrer Unternehmen im Instanzengewirr des „Dritten Reiches“ für außerordentlich wichtig und ließ sich dabei von der Berliner Vertretung der AIAG und ALIG unterstützen.² Trotz der intensiven Beziehungspflege durch die Vertretung in Berlin *„legte vor allem Paulssen Wert darauf, dass ebenso wie er auch seine beiden Singener Stellvertreter regelmäßig persönlich zu Behördenbesuchen nach Berlin reisten, um über wichtige Neuerungen frühzeitig informiert zu sein und bei Schwierigkeiten etwa mit der Rohstoff- oder Arbeitskräfteversorgung über Ansprechpartner zu verfügen.“*³ Es spricht viel dafür, dass die ALIG-Vertreter infolge ihrer Einbindung in die Flugzeug- und Raketenproduktion auch mit den Verantwortlichen in Peenemünde und Mittelbau-Dora in Verbindung standen.

¹ Rauh, Cornelia: Schweizer Aluminium für Hitlers Krieg? Zur Geschichte der Alu Suisse 1915–1950, München 2009, S. 252.

² Deren Leiter übte in der zweiten Kriegshälfte parallel zu seiner Tätigkeit für die AIAG und die ALIG das Amt des Geschäftsführers des Hauptausschusses Triebwerke aus, den Speer zur Koordination und Effizienzsteigerung der Rüstungsproduktion auf dem Gebiet der Triebwerke eingesetzt hatte. Zu den Aufgaben der Hauptausschüsse, in denen die Hersteller von Fertigerzeugnissen zusammengeschlossen waren, gehörte die Auftragsverteilung, Kapazitätsausnutzung und Verteilung der Arbeitskräfte, die Vereinfachung von Produktionsprogrammen in den einzelnen Betrieben sowie die weitere Rationalisierung der Produktion. So Rauh 2009, Fn. 892.

³ Rauh 2009, S. 262.

7 Eintritt Hettlages in den ifo-Vorstand

Im Juli 1965 und anschließende Fortsetzung seiner politischen Karriere

Der Entscheidungsprozess über die Bestellung Karl Maria Hettlages zum ifo-Vorstandsvorsitzenden erstreckte sich von Februar 1965 bis zu dessen formeller Bestellung durch Beschluss des ifo-Kuratoriums am 5. Juli 1965. Hettlages Tätigkeit für das NS-Regime während des Zweiten Weltkriegs kam im Zuge des Auswahl- und Entscheidungsverfahrens nicht zur Sprache. Nach Einschätzung des Münchener Wirtschaftshistorikers und ehemaligen ifo-Vorstandsmitglieds Knut Borchardt war den Beteiligten bekannt, dass Hettlage ein „Speer-Mann“ war, und zwar in der Funktion eines Haushaltsexperten.¹ Seine wahre Stellung in Speers Machtbereich und seine Mitverantwortung für die Deportation von Juden und den unmenschlichen Einsatz zehntausender KZ-Häftlinge und Kriegsgefangener als Zwangsarbeiter im Lager Mittelbau-Dora waren den an seiner Auswahl für den ifo-Vorstandsvorsitz Beteiligten – so Borchardt – dagegen nicht bewusst.²

In den ifo-Akten gibt es aber auch keine Hinweise darauf, dass eine der an der Bestellung Hettlages zum ifo-Vorstandsvorsitzenden beteiligte Person kritisch hinterfragt hätte, welche Aufgaben Hettlage konkret innerhalb von Speers Machtbereich ausgeübt hatte. Dieses unkritische Verhalten der Entscheidungsträger war nicht außergewöhnlich, sondern symptomatisch für den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der deutschen Funktionseliten in den Nachkriegs-Dekaden. Wie sein Freund und früherer Chef Albert Speer³ profitierte auch Hettlage vom gesellschaftlichen „Bedürfnis nach harmonisierender Vergangenheitsreflexion“, wobei Hettlage sich anders als Speer nicht als „verführter Technokrat“ ausgab, sondern seinen Einsatz für den Nationalsozialismus stets verschleierte.

Entgegen aller Erwartungen endete die politische Karriere Hettlages nicht mit dessen Eintritt in den ifo-Vorstand im Juli 1965. Kaum hatte er den Dienstvertrag mit dem ifo Institut unterschrieben, verständigte sich Hettlage mit der Hohen Behörde der Montanunion, seine dortige Position nicht zum Ende des Jahres 1965, sondern erst dann zu verlassen, wenn „die beschlossene Fusion der drei europäischen Exekutiven wirksam wird“. Nachdem die ifo-Organen dies durch einen Bericht im „Münchner Merkur“ erfahren hatten, kamen sie mit Hettlage überein, dass er die Vorstandsgeschäfte „nur in der etwas abgekürzten Form regelmäßiger Vorstandssitzungen unter seinem Vorsitz“ durchführen sollte. Dabei blieb es auch nach Hettlages Ausscheiden aus der Hohen Behörde. Denn Anfang 1967 wechselte Hettlage zurück in die Bundeshauptstadt, nachdem ihn der frischgebackene Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß unbefristet als beamteten Staatssekretär in sein Ministerium zurückgeholt hatte. Wie Strauß später bei einer Feierstunde im ifo

¹ Vermerk über das Gespräch von Knut Borchardt mit M. Knoche am 4. April 2018, ifo-Vorstandsarchiv.

² Ebenda.

³ Dazu Brechtken 2017, S. 491.

Institut zum Ausdruck brachte, war Karl Maria Hettlage in den (fast) drei gemeinsamen BMF-Jahren mit Leib und Seele Staatssekretär sowie Dreh- und Angelpunkt der finanzpolitischen Entscheidungen im BMF und die Zentralfigur der damaligen Finanzreform.

Das Ende der Großen Koalition bedeutete auch das Aus für Hettlages Politikerkarriere: Alex Möller, der Franz Josef Strauß als Bundesminister der Finanzen nachgefolgt war, trennte sich nach seinem Amtsantritt im Oktober 1969 von Karl Maria Hettlage. Über die Stillosigkeit, die Alex Möller dabei an den Tag legte, beklagte sich Franz Josef Strauß, als er als Gast an der Sitzung des CDU-Bundesvorstands am 28. Oktober 1969 teilnahm. Aber er fügte hinzu, dass man bei Hettlage mit Recht der Meinung sein könne, *„dass er in Ehren verabschiedet werden muss. Er wäre es auch von mir geworden.“*¹

Hettlage hätte liebend gerne weiterhin auf der bundespolitischen Bühne mitgespielt und hatte sich im frühen Verlauf des Jahres 1969 präventiv um ein Bundestagsmandat für die CDU beworben. Tatsächlich erreichte er, dass der CDU-Kreisverband Meppen ihn für eine Kandidatur bei der Bundestagswahl 1969 nominierte. Aber der Vorsitzende eines anderen CDU-Kreisverbands *„zeigte sich als strikter Gegner einer Kandidatur Hettlages, der aus seiner Sicht nationalsozialistisch belastet war“*.² Damit platzte Hettlages Traum von einer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag. Auf politischer Ebene hatte ihn seine NS-Vergangenheit doch noch eingeholt.

Nicht so im ifo Institut: Seine Rückfallposition als ifo-Präsident wurde ab Dezember 1969 zu einer hauptamtlichen Tätigkeit aufgestockt, ohne dass sich dies wesentlich auf seine Präsenz im Institut auswirkte. Schon ein halbes Jahr später kündigte Hettlage an, nach Vollendung des 68. Lebensjahres (28. November 1970), zum Ende des laufenden Jahres, aus seinem Amt ausscheiden zu wollen, um „den Vorstand zu verjüngen und ein ausgewiesenes Team von Wirtschaftswissenschaftlern an die Spitze des Instituts“ stellen zu können.³ Tatsächlich dauerte es bis Juni 1976, bis Hettlages Nachfolge geregelt war und er aus dem Amt des Vorstandsvorsitzenden des ifo Instituts ausschied.

Mit dem Beginn von Hettlages Präsidentschaft ging das vorherige stürmische Wachstum des Instituts in eine Konsolidierungsphase über. Es blieb bei der Personalkapazität von rund 200 Beschäftigten, davon 88 (Ende 1975: 84) in wissenschaftlichen Positionen und 112 (117) mit nicht-wissenschaftlichen Aufgaben. Wie Abbildung 6 zeigt, blieben auch die Anzahl und Forschungsschwerpunkte der wissenschaftlichen Fachabteilungen des ifo weitgehend unverändert.

¹ Buchstab, Günter, Gotto, Klaus, Hockerts, Hans Günter, Morsey, Rudolf und Schwarz Hans-Peter (Hrsg.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“ – Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 56, S. 19.

² Seiters, Rudolf: Vertrauensverhältnisse – Autobiografie, Freiburg, 2016, S. 33.

³ Protokoll der Sitzung des Vorstandsrats am 29. Juni 1970. Ifo-Vorstandsarchiv.

1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Allgemeine Wirtschaftsbeobachtung und Konjunkturpolitik											
Öffentliche Finanzen/Finanzpolitik (ab 1970: Finanzwirtschaft)											
Weltwirtschaft (ab 1975: Auslandswirtschaft)											
Industrie											
Bau- und Wohnungswirtschaft											
Absatzwirtschaft (ab 1976: Absatzwirtschaft und Verkehr)											
Verkehr											
Landwirtschaft											
Konjunktur- und Investitionstest											
Afrika-Studienstelle – ab 1974: Abt. Entwicklungsländer											
Regionalforschung											
Input-Output											
											Ökonometrie und Datenverarbeitung

Abbildung 6: Entwicklung der ifo-Forschungseinheiten im Zeitraum 1965-1976.

Anders als sein unmittelbarer Vorgänger Hans Langelütke und seine Nachfolger Karl Heinrich Oppenländer (1976–1999), Hans-Werner Sinn (1999-2016) und Clemens Fuest (seit 2016) übte Hettlage keinen prägenden Einfluss auf die inhaltliche Arbeit des ifo Instituts aus. Während der gesamten Dauer seiner Amtszeit überließ er – verankert in der Geschäftsordnung des Vorstands – die wissenschaftliche Leitung des Instituts anderen Mitgliedern des ifo-Vorstands und trug nicht mit eigenen Beiträgen zum wissenschaftlichen Output des ifo bei.

Ähnliches gilt für das Aufgabenfeld der wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung: Die Einflussnahme der Wirtschaftsforschungsinstitute auf Politikentscheidungen sowohl mittels eigener Gestaltungsvorschläge als auch in Form von Beiträgen zur wirtschafts- und finanzpolitischen Politikdebatte lehnte Hettlage generell ab; die wirtschaftspolitische Beratung durch das ifo Institut sollte sich auf die Erhebung und wissenschaftliche Aufbereitung der Daten beschränken, die die staatlichen Stellen im Vorfeld von Politikentscheidungen benötigten. An diese Vorgabe hielt er sich in seinem eigenen Handeln als Präsident des ifo Instituts uneingeschränkt.

Dagegen brachte sich Hettlage aktiv in das Wissenschaftsmanagement des Instituts – insbesondere die Gestaltung der Forschungsorganisation und die Einführung eines Forschungsprogramms – ein (ohne dessen inhaltliche Ausrichtung zu prägen). Der Stellenwert dieser Aktivitäten für Hettlages Präsidentschaft wird im Vorwort der Ausgabe 23/ 1977 der Ifo-Studien deutlich, die das ifo Institut Karl Maria Hettlage zu seinem 75. Geburtstag am 28. November 1977 widmete:

„Karl-M. [sic!] Hettlage stand mehr als ein Jahrzehnt – von 1965–1976 – an der Spitze des Ifo-Instituts. Als Nachfolger von Karl Wagner und Hans Langelütke hat er entscheidend zur heutigen Anerkennung unseres Instituts als eine der führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungseinrichtungen beigetragen. In den Jahren seiner Präsidentschaft hat vor allem die internationale Bedeutung des Ifo-Instituts stark zugenommen. Unter Hettlages Leitung erstand [sic!] erstmals ein längerfristiges Forschungsprogramm, mit dem eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Ifo-Instituts gelegt wurde. Seine positive Einstellung zur Mitwirkung der Mitarbeiter an der Forschungsplanung und sein Verständnis auch für deren persönliche Belange boten vorzügliche Voraussetzungen für ein harmonisches und leistungsförderndes Arbeitsklima. Dafür haben wir ihm zu danken.“¹

¹ Vorwort, Ifo-Studien, 23. Jahrgang 1977, Heft 1-2, Wirtschaftspolitik – Wirtschaftsanalyse, München-Berlin 1977, S. 1.

Literaturverzeichnis

- Becker, Hans-Jürgen: Die neue Kölner Rechtswissenschaftliche Fakultät von 1919 bis 1950, Beiträge zur Rechtsgeschichte des 20. Jahrhunderts (118), Tübingen 2021
- Brechtken, Markus: Albert Speer – Eine deutsche Karriere, München 2017
- Breloer, Heinrich und Zimmer, Rainer: Die Akte Speer. Spuren eines Kriegsverbrechers, Berlin 2006
- Buchstab, Günter, Gotto, Klaus, Hockerts, Hans Günter, Morsey, Rudolf und Schwarz Hans-Peter (Hrsg.): Barzel: „Unsere Alternativen für die Zeit der Opposition“ – Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1969–1973, Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Band 56
- Carbonell, Mauve: Karl-Maria Hettlage (1902–1995): un expert au service de l’Europe et des Allemagnes. Revue d’histoire de l’intégration européenne 12 (2006), Nr. 1
- Eichholtz, Dietrich: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939–45, Bd. II: 1941–1943, München 1999
- Falter, Jürgen W.: Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945, Frankfurt 2020
- Freund, Florian: Die Entscheidung zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Raketenrüstung, in: Konzentrationslager und deutsche Wirtschaft 1939–1945, herausgegeben von Hermann Kaienburg (Sozialwissenschaftliche Studien, Heft 34), Opladen 1996
- Hettlage, Karl M.: Finanzierungswende, Der deutsche Volkswirt, 16. Jahrgang, Heft 45, Berlin 1942 (S. 1442–1443)
- Hopmann, Barbara: Von der Montan- zur Industrierwaltungsgesellschaft (IVG) 1916–1951, Stuttgart 1996
- Hübner, Anne-Kristin: Theodor Maunz: Brüche und Kontinuitäten einer Biographie (1945–1964), München 2015, https://epub.ub.uni-muenchen.de/27231/1/Anne-Kristin_Huebner_Theodor_Maunz.pdf
- Kaienburg, Hermann: Die Wirtschaft der SS, Berlin 2003
- Karpenstein, Ulrich: Tabubruch in der NJW, beck-aktuell, Heute im Recht, 10. Februar 2022, <https://rsw.beck.de/aktuell/daily/magazin/detail/tabubruch-in-der-njw>
- Kleinmann, Sarah: Nationalsozialistische Täterinnen und Täter in Ausstellungen. Eine Analyse in Deutschland und Österreich, Ludwig-Uhland-Institut für empirische Kulturwissenschaft, Untersuchungen, Bd. 120, Tübingen 2017
- Knoche, Meinhard: Bestandsaufnahme der Geschichte des ifo Instituts, Teil 2: Aufbauphase des ifo Instituts (1949 – 1965), unveröffentlichtes Manuskript, München 2023
- Knoche, Meinhard: Bestandsaufnahme der Geschichte des ifo Instituts, Teil 3 Konsolidierungsphase des ifo Instituts (1966 – 1976), unveröffentlichtes Manuskript, München 2023
- Krause, Detlev: Commerzbank 1870–2010. Eine Zeitreise, Eugen-Gutmann-Gesellschaft (Hrsg.), Dresden 2010

- Loose, Ingo: Kredite für NS-Verbrechen. Die deutschen Kreditinstitute in Polen und die Ausraubung der polnischen und jüdischen Bevölkerung 1939–1945, Studien zur Zeitgeschichte, Band 75, München 2007
- Mantel, Peter: Betriebswirtschaftslehre und Nationalsozialismus: Eine institutionen- und personengeschichtliche Studie, Wiesbaden 2009
- Marquardt, Wilhelm: Chronik des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung 1949–1979, in: Marquardt, Wilhelm (Hrsg.): 30 Jahre Wirtschaftsforschung im Ifo-Institut 1949–1979, München 1979
- Menges, Franz: Lippert, Julius, in: Neue Deutsche Biographie 14 (1985), S. 659–660 [Online-Version], <https://www.deutsche-biographie.de/pnd117202576.html#ndbcontent>
- Naasner, Walter: Neue Machtzentren in der deutschen Kriegswirtschaft 1942–45, Boppard 1994
- Rauh, Cornelia: Schweizer Aluminium für Hitlers Krieg? Zur Geschichte der Alu Suisse 1915–1950, München 2009
- Rothbart, Thomas: Typische Schreibtischtäter, Thüringer Allgemeine vom 7. September 2006
- Sattler, Friederike: Die Commerzbank 1945–1989. Neuanfang, Wirtschaftsboom und Internationalisierung, in: Paul, S., Sattler, F., Ziegler, D.: 150 Jahre Commerzbank 1870–2020, Eugen-Gutmann-Gesellschaft e.V., Frankfurt 2020
- Schrafstetter, Susanna: Verfolgung und Wiedergutmachung, Karl M. Hettlage: Mitarbeiter von Albert Speer und Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 3/2008
- Seiters, Rudolf, Vertrauensverhältnisse – Autobiografie, Freiburg 2016
- Sönnichsen, Martina: Heinrich Sahn, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992
- Sprenger, Heinrich: Aus dem Leben Heinrich Sahms. Die ersten beiden Jahre seiner Berliner Tätigkeit 1931–1932, in: Neugebauer, Wolfgang, Neitmann, K., Schaper, U., Sprenger, H.: Jahrbuch der Geschichte Mittel- und Osteuropas, Bd. 15, 1966
- Tacke, Gerd: Karl Maria Hettlage – Werk und Verdienst, Ifo-Studien, 23. Jahrgang 1977, Heft 1–2, Wirtschaftspolitik – Wirtschaftsanalyse, München-Berlin 1977
- Thijs, Krijn: Drei Geschichten, eine Stadt: Die Berliner Stadtjubiläen von 1937 und 1987, Zeithistorische Studien. Hrsg.: Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, Band 39, Köln 2008 (Digitales Reprint: <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.4.v1?>)
- Wagner, Jens-Christian: Produktion des Todes – Das KZ Mittelbau-Dora, Göttingen 2001
- Wagner, Jens-Christian: Zwangsarbeit für den „Endsieg“. Das KZ Mittelbau-Dora 1943–1945, Erfurt 2006
- Wagner, Jens-Christian: Mittelbau-Dora – Stammlager, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Band 7: Niederhagen/Wewelsburg, Lublin-Majdanek, Arbeitsdorf, Herzogenbusch (Vught), Bergen-Belsen, Mittelbau-Dora, München 2008

- Willems, Jude, Ascot, Paul: The Architecture of Oppression. The SS, Forced Labor and the Nazi Monumental Building Economy, New York 2000
- Willems, Susanne: Der entsiedelte Jude, Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, 2. Aufl., Berlin 2018 (1. Auflage 2002)
- Ziegler, Dieter: Die Commerzbank 1870–1945: Entwicklung und Behauptung als Filiale Großbank, in: Paul, S., Sattler, F., Ziegler, D.: 150 Jahre Commerzbank 1870–2020, Eugen-Gutmann-Gesellschaft e.V., Frankfurt 2020
- Zimmermann, Nicolai M.: Die Commerzbank und ihre Kunden – Kundenstruktur und Geschäftsbeziehungen einer deutschen Großbank 1924–1945, Schriftenreihe des Instituts für Bank- und Finanzgeschichte e.V., Bd. 27, Stuttgart 2020

Archivbestände

Historisches Archiv der Commerzbank, insbesondere

- HAC-1-21 Schriftstücke zur Haft von Commerzbank-Vorstandsmitgliedern
- HAC-1-167-I(1) Niederschriften Auskünfte KMH in der Haft über Dritte
- HAC-1-167-I(2) Auflistung der Organmitglieder 1945 f.
- HAC-1-167 Dokumente zur Haft 1946–1947
- HAC-1-190-II Protokolle Arbeitsausschuss 1942
- HAC-13-1 Hansabank Reval
- HAC-303-3 Hansa-Bank Hamburg 1948–1951
- HAC-303-30 und 33 weitere Dokumente zu Hansa-Bank HH 1949 ff.
- HAC-303-12 Auflistung Aufsichtsratsposten der Vorstandsmitglieder
- HAC-311-8 Auszug Commerzbank aus Handelsregister HH
- HAC-313-8 Schriftwechsel mit KMH zur Sperrung der Konten
- HAC-S1-177 Materialsammlung über KMH (insb. Pressemeldungen)
- HAC-Verwaltertreffen (Protokolle)

Landesarchiv Berlin

- B Rep. 031-02-01 Nr. 11536 Entnazifizierungsakte Hettlage

Niedersächsische Staats- und Universitätsbibliothek Göttingen

- Nachlass Rudolf Smend, Cod. Ms. R. Smend A 353
Hettlage, Karl M. an Rudolf Smend Berlin-Grunewald, 17.01.1932. Acc. Mss. 200

ifo Institut, insbesondere

ifo-Vorstandsarchiv

- Protokolle der Sitzungen des Kuratoriums des ifo Instituts 1964 ff.
- Protokolle der Sitzungen des Vorstandsrats des ifo Instituts 1964 ff.

ifo-Personalarchiv

- Personalakte Prof. Dr. Karl Maria Hettlage

Hausmitteilungen

- IFO INTERN, Ausgaben 1/Oktobre 1970 bis 29/Juli 1976